

NEUE ZEIT

NOVEMBER 1980

45

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
— Hauptbibliothek —
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24 305



WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

Datum

Unterschrift des Leiters

1917-1980



PSF-77

7500-7101

BIBLIOTHEK-BEZ

123 678 190

14759-45

Der Oberste Sowjet der UdSSR ist das höchste Organ der Staatsmacht, weil er Fragen, die die ganze Sowjetunion angehen, behandelt und entscheidet, den Willen des gesamten Sowjetvolkes zum Ausdruck bringt. W. I. Lenin schrieb seinerzeit: „... das von den Sowjets zusammengefaßte ... Volk selber ist es, das den Staat regieren muß.“ Diese Leninsche Idee der sozialistischen Volksherrschaft wurde zur Realität unseres Lebens.

Von den 1500 Abgeordneten des Obersten Sowjets sind mehr als die Hälfte Arbeiter und Kol-

**Gemeinsame Tagung
der Ausschüsse
für Gesetzesvorschläge
beider Kammern**

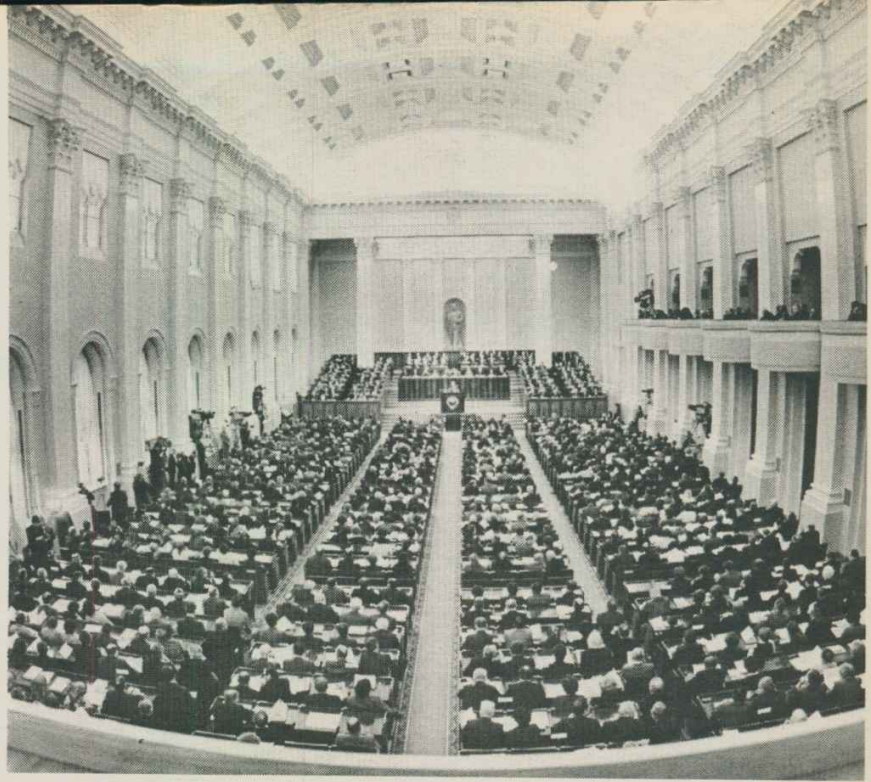


chosbauern. Sie sind keine Berufspolitiker, sondern nehmen unmittelbar an der Schaffung materieller Güter teil. Sie leben und arbeiten im Volk selbst und kennen deshalb die Sorgen und Erwartungen breiter Bevölkerungsschichten.

Die Abgeordneten haben große Rechte und Vollmachten, zugleich aber sind sie den Wählern gegenüber rechenschaftspflichtig. Bei regelmäßigen Treffen mit den Wählern legen sie Rechenschaft ab über die Erfüllung der ihnen anvertrauten Aufträge. Man wendet sich an seinen Abgeordneten um Rat und Hilfe.

... Eine weitere Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR wurde abgeschlossen. Die Abgeordneten sind zu Hause und arbeiten wieder in ihren Kollektiven für einen erfolgreichen Abschluß des 10. Planjahrhüftts.

**Der Nationalitätensowjet
in der Arbeit**



**Der Oberste
Sowjet
der UdSSR tagt**

**Diskussion
in einer
Beratungspause**



*Fotos: A. Motschalin,
S. Smirnow,
A. Steschanow,
W. Tokarew*

IM ZEICHEN HISTORISCHER VERÄNDERUNGEN

Der 7. November, der Tag, an dem der erste Staat der Werktätigen entstand und eine neue Periode in der Weltgeschichte einleitete, ist das Jubiläum für die Sowjetbürger.

63 Jahre sind sehr wenig in der Chronik der Zivilisation. Aber die sozialistische Oktoberrevolution war ein gigantischer Beschleuniger des historischen Prozesses und veränderte das Antlitz Rußlands und der Welt von Grund auf. Die Veränderungen sind dermaßen offensichtlich, daß kaum jemand noch wagt, sie in Zweifel zu ziehen.

Für uns Sowjetbürger ist dieses Fest in gewisser Hinsicht den vorherigen Jubiläen ähnlich: Auch dieses Jahr ziehen wir das Fazit aus der Arbeit, aus der weiteren Festigung der internationalen Positionen der UdSSR und der gesamten sozialistischen Gemeinschaft, aus den Erfolgen der nationalen und sozialen Befreiungskräfte.

Zugleich hat der 7. November 1980 seine eigenen Merkmale. Vor allem wird dieser Tag kurz vor dem XXVI. Parteitag der KPdSU begangen, und unsere Parteitage setzen neue geschichtliche Maßstäbe. Sie prägen das gesamte Leben des Landes und gehen in ihrer Bedeutung weit über seine Grenzen hinaus.

Der 10. Fünfjahrplan, der vom XXV. Parteitag angenommen wurde, wird abgeschlossen. Wie es auf dem ZK-Plenum der KPdSU im Oktober 1980 hieß, werden diese Jahre einen würdigen Platz in der Geschichte der historischen Taten des Sowjetvolkes einnehmen. Das Wirtschafts- und Verteidigungspotential der UdSSR ist bedeutend gewachsen. Bei der Entwicklung der Volkswirtschaft und der Lösung wichtiger sozialer Aufgaben wurde ein großer Schritt vorwärts getan.

Wir freuen uns über das Erreichte, folgen aber genau dem Ratschlag Lenins: „Die beste Art, den Jahrestag der großen Revolution zu feiern, ist, die Aufmerksamkeit auf ihre ungelösten Aufgaben zu konzentrieren.“ Ebendeshalb wurde auf dem ZK-Plenum über die Män-

gel, Engpässe und die Hauptanliegen des Landes am Vorabend des höchsten Parteiforums so offen gesprochen.

Der enge Zusammenhang zwischen der Innenpolitik der Sowjetunion und ihrer konsequenten friedlichen internationalen Haltung ist offensichtlich. Wie Leonid Breschnew am 27. Oktober sagte, bestätigte die UdSSR immer wieder, daß es ihre vorrangige Aufgabe ist und bleibt, den Wohlstand des Volkes zu heben und seine materiellen Bedürfnisse und geistigen Ansprüche vollständiger zu befriedigen. Das diktiert auch eine ganz bestimmte Außenpolitik: Gewährleistung der friedlichen äußeren Bedingungen für das Land, d. h. Kurs auf Entspannung, Abrüstung und Zusammenarbeit.

Ein weiteres Merkmal des Oktoberjubiläums 1980 besteht darin, daß unsere Feinde schon seit vielen Jahren keine so fieberhaften Bemühungen unternahmen, um uns das Fest zu verleiden. Im Taumel des Wahlkampfes wetteiferten die USA-Politiker im Antisowjetismus. Leider fanden sich Leute auch in anderen Ländern, die ihnen sekundierten.

Die zentrale These der sowjetfeindlichen Propagandakampagne war erneut die „russische militärische Bedrohung“, das angebliche Bestreben Moskaus, Instabilität zu schaffen und Revolutionen in verschiedenen Teilen der Welt zu „organisieren“.

Wir streiten es nicht ab, die Kommunisten waren schon immer für die revolutionäre Umwandlung der Welt. Wir vertreten die Auffassung, daß der Sozialismus die humanste und rationellste Gesellschaftsordnung ist, daß sie dem Menschen am besten entspricht und sich unweigerlich überall in der Welt Bahn brechen wird. Wir sind auf die revolutionären Erfahrungen des Oktober 1917 stolz und machen kein Hehl daraus. Doch von hier bis zur „Organisation“ von Revolutionen ist es ein weiter Weg.

Auf dem Weltkongreß der Friedenskräfte (Moskau 1973) erinnerte Leonid Breschnew an Lenins Worte darüber, daß Revolutionen nicht auf Bestellung oder Übereinkommen gemacht werden. Er fügte aber hinzu: „Dort, wo es Kolonialismus gibt, wird es auch den nationalen Befreiungskampf geben. Wo Ausbeutung besteht, wird auch für die Befreiung der Arbeit gekämpft werden. Wo es Aggression gibt, wird es auch Widerstand dagegen geben.“ Die Ereignisse, die sich laut Behauptungen unserer Gegner „mit Hilfe sowjetischer Umwälzungen“ bzw. „mit Hilfe sowjetischer Waffen“ abspielen, geschehen in Wahrheit unter dem Einfluß der Ideen der Oktoberrevolution, unter dem Banner der großen Wandlungen, das die werktätigen Massen durch ihren Willen und ihr Schaffen über das 20. Jahrhundert gehißt haben.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 45 NOVEMBER 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNIAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Im Zeichen historischer Veränderungen	1
W. Sagladin — Getreu der großen Idee	5
UdSSR—Polen. Freundschaftlicher Arbeitsbesuch	8
L. Skuratow — UdSSR—Äthiopien. Revolution als schöpferischer Prozeß	9
A. Baryschew — El Salvador. Zusammenschluß der Volkskräfte	10
K. Kapitonow — Persischer Golf. Solidarität im antiimperialistischen Kampf	10
K. Karagesian — BRD. „Wir wollen nicht, daß die Erde unbewohnbar wird“	12
W. Pawlow — Großbritannien. „Brot, keine Bomben“	13
N. Jermakow — Italien. Turin kämpfte für alle	14
D. Sgerski — Gewalt und Willkür	15
Notizen ♦ Glossen	16
M. Lwow — Vor dem Treffen in Madrid	18
R. Mugabe: Wir haben Freiheit und Frieden errungen (Interview)	20
W. Kokorew — Tief in Angola	22
A. Stschedrowa — Laos. Luang Prabang ohne Prinzen und Bettler	24
Vu Van Thanh — Vietnam. „... weil Lenin russisch gesprochen“	26
A. Medwedenko — Picassos Testament (Kultur und Politik)	28
A. Stepanow — Wissenschaftler haben das Wort	30
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Am 7. November begeht das sowjetische Volk zusammen mit der ganzen fortschrittlichen Menschheit den 63. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, den Gründungstag des ersten Staates der Werktätigen in der Welt

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Ploščad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 30. Oktober weilten der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Stanisław Kania, und das Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, der Vorsitzende des Ministerrats der VR Polen, Józef Pińkowski, zu einem freundschaftlichen Arbeitsbesuch in Moskau. An dem sowjetisch-polnischen Gipfeltreffen nahmen sowjetischerseits Leonid Breshnew, Nikolai Tichonow, Andrej Gromyko, Konstantin Russakow und Iwan Archipow teil; polnischerseits Stanisław Kania und Józef Pińkowski (s. S. 8).

Am 1. November beging Algerien den 26. Jahrestag der Revolution. Leonid Breshnew richtete an den Generalsekretär der Nationalen Befreiungsfront (FLN) und Präsidenten der Demokratischen Volksrepublik Algerien, Bendjedid Chadli, ein Glückwunschschreiben: „Ich wünsche dem befreundeten algerischen Volk aufrichtig weitere Erfolge beim Aufbau der neuen Gesellschaft und gebe der Gewißheit Ausdruck, daß die traditionellen Beziehungen der Freundschaft und der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit sich auch künftig zum Wohl unserer Völker, im Interesse der Festigung von Frieden und Fortschritt in der ganzen Welt entwickeln und festigen werden.“ Nikolai Tichonow richtete an den Ministerpräsidenten der DVR Algerien Abdelghani ein Glückwunschtelegramm.

Die von der UNO und dem Weltfriedensrat organisierte Aktionswoche für Abrüstung fand ihren Abschluß. In vielen Ländern kam es zu Massenkundgebungen und Versammlungen, deren Teilnehmer sich entschieden gegen das von den imperialistischen Mächten entfesselte Wettrennen und für die Fortsetzung der Politik der Entspannung, darunter auch der militärischen, für die Festigung von Frieden und Völkereinheit und den Ausbau der internationalen Zusammenarbeit einsetzten (s. S. 12).

Am 28. Oktober ging in Belgrad die 21. Tagung der UNESCO-Generalkonferenz zu Ende, der Vertreter aus 153 Ländern beiwohnten.

Am 28. und 29. Oktober fand in Pjöngjang die 16. Sitzung des sowjetisch-koreanischen Regierungsausschusses zu ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Fragen statt. Der Ausschuß befaßte sich mit der Einhaltung der beiderseitigen Verpflichtungen zur Erweiterung und zum Bau von Industriebetrieben und anderen Objekten in der KVDR im Rahmen der sowjetisch-koreanischen Zusammenarbeit, mit der Einhaltung des Protokolls über den Warenaustausch und den Zahlungsverkehr zwischen den beiden Ländern für 1980 sowie mit den Konsultationen sowjetischer und korea-



Moskaus Festvorbereitungen

Fotos: A. Motschalin

nischer Planungsorganisationen zur Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit UdSSR—KVDR für 1981—1985.

Am 30. Oktober beging die Kommunistische Partei Australiens ihren 60. Jahrestag. Ihre marxistisch-leninistischen Traditionen werden gegenwärtig von der Sozialistischen Partei Australiens weitergeführt. Das ZK der KPdSU richtete an das ZK der SPA ein Glückwunschschreiben, in dem betont wird, daß die SPA die Ziele der Arbeiterbewegung zum Ausdruck bringe, für die akuten Interessen der werktätigen Massen Kämpfe und die Rechte der Ureinwohner des Landes verteidige. Ihr Internationalismus, ihre Prinzipientreue und die Entschlossenheit, gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften vorzugehen, sowie ihre konsequente Verteidigung des Friedens in der Region des Stillen und des Indischen Ozeans stellen einen wichtigen Faktor von gesamtnationaler Bedeutung dar.

Am 31. Oktober trafen sich in Genf die Delegationen der UdSSR, der USA und Großbritanniens zu Verhandlungen über einen Vertrag über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffentests.

Der Zentralrat der Sowjetischen Gewerkschaften veröffentlichte eine Erklärung, in der er seine ernstliche Besorgnis hinsichtlich der Festnahme des Ersten Sekretärs des ZK der KP Paraguays, Antonio Maidana, und des Arbeiterführers Paraguays, Emilio Roa, in Buenos Aires zum Ausdruck bringt. Bisher fehlt jeder Hinweis auf ihren Aufenthalt, was die besondere Beunruhigung der Weltöffentlichkeit um das Leben der tapferen Patrioten Paraguays auslöst.

In der Vorwoche dauerten die Kampfhandlungen zwischen Iran und Irak an. Besonders heftige Kämpfe unter Einsatz von Luftwaffe und Panzern gab es in der Provinz Kuzistan sowie im Raum der Städte Abadan und Ahwas.

Der Vorsitzende der Nichtpaktgebundenenbewegung, Fidel Castro, richtete an die Staats- und Regierungschefs der nichtpaktgebundenen Länder eine Botschaft mit der Mitteilung, der kubanische Außenminister Malmierca sei beauftragt worden, Kontakte zu Iran und Irak aufzunehmen, um zu einer friedlichen, politischen und würdigen Beilegung des Konflikts beizutragen. Malmierca suchte zweimal Bagdad und Teheran auf, wo er mit den jeweiligen Landespräsidenten zusammentraf. Er informierte das Koordinierungsbüro der Nichtpaktgebundenen in New York und begab sich dann erneut mit einer persönlichen Botschaft Fidel Castros an Saddam Hussein und Abolhassan Banisadr nach Bagdad bzw. Teheran.

Am 2. November beschäftigte sich das iranische Parlament mit dem weiteren Schicksal der amerikanischen Geiseln. Dabei wurden folgende, von einem parlamentarischen Sonderausschuß erarbeitete Freilassungsbedingungen gebilligt: Nichteinmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Irans sowohl unmittelbar wie mittelbar, Freigabe der iranischen Einlagen in US-Banken; Aufhebung der Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen Iran sowie Verzicht auf fi-

nanzielle Ansprüche an das Land; Rückgabe der vom ehemaligen Schah und seiner Familie angeeigneten Reichtümer an Iran. Im Falle einer Weigerung Washingtons werden die Geiseln einem Gericht übergeben.

In Nikosia schloß die außerordentliche Internationale Solidaritätskonferenz mit dem antiimperialistischen Kampf in den Ländern am Persischen Golf. Im Abschlußkommuniqué verurteilen die Teilnehmer die Eskalation der Kriegsvorbereitungen der USA sowie deren aggressive Pläne in der Golfregion (s. S. 10).

Der syrische Präsident Hafis Assad empfing am 1. November eine Delegation der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas unter ihrem Generalsekretär Hawatmah. Besprochen wurden Möglichkeiten zur Festigung des Bündnisses zwischen Syrien und der palästinensischen Widerstandsbewegung sowie zwischen allen Mitgliedern der Panarabischen Front der Standhaftigkeit und des Widerstands im Kampf gegen die Anschläge des Camp-David-Blocks und die Versuche des US-Imperialismus, seine Präsenz im Nahen und Mittleren Osten auszudehnen.

Die afghanische Nachrichtenagentur Bakhtar dementierte entschieden die von der imperialistischen Propaganda und den militaristischen Kreisen Pakistans verbreiteten Gerüchte, Hubschrauber der DRA-Luftwaffe hätten die Grenze überflogen und sogenannte Flüchtlingslager auf pakistanischem Territorium bombardiert.

Die Situation in Nordirland hat sich erneut zugespitzt. In Belfast und Londonderry wurde eine große Demonstration zur Unterstützung der sieben im Gefängnis von Long Kesh inhaftierten Freiheitskämpfer abgehalten, die

aus Protest gegen die unmenschliche Behandlung durch die Behörden in einen Hungerstreik getreten waren.

Kanada sieht sich nicht an das von den USA verhängte Embargo über den Getreideverkauf an die Sowjetunion gebunden und ist zu einer wesentlichen Erhöhung seiner Lieferungen bereit. Das teilte der kanadische Staatsminister Argue in einer offiziellen Erklärung mit.



Während der sowjetisch-afghanischen Gespräche in Moskau Mitte Oktober wurde der erzielte Stand der technischen, wirtschaftlichen und Handelszusammenarbeit zwischen der UdSSR und der DR Afghanistan hoch eingeschätzt. Tausende Kilometer moderner Autobahnen, ferner Kraftwerke, große Bewässerungsanlagen, verschiedene Industriebetriebe sowie Erdgas- und Erdölindustrien auf afghanischem Boden sind die realen Ergebnisse der Wirtschaftszusammenarbeit unserer Länder. Bei den Verhandlungen wurde eine Übereinkunft über den weiteren Ausbau und die Vervollkommen der Formen dieser Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der vordringlichen und künftigen Aufgaben des Wiederaufbaus, des Aufschwungs und der Weiterentwicklung der Wirtschaft Afghanistans erzielt. Unser Foto: Sowjetische und afghanische Geodäten bei der Auswahl eines neuen Bauplatzes in der Provinz Balch.

Foto: V. Budan (TASS)

In einem mittelamerikanischen Land wurde eine Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien der Länder Mittelamerikas, Mexikos und Panamas abgehalten, heißt es in einer in Mexiko-City von dem Presseauschuß der Mexikanischen KP verbreiteten Information. Die Konferenz habe eine politische Erklärung verabschiedet, in der die gegenwärtige Lage in der Region analysiert wird.

Vier revolutionäre Organisationen Guatemalas haben eine Übereinkunft über eine einheitliche Führung erzielt. Das ist ein neuer Schritt zu einer einheitlichen Kampffront gegen die reaktionäre Diktatur General Garcias.

In San Salvador wurde ein Leiter des

Menschenrechtsausschusses El Salvadors, Valladares, ermordet. Beobachter weisen darauf hin, die Verantwortung für dieses Verbrechen trage der Sicherheitsdienst der von Washington unterstützten Regierungsjunta. Sie hat den seit März d. J. bestehenden Belagerungszustand um weitere 30 Tage verlängert (s. S. 10).

Bei den Wahlen auf Jamaika am 30. Oktober gewann die oppositionelle Labour Party unter ihrem Führer Edward Seaga.

30 US-Bürger, die wegen verschiedener auf Kuba begangener Verbrechen dort in Haft waren, flogen von Havanna nach Miami (USA). Der Freilassungsbeschluß kam von der kubanischen Regierung. Drei Amerikaner verzichteten auf ihre Rückkehr in die USA, wobei einer von ihnen den Wunsch äußerte, auf Kuba zu bleiben.

Die Sicherheitsorgane Sambias haben eine regierungsfeindliche Verschwörung aufgedeckt, teilte Präsident Kaunda mit. Hinter den Verschwörern habe die rassistische RSA gestanden. 40 nach Sambia eingeschleuste bewaffnete Banditen wurden festgenommen.

Bülent Ecevit trat als Führer der Republikanischen Volkspartei zurück, deren Betätigung wie auch die anderer politischer Organisationen in der Türkei von der Militärverwaltung zeitweilig untersagt ist.



Hausruinen, geknickte Lichtmasten, entwurzelte Bäume auf leeren Straßen — diesen Anblick boten die mexikanischen Städte Huajuapán de León und Oaxaca, die am meisten unter dem Erdbeben im Südosten des Landes zu leiden hatten. In Huajuapán de León wurden 90% der Häuser zerstört. In den Staaten Oaxaca und Guerrero wurden 40 000 Menschen obdachlos. Nach vorläufigen Angaben kamen etwa 100 Personen ums Leben, mehr als 400 wurden verletzt. Unser Foto: Eine Straße in Huajuapán de León während der Katastrophe.

Foto: AP—TASS

Wie vermutlich die meisten meiner Landsleute, freue ich mich, daß in Ihrer Wochenschrift häufige Beiträge über mein Land erscheinen. Wir wissen, daß die uneigennützte Hilfe der UdSSR bedeutend zur wirtschaftlichen Entwicklung Indiens beigetragen hat. In dem Bericht „Es geht vorwärts“ von S. Irodow (NZ 33/80) wird ein Beispiel für die sowjetisch-indische Zusammenarbeit, der Bau der U-Bahn in Kalkutta, angeführt. Ich möchte etwas anderes erwähnen. Vor kurzem noch befand sich die gesamte Erdöl- und Erdgasindustrie Indiens unter Kontrolle von Ausländern, die riesige Profite herauschlugen. Mit Beistand der Sowjetunion jedoch wurde ein indischer Ausschuß für Erdöl- und -gas gebildet, der jetzt darauf achtet, daß diese Naturreichtümer zum Wohl meiner Heimat genutzt werden.

I. KURUP
Staat Maharashtra, Indien

Ich unterrichte an einer Berufsschule und bin stolz darauf, daß sich alle unsere Kinder mit Beginn des Schuljahres auf die Schulbank setzen können. In den jungen, erst kürzlich von kolonialer Abhängigkeit befreiten Staaten gehört das Bildungsproblem zu den vordringlichsten. Als seinerzeit in Chile die Regierung der Unidad Popular an die Macht kam, setzte sie sich die Aufgabe, allen chilenischen Kindern die Möglichkeit zum Lernen zu geben. Wo aber waren zu dieser Zeit die westlichen „Menschenrechtsverfechter“? Sie bereiteten den Sturz der Regierung Allende vor. Es ist schmerzlich zu wissen, daß Länder wie Ägypten und China Millionen für die Rüstung ausgeben, anstatt die Kinder zur Schule zu schicken.

N. PETROW
Ussurijsk, UdSSR

Seit Januar 1980 bin ich Bezieher der „Neuen Zeit“, und mir gefällt der Inhalt und die Gestaltung. Auch die Bezugskosten befriedigen mich. Ich bin nicht ganz mit jenen Lesern einverstanden, die möchten, daß die Zeitschrift auf besserem Papier gedruckt werde, Farbfotos bringe usw. Das würde doch zu einer Preiserhöhung führen. Ich aber halte es für wichtig, daß sich die einfachen Werktätigen die „Neue Zeit“ leisten können.

Antonio GANDIA
Madrid, Spanien

GETREU DER GROSSEN IDEE

Wadim SAGLADIN

Schon zum 63. Mal begeht die Menschheit den Jahrestag der Oktoberrevolution, zum 63. Mal die Geburt einer neuen Welt. Dieses 63. Jahr der ersten siegreichen sozialistischen Revolution war von einem angespannten unaufhörlichen Kampf zweier Systeme, zweier einander entgegengesetzter Lebensweisen, zweier in ihrem eigentlichen Wesen antagonistischen Lebenshaltungen erfüllt. Dieser Kampf ist durchaus nichts Neues. Er dauert schon das siebte Jahrzehnt an, entwickelt sich jedoch in jeder Phase unter neuen Bedingungen, die von der jeweiligen Situation hervorgerufen werden, und bringt in jeder Phase unterschiedliche praktische Resultate. Die jetzige Phase des Kampfes zwischen den beiden Systemen verdeutlicht ebenfalls ganz konkrete Besonderheiten.

Ein wichtiges Anzeichen des auslaufenden Jahres war der harte, beharrliche und zielgerichtete Kampf des Sozialismus zur Verhinderung der Pläne der aggressiven Kreise des Westens, die Entspannung zu Grabe zu tragen, kurz, der Kampf für Frieden und Völkersicherheit. Damit hat das 63. Jahr direkt und unmittelbar die Sache der Großen Oktoberrevolution weitergeführt.

Auch zum Jahrestag unserer Revolution wenden wir uns immer wieder dem Erbe ihres Führers Wladimir Iljitsch Lenin zu. Zu allem, was Lenin anpakte, leistete er einen einmaligen Beitrag. Das bezieht sich auf das Problem Krieg und Frieden.

Der Ausgang des 19. und der Beginn des 20. Jahrhunderts brachten bedeutsame Veränderungen sowohl in die Kampftechnik wie auch in die Kriegsvorbereitung und Kriegführung. In der Tat haben die wissenschaftlich-technischen Erfindungen jener Zeit einerseits zu völlig neuen Waffenarten geführt. Das waren noch keine Massenvernichtungswaffen, aber es waren schon Waffen zur massenweisen Ausrottung von Menschen. Dadurch nahm der Krieg einen neuen und für die Menschheit sehr viel zerstörerischen und gefährlicheren Charakter an. Andererseits führte der Eintritt des Kapitalismus in das imperialistische Stadium zu realen Möglichkeiten des Entstehens sehr viel weitreichender Konflikte als früher, ja sogar von Weltkonflikten.

Schon bei seinen ersten Schritten in der Politik mußte sich Lenin mit einem qualitativ neuen, bis dahin

nicht bekannten Vorgang auseinandersetzen, mit der Vorbereitung eines Weltkriegs durch den Imperialismus. Lenins genialer Geist erwies sich erneut darin, daß er aufgrund einzelner Fakten, aufgrund der Analyse einzelner Konflikte zu Beginn des 20. Jahrhunderts tiefgreifende Schlußfolgerungen über die Gefährlichkeit des sich entwickelnden Prozesses, über den neuen Charakter des in Vorbereitung befindlichen Krieges, über die neuen Aufgaben der Arbeiterbewegung in diesem Zusammenhang treffen konnte.

Lenin bewies, daß die durch die Natur des Privateigentums selbst ausgelöste Kriegsgefahr gerade in der Periode des Imperialismus besonders bedrohlich wird. Er unterstrich: „Der Imperialismus ... d. h. der monopolistische Kapitalismus, der erst im 20. Jahrhundert seine volle Reife erlangt hat, zeichnet sich kraft seiner grundlegenden ökonomischen Eigenschaften durch sehr geringe Friedfertigkeit und Freiheitsliebe und sehr große, überall wahrzunehmende Entwicklung des Militarismus aus.“ An anderer Stelle heißt es: „... das Eigentum hat aus den Imperialisten wilde Tiere gemacht, die nichts kennen als den Streit um die Beute.“

Von der Gefahr imperialistischer Kriege sprechend, warnte Lenin besonders vor der Gefährlichkeit der Anhäufung von Waffen, oder, wie wir es heute ausdrücken, des Wetrüstens, vor der Gefährlichkeit des imperialistischen Militarismus. Er nannte das einen „unverkennbaren, gleichsam in die Augen springenden ... Militarismus“. Lenin schrieb: „Der moderne Militarismus ist ein Resultat des Kapitalismus. In seinen beiden Formen bildet er eine ‚Lebenserscheinung‘ des Kapitalismus: als Militärmacht, die die kapitalistischen Staaten bei ihren äußeren Zusammenstößen einsetzen (Militarismus nach außen), wie es die Deutschen nennen), und als Waffe in den Händen der herrschenden Klasse zur Niederhaltung aller (ökonomischen und politischen) Bewegungen des Proletariats (Militarismus nach innen).“

In unserer Zeit sind zu diesen, von Lenin konstatierten zwei Formen des Militarismus, weitere zwei, eventuell sogar bedrohlichere Formen hinzugekommen. Vor allem wurde der Militarismus nach 1917 zu einer Waffe im Kampf des internationalen Monopolkapitals gegen den internationalen Sozialismus. Mit der Zeit gewann diese Form eine immer wichtigere und nach dem zweiten Weltkrieg im Grunde bestimmende Be-

deutung. Die intensiven Kriegsvorbereitungen des Imperialismus in unseren Tagen sind in erster Linie gegen den Weltsozialismus gerichtet. Um das zu illustrieren, genügt die Erinnerung an jene irrsinnige Woge des Wetrüstens, die sich im Westen nach der NATO-Ratstagung im Mai 1978 erhob. Gleichzeitig wurde der Militarismus für die Imperialisten, angesichts des infolge des Siegs der Oktoberrevolution beginnenden Zerfalls des Kolonialsystems, auch die Hauptwaffe zur Unterdrückung des Kampfes der Völker der Kolonien (und der ehemaligen Kolonien) für ihre nationale und soziale Befreiung. Sind die Aktivitäten des amerikanischen Imperialismus in Vietnam und in anderen Ländern Indochinas etwa kein Beweis dafür? Sind die von Washington jetzt im Persischen Golf unternommenen Aktionen oder seine provokatorischen Handlungen in der Karibik kein Beweis?

Schließlich definierte Lenin ausführlich die Rolle des Monopolkapitals als der Kraft, die hinter der Militärclique steht, als Nährboden für Militarismus und Kriege. In mehreren Reden entlarvte er das Rüstungsbusiness als kosmopolitisches Business, das sich an Kriegen, unabhängig davon, wer sie führt und gegen wen, gesundstößt.

Die Leninsche Analyse des Rüstungsbusiness klingt besonders in unseren Tagen aktuell, da das stürmische Anwachsen des Militarismus im Leben jener Gesellschaft, in der das Monopolkapital herrscht, zu einer qualitativ neuen Erscheinung, dem Militär-Industrie-Komplex als einer mächtigen Verbindung von Militärclique und Rüstungsgeschäft geführt hat, und zwar zu dem Zweck, höchste, spekulative Profite zu erzielen und die von der Zeit überholte Gesellschaftsordnung zu verteidigen. Überall in der kapitalistischen Welt ist der Militär-Industrie-Komplex zu einem ungeheuer mächtigen Zentrum wirtschaftlicher Stärke und politischen Einflusses geworden.

Das Entstehen des Militär-Industrie-Komplexes bedeutet, daß der Militarismus und die Militärclique, die anfangs als Diener der bürgerlichen Gesellschaft als Ganzes auftraten, zu einem ihrer wichtigsten Beherrscher geworden sind. Darin kommt heute in außerordentlichem Maße das Parasitäre und der Fäulnisprozeß des Imperialismus zum Vorschein. Dabei birgt das jetzige Stadium dieser Fäulnis eine ungeheure Gefahr für die gesamte Menschheit in sich. Denn die führende Stellung des Militär-Industrie-

Komplexes in den USA, sein unaufhaltsam wachsender Einfluß in anderen Ländern des Kapitals bedeutet eine starke Zunahme abenteuerlicher, verantwortungsloser Elemente in der Politik der jeweiligen Staaten, und diese Elemente sind um des Profits, um der Moneten willen zu jedem Verbrechen fähig.

Die Leninsche Lehre vom Imperialismus, die den Friedenskämpfern zuverlässige Orientierungspunkte und ein präzises, eindeutiges ideologisch-theoretisches Rüstzeug gibt, ist, wie Leonid Breshnew sagte, „in den goldenen Fonds des Leninismus eingegangen und zur siegreichen Waffe in den Händen unserer Partei und der anderen marxistisch-leninistischen Parteien geworden“.

II

So wie Lenin mit der Entlarvung der Gefahr des Krieges seinen Entstehungsmechanismus aufdeckte, zeigte er, indem er zum Kampf gegen den Krieg aufrief, die Kräfte, die in der Lage sind, diesen Kampf zu führen, und zeigte den **Verteidigungsmechanismus für den Frieden**.

Vor allem begründete er allseitig die Rolle der Arbeiterklasse als des konsequentesten Kämpfers gegen Militarismus und Krieg. Lenin bezeichnete das Proletariat als „erbarmungslosen Gegner des Krieges, dieses unvermeidlichen und unzertrennlichen Begleiters jeder Klassenherrschaft überhaupt...“ Das Ziel der Arbeiterbewegung ist es, „die sozialistische Gesellschaftsordnung zu errichten, die nach Aufhebung der Teilung der Menschheit in Klassen, nach Beseitigung jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und einer Nation durch andere Nationen **unbedingt jede Möglichkeit von Kriegen überhaupt beseitigen wird**“ (Hervorhebung des Autors).

„Beendigung der Kriege, Friede unter den Völkern, Aufhören von Raub und Gewalt — das ist fürwahr unser Ideal.“ Diese Worte Lenins bringen das zutiefst humanistische Wesen der Arbeiterbewegung zum Ausdruck. In der Tat besitzt die Befreiungsmision der Arbeiterklasse keinen begrenzt klassenmäßigen Charakter: Mit der Befreiung ihrer selbst befreit sie die ganze Gesellschaft. Und eine der Fragen, in denen das gesamt menschliche, humanistische Wesen der historischen Mission der Arbeiterklasse zum Ausdruck kam, noch bevor die erste proletarische Revolution in der Welt vollzogen war, war eben die Frage des Kampfes gegen den Krieg. Das Proletariat löste im Laufe dieses Kampfes seine wichtige Klassenaufgabe und damit auch die historische Aufgabe, die Menschheit zu retten, die künftige Entwicklung der gesamten Erdzivilisation zu sichern.

Besonders deutlich wird die Rolle der Arbeiterklasse als Kämpfer ge-

gen Krieg, für den Frieden unter den Völkern in unseren Tagen. Ein überzeugender heutiger Beweis dafür, wie sie diese Rolle verwirklicht, war das Apriltreffen der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas in Paris. Seine Bedeutsamkeit lag in dem Aufruf, sich den neuen militaristischen Plänen des Imperialismus zu widersetzen, die eine Gefahr für die heutigen wie auch für künftige Generationen sind.

Ein anderer wichtiger und aktueller Gedanke Lenins bezüglich des Verteidigungsmechanismus für den Frieden ist der Gedanke über die Rolle der Völker des ehemals kolonialen Orients im Kampf gegen den Imperialismus insgesamt und gegen imperialistische Aggressionen im besonderen. Lenin war der Ansicht, diese Rolle werde sich in Zukunft mit besonderer Kraft und in großem Ausmaß offenbaren. Seine Voraussage wird in unseren Tagen Tatsache. Auf einer kürzlich in Berlin abgehaltenen theoretischen Konferenz haben die Repräsentanten der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas überzeugend demonstriert, daß die auf die Vorbereitung neuer Kriegsabenteuer gerichteten Aktivitäten des Imperialismus, den Entwicklungsländern einen unmittelbaren und immer empfindlicheren Schaden zufügen.

Dabei geht es nicht nur um die zunehmende Belastung durch das Wettrüsten, sondern auch um die Politik des Imperialismus, die darauf abzielt, diese Länder in den Radius ihrer militärischen Provokationen einzubeziehen. Es geht auch um das Bemühen der einstigen Kolonialherren, Zwietracht und Feindschaft zwischen den Nachbarvölkern des Nahen und des Mittleren Ostens sowie Asiens und Afrikas zu verewigen. Schließlich entsprechen die Beteiligung Pakistans an der Aggression gegen Afghanistan und der sich zuspitzende militärische Konflikt zwischen Iran und Irak allein den Interessen des Imperialismus. So ist verständlich, weshalb auf der Berliner Konferenz klar und deutlich der Aufruf der Delegierten der einst unterdrückten Welt erging: Nieder mit dem Imperialismus, Schluß mit dem Wettrüsten, Schluß mit den imperialistischen Eroberungskriegen!

Besondere Bedeutung maß Lenin verständlicherweise der Rolle und dem Platz des Sozialismus sowie dem sozialistischen Staat im Friedenskampf bei.

III

Um 10 Uhr morgens am 25. Oktober 1917 veröffentlichte das Revolutionäre Militärkomitee beim Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten den Aufruf „An die Bürger Rußlands!“. Sein Text stammt von Lenin. „Die Sache, für die das Volk gekämpft hat: das sofortige Angebot eines demokratischen

Friedens, die Aufhebung des Eigentums der Gutsbesitzer am Grund und Boden, die Arbeiterkontrolle über die Produktion, die Bildung einer Sowjetregierung — sie ist gesichert“, hieß es in dem Dokument.

Einige Stunden später sprach Lenin über die Aufgaben der Sowjetmacht auf einer Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Er sagte dort u. a.: „Eine unserer nächsten Aufgaben besteht darin, sofort den Krieg zu beenden... Der gerechte, sofortige Frieden, den wir der internationalen Demokratie anbieten, wird überall unter den Massen des internationalen Proletariats leidenschaftlichen Widerhall finden.“

Am folgenden Tag verabschiedete der Zweite Gesamtrussische Sowjetkongreß nach Anhören des Referats Lenins, den von ihm stammenden Entwurf des „Dekrets über den Frieden“. Dies war der erste gesetzgeberische Akt des ersten sozialistischen Staates in der Menschheitsgeschichte. Dieses Dokument sollte einen tiefgreifenden Prozeß in der Entwicklung der internationalen Beziehungen einleiten, weil es das Entstehen eines Staates neuen Typs bedeutete, eines Staates, für den im Unterschied zu all seinen Vorgängern die Friedenspolitik die ihm organisch innewohnende, vitale und einzig mögliche Politik war.

Tatsächlich, so betonte Lenin, **ergebe sich die Friedenspolitik aus dem Wesen der neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung** und machte weiter klar, „daß die tiefsten Wurzeln sowohl der inneren als auch der äußeren Politik unseres Staates bestimmt werden durch die ökonomischen Interessen, durch die ökonomische Stellung der herrschenden Klassen unseres Staates“.

Weiter sagte der Führer der Oktoberrevolution, daß „uns die Erhaltung des Friedens und die volle Möglichkeit, alle Kräfte der Wiederherstellung der Wirtschaft zu widmen, am meisten am Herzen“ liegen.

Als bedeutendste Richtungen der sozialistischen Friedenspolitik betrachtete Lenin die Zusammenarbeit der Arbeiter- und Bauernstaaten, ihre Solidarität mit allen Kräften des Friedens und der Demokratie, die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung.

Auf diesen letzten Punkt möchte ich besonders eingehen. Die These von der friedlichen Koexistenz war eine wichtige Erkenntnis Lenins, sein größter Beitrag zur Theorie der modernen internationalen Beziehungen. Tatsächlich stieß Lenin auch in dieser Frage auf eine bislang nicht dagewesene Situation: „Wenn die Sowjetmacht verwirklicht, wenn die Bourgeoisie in einem Lande gestürzt ist, so tritt als zweite Aufgabe der Kampf in internationalem Maßstab auf die Tagesordnung, der Kampf auf einer anderen Ebene, der Kampf des proletarischen Staates inmitten der kapitalistischen Staaten.“

Sicher werde der Imperialismus, so meinte Lenin, den Sozialismus auf jede Weise behindern, werde bestrebt sein, ihn abzuwürgen. Dennoch sei die Koexistenz möglich, verdeutlichte er.

Sie ist möglich, weil der Sozialismus stark ist und für sich selbst eintreten kann.

Sie ist möglich, weil der Sozialismus, wie Lenin sagte, kein formelles, aber außerordentlich wichtiges Bündnis mit den Volksmassen, mit der Arbeiterklasse der nichtsozialistischen Länder besitzt.

Sie ist endlich möglich, weil die Weltwirtschaftsbeziehungen eine objektive Notwendigkeit für alle Länder, darunter auch für die kapitalistischen, ist.

Die Realität, die Geschichte unserer Tage, das Geschick der Entspannung haben die ganze Bedeutung, die ganze Richtigkeit dieser Leninschen Schlußfolgerungen überzeugend bestätigt.

Tatsächlich hat der Imperialismus, insbesondere der US-Imperialismus, Ende der 70er Jahre getreu seiner Natur versucht, den allgemeinen Prozeß der Erneuerung der Welt aufzuhalten, und hat dazu Kurs auf das verstärkte Wettrüsten, auf die Entfesselung von Provokationen gegen die sozialistischen und andere unabhängige Staaten genommen, hat den Weg verschiedenartigster „Sanktionen“ gegen die UdSSR eingeschlagen, bis hin zur Verletzung eingegangener Verpflichtungen und zur Annullierung unterzeichneter Abkommen.

Doch der Sozialismus unserer Tage — ein starker, dynamischer, gesellschaftlicher Organismus — leistet diesem Angriff starke Gegenwehr. Das in den letzten Jahrzehnten entstandene neue Kräfteverhältnis, das militärstrategische Gleichgewicht zwischen der Welt des Sozialismus und der Welt des Kapitalismus, waren erneut ein Faktor zur Eindämmung der aggressiven Ziele des Imperialismus.

Die von den Ländern des Sozialismus betriebene Friedenspolitik hat in dieser Zeit erneut die aktive Unterstützung der breitesten gesellschaftlichen Kräfte in aller Welt erfahren.

Die objektive Notwendigkeit der Entspannung, der friedlichen Lösung bestehender Probleme, der Entwicklung einer gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit wird heute immer mehr Staatsmännern und Geschäftsleuten des Westens bewußt.

Das alles erlaubte es, viele Pläne der aggressiven Kräfte zunichte zu machen und erneut zu bekräftigen, daß, wie es in dem Dokument des Juni-Plenums des ZK der KPdSU (1980) hieß, die Entspannung sich tief im internationalen Leben der Gegenwart verwurzelt habe und es reale Voraussetzungen dafür gebe, sie als dominierende Tendenz der Weltpolitik zu bewahren.

Die Lehre, die die sowjetischen

Menschen und alle wahren Friedensfreunde aus den jüngsten Ereignissen ziehen, besagt: Wenn vor sechs Jahrzehnten die friedliche Koexistenz wünschenswert war, ist sie in unseren Tagen lebensnotwendig.

IV

Im Kampf für die friedliche Koexistenz, für Entspannung und dauerhaften Frieden halten sich unser Land und alle wahrhaften Friedenskräfte auch heute an den großen Gedanken Lenins, den Gedanken der Einheit von Sozialismus und Frieden, an das mächtige Banner der Oktoberrevolution, das Banner eines gerechten, demokratischen Friedens zwischen allen Völkern. Im Kampf für diesen Frieden ist Lenin heute mit uns, unter uns.

Man kann behaupten — und das ist keineswegs zuviel gesagt —, daß Lenin den Friedenskämpfern in unseren Tagen das Geleit gibt und von ihnen verlangt, die Bedeutung der nüchternen Analyse der Quellen und Ursachen der Kriegsgefahr nicht zu vergessen, wobei er sie auffordert, den Völkern das Geheimnis der Entstehung von Kriegen zu offenbaren. Die Leninsche Analyse des Imperialismus liefert uns nach wie vor den Leitfaden.

Wer diesen Leitfaden einmal außer acht läßt, gerät sofort in die Propagandafalle der Kriegsanhänger, der Verfechter sozialen Rückschritts. Kann man denn wirklich jene Reden einiger Männer der Arbeiterbewegung anders auslegen, die die NATO zu einer Verteidigungsorganisation erklären oder Sozialismus und Imperialismus „gleich verantwortlich“ für die Spannungen, für die Komplizierung der Weltsituation machen wollen? Eine solche Haltung verteidigt den Frieden nicht, sie hilft nur jenen, die Hand an ihn legen, das völkerfeindliche Wesen ihrer Politik zu bemänteln.

Lenin gibt den Friedenskämpfern unserer Tage gewissermaßen das Geleit und ruft sie immer wieder zur Wachsamkeit auf, verlangt von ihnen, nicht zu vergessen, daß es im Kampf gegen imperialistische Aggressionskriege keinen Platz für Gleichmut geben darf. Man dürfe nicht vergessen: „Der Krieg ist kein Zufall, keine ‚Sünde‘... er ist vielmehr eine unvermeidliche Etappe des Kapitalismus, eine ... gesetzmäßige Form des kapitalistischen Lebens...“

Diese Worte Lenins wirken in unseren Tagen besonders stark, in denen der Imperialismus eine ernsthafte Bedrohung des Friedens geschaffen hat. Vor 63 Jahren nannte US-Außenminister Lansing das Leninsche „Dekret über den Frieden“ „eine direkte Bedrohung der bestehenden Sozialordnung“. Genauso betrachten das die aggressiven Kreise des Westens auch jetzt. Im Frieden erblicken sie eine Bedrohung ihrer Positionen und der ganzen, in

den kapitalistischen Ländern existierenden Ordnung.

Ist es angesichts all dessen ein Zufall, daß jeder Schritt im Friedenskampf die Völker so ungeheure Mühen kostet? Als direktes Geleitwort für die Friedenskämpfer von heute wirken die Worte Lenins: „Wer glaubte, daß der Frieden leicht zu erlangen sei, daß man bloß ein paar Worte über den Frieden zu verlieren brauche, damit die Bourgeoisie ihn uns auf dem Teller präsentiere, muß ein sehr naiver Mensch sein.“

Als Ansporn zur Tat für alle, die sich um die Zukunft, um das Glück der Menschheit sorgen, klingt Lenins Auftrag, so viel einfache und klare Maßnahmen zur Festigung des Friedens wie möglich zu ergreifen. Anders gesagt, zu handeln, und immer wieder zu handeln, und nicht zu warten, bis die Kräfte der Aggression ihr ganzes Arsenal an Todeswaffen zum Einsatz bringen!

Die Sowjetunion und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft haben allein in den letzten Jahren eine große Anzahl von Dokumenten verabschiedet, haben viele neue Initiativen angeregt und Tausende konkrete Schritte auf dem Weltausplatz unternommen. All diese Dokumente, Initiativen und Aktivitäten sind vor allem von dem Gedanken an einen gerechten Frieden, an die Sicherung des Friedens und die Verhütung der Kriegsgefahr durchdrungen. Was die Sowjetunion angeht, so haben unsere Partei und unser Staat vom ersten außenpolitischen Akt der Sowjetmacht — dem Dekret über den Frieden — bis zum Friedensprogramm die Kontinuität der Hauptrichtungen im Kampf für Frieden, Freiheit und Völkersicherheit gewahrt.

Nun begehen wir den 63. Jahrestag der Oktoberrevolution. Und bald schon wird unsere Partei zu ihrem XXVI. Parteitag zusammentreten. Noch ist es natürlich verfrüht, über seinen Ablauf zu reden und über die konkreten Aufgaben, die er im einen oder anderen Bereich stellen wird. Aber eines ist klar: Es wird zweifellos ein Parteitag der unerschütterlichen Treue unserer Partei und unseres Landes zu den Gedanken der Außenpolitik der Leninschen Oktoberrevolution sein.

Auf dem Juni-Plenum des ZK der KPdSU (1980) hatte Leonid Breschnew gesagt: Wir werden auch in Zukunft keine Anstrengungen scheuen, um die Entspannung und alles Gute der 70er Jahre zu bewahren, um eine Wende zur Abrüstung zu erzielen und das Recht der Völker auf freie und unabhängige Entwicklung zu unterstützen, den Frieden zu bewahren und zu festigen...

Der Frieden ist ein Segen für die Menschheit. Das Banner des Friedens und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern wurde von Lenin erhoben, und wir werden diesem Banner treu bleiben.

FREUNDSCHAFTLICHER ARBEITSBESUCH

In Moskau weilten auf Einladung des ZK der KPdSU und der Sowjetregierung Stanisław Kania, Erster Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, und Józef Pińkowski, Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und Vorsitzender des Ministerrates der VR Polen. Im Zuge des freundschaftlichen Arbeitsbesuches fand ein sowjetisch-polnisches Gipfeltreffen statt.

wurde besonders auf die Erwägungen der polnischen Seite über Fragen eingegangen, die die Gewährleistung der Möglichkeit betreffen, die Potenzen der polnischen Industrie vollständig zu nutzen, um die Produktion in Maschinenbau, Leicht-, Nahrungsmittel- und anderen verarbeitenden Industrien zu steigern.

Es wurde vereinbart, Wirtschaftsprogramme zu den wichtigsten Problemen für die nächste Zeit und

und alle Werktätigen des brüderlichen Polen es vermögen werden, die vor ihnen stehenden akuten Probleme der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung zu bewältigen und, gestützt auf das in den Jahren der Volksmacht geschaffene materielle und geistige Potential, das Lebensniveau der Werktätigen zu heben und den weiteren allseitigen Fortschritt Volkspolens zu gewährleisten.

Die Teilnehmer des Treffens verurteilten entschieden die Versuche bestimmter imperialistischer Kreise, gegen das sozialistische Polen zu wühlen und sich in seine Angelegenheiten einzumischen. Solche Versuche laufen der Schlußakte von Helsinki, ja den Interessen der europäischen Völker, der Sache des Friedens und der Zusammenarbeit auf dem Kontinent zuwider.

Leonid Breshnew und Stanisław Kania äußerten ihre Genugtuung über die Ergebnisse der Konferenz des Außenministerkomitees der Warschauer Vertragsstaaten, die vor kurzem in Warschau abgehalten wurde. Das ist ein neuer Beweis dafür, daß die sozialistischen Länder der Madrider Konferenz voll guten Willens und in dem Wunsch entgegen-

gehen, die für alle nützliche Zusammenarbeit in Europa voranzubringen.

Bei dem Treffen wurden auch andere aktuelle internationale Fragen erörtert. Wie hervorgehoben wurde, sind jetzt zielgerichtete Handlungen notwendiger denn je, wenn man eine neue Runde im nuklearen Rüstungswettlauf verhindern will. In dieser Richtung wirken die UdSSR, Polen und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft, die ein konstruktives Programm zum Eindämmen des Wettrüstens vorge schlagen haben.

Das Treffen verlief in einer Atmosphäre der Herzlichkeit und Übereinstimmung der Ansichten, wie sie für die Beziehungen zwischen der KPdSU und der PVAP charakteristisch sind.



Beim Treffen im Kreml am 30. Oktober
Foto: W. Mussaelian (TASS)

Im Mittelpunkt stand die weitere Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen. Charakteristisch für sie sind der Geist guter Nachbarschaft, kameradschaftliche Solidarität und die Gemeinsamkeit von Zielen und Bestrebungen. Seit mehr als 35 Jahren dient der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen der UdSSR und Polen den grundlegenden Interessen der Völker beider Länder. Diese arbeiten erfolgreich im Rahmen des Warschauer Vertrages und des RGW zusammen.

Die sowjetischen und polnischen Führer brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, die brüderlichen Bande zwischen beiden Völkern zu hüten und noch fester zu knüpfen.

Bei der Erörterung der Perspektiven der Wirtschaftsbeziehungen

auf weite Sicht aufzustellen, und als zweckmäßig befunden, das wissenschaftlich-technische Potential und die industriellen Möglichkeiten beider Länder besser zu nutzen, um hochleistungsfähige Ausrüstungen, besonders für die Landwirtschaft, zu erzeugen, sowie die Erkenntnisse der Agrarwissenschaft zur Steigerung der Erzeugnisse für die Bevölkerung zu verwenden.

Leonid Breshnew berichtete über die Vorbereitungen der UdSSR zum XXVI. Parteitag der KPdSU und die Ergebnisse des unlängst abgehaltenen ZK-Plenums der Partei.

Stanisław Kania informierte über die Lage in Polen, über die Ausführung der Beschlüsse des VI. ZK-Plenums der PVAP und über die Bemühungen der polnischen Kommunisten um die Stabilisierung der Lage.

Leonid Breshnew äußerte die Überzeugung der sowjetischen Kommunisten und aller Werktätigen der UdSSR, daß die Kommunisten

REVOLUTION

ALS SCHÖPFERISCHER PROZESS

Mengistu Haile Mariam, der Führer des Sozialistischen Äthiopien, fand in Moskau eine herzliche Aufnahme. Das ist verständlich, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern beider Länder blicken auf eine lange Geschichte zurück. In letzter Zeit erhielten sie aber grundsätzlich neue Impulse.

Die Imperialisten hatten wiederholt versucht, Äthiopien, einen der ältesten Staaten Afrikas, sich unterzuordnen. Jedemal, wenn die Unabhängigkeit Äthiopiens in Gefahr war, erwies ihm unser Volk Unterstützung und Solidarität. Davon zeugen das Jahr 1896, als die italienischen Landräuber einen Krieg gegen Äthiopien vom Zaun brachen, ferner 1935, als Äthiopien der faschistischen Aggression zum Opfer fiel, und schließlich die jüngste Vergangenheit, als die Imperialisten die äthiopische Revolution niederhalten wollten. In Äthiopien weiß man diese Hilfe zu schätzen.

Mengistu Haile Mariam sagte: „Aber die Fesseln des Feudalismus gaben dem äthiopischen Volk keine Möglichkeit, seine freundschaftlichen Gefühle für die Sowjetbürger offen zu äußern... Letzten Endes fanden diese Gefühle ihren Ausdruck in unserer Revolution, was zur Herstellung der heutigen engen, brüderlichen Beziehungen in neuem Geist und um neuer Ziele willen geführt hat.“

Im Schicksal unserer beiden Völker gibt es vieles, was sie einander näher bringt. Die UdSSR und das Sozialistische Äthiopien gingen aus den Revolutionen hervor, die zum Ausgangspunkt im Kampf um eine neue Gesellschaft, eine Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung, wurden. Doch darf man nicht vergessen, daß es, wie Leonid Breschnew sagte, „keine Revolutionen gibt, die einander wie ein Ei dem anderen gleichen würden. Die Eigenart der historischen Traditionen, der Situation, der Konstellation der gesellschaftlichen Kräfte machen die revolutionäre Arbeit zu einem höchst schöpferischen Prozeß. Das sehen wir auch am Beispiel Äthiopiens.“

In diesem Jahr tat die äthiopische Revolution einen wichtigen, ja historischen Schritt: Eine Kommission zur Organisation der Partei der Werktätigen Äthiopiens (COPWE) entstand. Nun ist der Tag nicht mehr fern, da eine Partei die Revolution leiten wird.

Der Besuch Mengistu Haile Mariams fiel zufällig in die Zeit der Vorbereitung-

gen auf den 63. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Das freute aber unseren Gast. Wie er betonte, verleiht das Beispiel des Sowjetvolkes, das um den Preis gewaltiger Opfer, Entbehrungen und Anstrengungen ein rückständiges Agrarland zu einer starken Industriemacht entwickelt hat, „uns und den anderen kämpfenden Völkern neuen Mut und neue Hoffnungen“. Er erzählte ausführlich über die wichtigen Errungenschaften der äthiopischen Revolution und erklärte, in vieler Hinsicht seien sie Resultat der Auswertung der Erfahrungen der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder sowie der Zusammenarbeit mit ihnen und ihres Beistands.

In der Welt von heute bestehen zwei Typen der Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsstaaten. Der eine sind ungleiche Beziehungen zwischen den Partnern. Zu diesem Typ gehören die Beziehungen zwischen den Entwicklungsstaaten und den Westmächten, die mit den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas nur deshalb zusammenarbeiten, weil sie dadurch Zutritt zu den Bodenschätzen dieser Länder haben.

Der andere Typ der Zusammenarbeit beruht auf Gleichberechtigung, gegenseitigem Verständnis und Solidarität. Auf dieser Basis arbeiten die UdSSR und das Sozialistische Äthiopien zusammen, und zwar nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Politik und Kultur. Wie Leonid Breschnew sagte, wird die UdSSR nach wie vor dem Volk Äthiopiens beim Aufbau der nationalen Wirtschaft, bei der Entwicklung von Wissenschaft und Kultur, bei der Ausbildung von Fachkräften für die Volkswirtschaft und bei der Entwicklung des Gesundheitswesens helfen.

Begreiflicherweise erörterten die Verhandlungsteilnehmer die heutige komplizierte internationale Situation.

Die grundsätzlichen Erscheinungen, darunter die afrikanischen Probleme, werden in Moskau und Addis Abeba auf gleiche Weise beurteilt.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist der Beitrag jedes Staates zur Festigung des Friedens von größter Bedeutung. Deshalb ist es so wichtig, daß das Sozialistische Äthiopien für die Einheit der afrikanischen Länder, für den Ausbau der friedlichen Zusammenarbeit zwischen ihnen und gute Nachbarschaft eintritt.

Doch nicht alle seine Nachbarstaaten gehen darauf ein. Wie Mengistu Haile Mariam erklärte, betreibt Somalia eine Expansionspolitik und bedroht den Frieden in dieser Region. Mehr noch, die somalischen Führer „haben die Häfen Berbera, Mogadischu und Chisimao als Militärstützpunkte an die USA in dem offenkundigen Wunsch verkauft, diese in den somalisch-äthiopischen Konflikt einzubeziehen“.

Am Horn von Afrika und in den anderen neuralgischen Zonen müssen Zurückhaltung und Vernunft an den Tag gelegt werden. Hiervon gingen die UdSSR und Äthiopien aus, als sie bei den Moskauer Verhandlungen ihren Kurs auf gute Nachbarschaft, d. h. den Verzicht auf Einmischung und Gebietsansprüche in dieser Region, bekräftigten.

Die Gegner einer Normalisierung der Lage am Horn von Afrika demaskierten sich sofort. Kaum hatten die Verhandlungen in Moskau begonnen, als Kairoer Zeitungen die Falschmeldung brachten, in Moskau werde „die Schaffung sowjetischer Stützpunkte“ auf äthiopischem Boden erwogen. Kairo versuchte auf diese Weise, seinen Kurs auf eine direkte militärische Allianz mit dem USA-Imperialismus durch die alberne Erfindung zu rechtfertigen, auch die UdSSR wolle Stützpunkte in dieser Region.

Dabei ist allbekannt, daß die UdSSR auf keine Vorrechte oder Vorteile in Afrika oder auf den anderen Kontinenten bedacht ist. Vielmehr will sie, daß dort Frieden und Eintracht herrschen, daß jedes Volk Afrikas in Freiheit lebt und über die Reichtümer seines Landes verfügt, daß auf diesem Kontinent der Rassismus ausgemerzt wird.

Die sowjetischen und äthiopischen Führer treffen sich nun häufig. Das bestätigt den engen, freundschaftlichen Charakter der Beziehungen zwischen beiden Ländern. Ihre mehrseitige Zusammenarbeit tritt nicht auf der Stelle, sie entwickelt sich qualitativ und quantitativ. Mit Genugtuung stellte Leonid Breschnew fest: „Die traditionelle Freundschaft zwischen unseren Völkern erstarkt noch mehr auf der festen Grundlage der internationalistischen Solidarität und des gemeinsamen Interesses an Frieden, Freiheit und sozialem Fortschritt. Diese neue Eigenschaft, die unsere bilateralen Beziehungen gewonnen haben, ist zuverlässig durch den Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und dem Sozialistischen Äthiopien verankert.“

Sowohl in ihrer alten als auch in ihrer neuen Form entsprechen die sowjetisch-äthiopische Freundschaft und Zusammenarbeit den Interessen unserer beiden Völker und der Völker anderer Länder.

L. SKURATOW

ZUSAMMENSCHLUSS DER VOLKSKRÄFTE

„Erfolgreicher Angriff auf Einheiten der regulären Streitkräfte in den Departements San Vicente und Chalatenango.“ „Patrioten haben eine Brücke über den Fluß Sumpul gesprengt, über die die Junta ihre Truppen verlagert.“ „Harte Kämpfe zwischen Aufständischen und Junta-Armee bei der Stadt Santa Rita, rund 100 km von der Hauptstadt El Salvadors.“

Derartige Meldungen kommen jetzt immer häufiger aus dem vom Volksaufstand erfaßten El Salvador. Sie beweisen den intensiver werdenden Widerstand der patriotischen Kräfte gegen die reaktionäre Junta, die sich vor allem infolge der militärischen und finanziellen Unterstützung Washingtons an der Macht hält.

Der volksweite Kampf gegen das Regime tritt in eine neue Phase ein, deren Hauptmerkmal die höhere Organisiertheit und Geschlossenheit der verschiedenen Formationen der patriotischen Kräfte ist. Mitte Oktober gab die Einheitliche politische und militärische Führung der revolutionären Massenorganisa-

tionen El Salvadors, der damals die Kommunistische Partei, die Volksbefreiungskräfte „Farabundo Martí“ und die Revolutionäre Volksarmee angehörten, ihren Zusammenschluß zur Nationalen Befreiungsfront (FMLN) bekannt. Ende des Monats traten der Front die Streitkräfte des nationalen Widerstands bei. Sie erhielt den Namen Farabundo Martí, des 1932 ermordeten legendären Kämpfers für die Befreiung des Volkes El Salvadors von der Unterdrückung. Die Front entwickelte sich im Grunde zu einer aufständischen Armee.

Zur Führung der Kriegshandlungen nach einem einheitlichen Plan unter der Losung „Revolution oder Tod!“ wurden vier Fronten geschaffen: zwei im Zentrum der Republik, sowie eine westliche und eine östliche Front. Sie erhielten Bezeichnungen zu Ehren von Nationalhelden: Modesto Ramírez, Feliciano Ama, Francisco Sánchez und Anastasio Aquino. Dieser Tage wurde in Mexiko mitgeteilt, in Kürze werde die Zusammensetzung der revolutionären demokratischen Re-

gierung El Salvadors bekanntgegeben, die von der FMLN angeführt wird. Das erklärte der Sprecher der revolutionären demokratischen Kräfte, Rafael Menjívar. Die Regierung wird sich in den von Aufständischen kontrollierten Gebieten etablieren und sich in ihrer Arbeit auf die dortigen Selbstverwaltungsorgane stützen.

Die die FMLN bildenden bewaffneten Organisationen sind die Fortführer der patriotischen, demokratischen und revolutionären Traditionen des Volks von El Salvador. Sie entstanden in den 70er Jahren und gingen, ungeachtet der Repressalien und der grausamen Verfolgungen durch die Militärdiktatur, tapfer vor, stellten Verbindungen zu den Volksmassen her und nutzten deren moralische und materielle Unterstützung. In tiefer Illegalität setzten sie sowohl militärische Aktionen als auch politische Demonstrationen, Beteiligung an Streiks, Kundgebungen und Protestmärschen ein.

Zu einem legalen politischen Flügel der Volksbefreiungskräfte wurde der Revolutionäre Volksblock, die stärkste von den Bauern und einem Teil der Arbeiter unterstützte oppositionelle Organisation. Die Revolutionäre Volksarmee wird politisch von den Volksligen des 28. Fe-

PERSISCHER GOLF

SOLIDARITÄT IM ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPF

Abgesandte aus 80 Ländern, von nationalen Befreiungsbewegungen und Weltorganisationen waren Teilnehmer einer Internationalen Solidaritätskonferenz mit dem antiimperialistischen Kampf in den Ländern der Golfregion. Sie war auf Initiative der Afro-Asiatischen Solidaritätsorganisation (AASO) und des Arabischen Volkskongresses zu Ende Oktober in Zyperns Hauptstadt Nikosia einberufen worden. Zur Konferenzzeröffnung erklärte der stellvertretende AASO-Generalsekretär Vassos Lyssarides (Zypern): „Unsere Begegnung soll die Weltöffentlichkeit auf die explosive Situation aufmerksam machen, die sich durch Schuld des amerikanischen Imperialismus im Raum des Persischen Golfs ergeben hat.“

Während der drei Arbeitstage diskutierten die Delegierten einen umfang-

reichen Problembereich zur Situation im Persischen Golf und im Indischen Ozean. Die Redner verurteilten entschieden die provokatorischen Machenschaften des Pentagons, das Kriegsvorbereitungen größten Ausmaßes betreibt: Es stellt die „Eingreiftruppe“ auf, droht mit der Okkupation von Erdölstaaten, baut seinen Stützpunkt auf Diego Garcia aus und errichtet neue militärische Vorposten in Ägypten, Oman, Somalia und Kenia.

Besonders brandmarkten die Konferenzteilnehmer die gefährlichen Pläne der Pentagon-Strategen, den Persischen Golf zu verminnen, und ihre Drohungen, dort im „Ernstfall“ taktische Kernwaffen einzusetzen. Die USA geben sich nicht mit der eigenen militärischen Präsenz in dieser Region zufrieden, sie beziehen auch ihre Verbündeten ein. So wollen sie ihre westeuropäischen

Partner dazu veranlassen, den Aktionsradius der NATO auf den Indischen Ozean auszudehnen.

„Was die Sowjetunion angeht, so ist ihre Haltung klar und eindeutig“, hieß es in einer Botschaft Leonid Breschnews an die Konferenz. „Der Persische Golf ist die Sphäre der Lebensinteressen der dortigen Staaten und Völker, und niemand hat das Recht, sich in ihre Angelegenheiten einzumischen. Wir verurteilen entschieden die imperialistische Politik der Drohungen und der militärischen Erpressung, setzen uns für die Stärkung der Unabhängigkeit und Souveränität aller Staaten, einschließlich der Staaten am Persischen Golf, für die freie nationale und soziale Entwicklung ihrer Völker ein. Wir sind für eine gerechte politische Beilegung bewaffneter Konflikte in diesem Raum, für die Verwandlung des Persischen Golfs und des Indischen Ozeans in eine Friedenszone. Alle Anstrengungen in dieser Richtung werden vom sowjetischen Volk stets und aktiv unterstützt werden.“ Die Einberufung der außerordentlichen Internationalen Konferenz, sagte der sowjetische Delegationschef und Vorsitzende des Sowjetischen Solidaritätsausschusses der Länder

bruar repräsentiert. Die Kommunistische Partei El Salvadors ist eng mit der einflußreichen Nationaldemokratischen Union liiert, über die die Kommunisten in den Gewerkschaften wirken.

Der Weg zu der jetzt erzielten Einheit war nicht leicht. Denn es gab unterschiedliche Ansichten hinsichtlich der Strategie und Taktik des Kampfes gegen die Diktatur. Auch die ideologischen Plattformen stimmen nicht in allem überein. Dennoch brach sich die akute Notwendigkeit des Zusammenschlusses gegen die verstärkte Offensive der Junta-Truppen und der Rechtsextremisten Schritt für Schritt Bahn.

Im Dezember 1979 unterzeichneten die Führer der Kommunistischen Partei und der beiden anderen in den bewaffneten Kampf verwickelten Organisationen das Abkommen über die Bildung des Koordinationsbüros der revolutionären Massenorganisationen. Im Januar d. J. wurde dieses Organ auf erweiterter Grundlage umgebildet.

Inzwischen fand der größte Teil der demokratisch gesinnten, jedoch reformistischen Kräfte zu linken, manchmal auch revolutionären Positionen. Darunter der fortschrittliche Teil der katholischen Kirche, Sozialdemokraten, einfache Christdemokraten und sogar einige

ihrer Führungskräfte. Der Generalsekretär des ZK der KP El Salvadors Shafic Jorge Handal äußerte, sie setzten sich für einen tiefgreifenden Strukturwandel und die konsequente Demokratisierung El Salvadors ein. Sie seien der Ansicht, daß sich die nationale Krise ohne derartige Wandlungen nicht überwinden lasse. Sie würden dieses Ziel gern auf friedlichem Wege, ohne bewaffneten Kampf erreichen, bezweifeln aber immer stärker diese Möglichkeit.

Angesichts dieser Situation bildete sich nach der Ermordung des Erzbischofs von San Salvador Oscar Arnulfo Romero im April eine umfassende Vereinigung, die Revolutionäre Demokratische Front (FDR). Ihr traten mehr als 50 Organisationen bei: Bauern- und Studentenverbände, Gewerkschaften, Sozialdemokraten, Christdemokraten, die die Kapitulanten- und Versöhnlerpolitik ihrer Führer ablehnten.

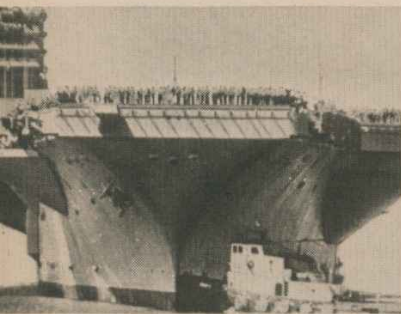
Sehr bald wurde die FDR, die sich eine „wirklich demokratische und Mehrparteienregierung“ zum Ziel gesetzt hatte, zur führenden politischen Massenorganisation El Salvadors. Ihr Einfluß dehnte sich allmählich auch auf die Mittelschichten aus.

Im Mai dann bildeten die bewaff-

neten Kämpfer gegen die Junta bereits die einheitliche politische und militärische Führung der Massenorganisationen. In ihrem Manifest hieß es, sie werde „eine für alle gültige militärpolitische Linie ausarbeiten und durchsetzen und den revolutionären Kampf unseres heldenhaften Volkes bis zum Sieg führen“. Ziele dieses Kampfes sind die Errichtung einer revolutionären demokratischen Regierung und die Verwirklichung tiefgreifender politischer, wirtschaftlicher und sozialer Umgestaltungen.

Die Bildung der Nationalen Befreiungsfront „F. M.“ und anderer demokratischer Koalitionen beweist, daß El Salvador jetzt erfolgreich beim Zusammenschluß von Organisationen vorankommt, die mit der Waffe in der Hand gegen das Repressionsregime kämpfen, und daß hier auf breiter sozialer Basis ein Bündnis erstarkt, dem außer den Arbeitern und Bauern Lehrer, mittlere Bevölkerungsschichten, Studenten und Angestellte, technische Intelligenz sowie Geistliche angehören. Das aber bedeutet, daß die Oligarchie El Salvadors und die ihr hörige regierende Militär-Zivil-Junta, die das Vertrauen Washingtons hat, in eine immer stärkere politische Isolierung geraten.

A. BARYSCHEW



Der US-Flugzeugträger „Eisenhower“ vor dem Persischen Golf

Telefoto: UPI—TASS

Asiens und Afrikas Mirsa Ibragimow, ist angesichts der neuen Drohung des amerikanischen Imperialismus gegen die Länder und Völker am Persischen Golf und der anliegenden Regionen des Nahen und Mittleren Ostens, des Mittelmeers und des Indischen Ozeans von aktueller Bedeutung. Dabei versuchen die USA und ihre Helfershelfer ihre Aggressionspläne mit der „Sorge“ um den Islam zu bemänteln und die Welt zu überzeugen, sie seien die

wahren Freunde der moslemischen Staaten. Glaubt man aber in Washington ernsthaft, man habe in den moslemischen Ländern jene ständige Feindschaft vergessen, die die Schöpfer der US-Außenpolitik gegenüber diesen Ländern gezeigt haben.

Das Leitmotiv vieler Ansprachen war die tiefe Besorgnis über den andauernden militärischen Konflikt zwischen Iran und Irak. Schließlich kennt man die antiimperialistische Haltung beider Länder, die gegen die Ausbeuterpolitik der Monopole, für die souveränen Rechte ihrer Völker kämpfen. Angesichts dessen, hieß es auf dem Treffen, diene der militärische Konflikt zwischen den beiden Nachbarländern lediglich den Interessen ihres gemeinsamen Feindes, des Imperialismus. Die gegenseitige Schwächung Irans und Iraks kommt lediglich denen zugute, denen die Interessen der Völker dieser Region fremd sind und die sich den Erdölreichtum der Länder des Nahen und Mittleren Ostens aneignen wollen. Die Delegierten in Nikosia riefen die kriegführenden Seiten auf, das Blutvergießen einzustellen und am Verhandlungstisch eine politische Lösung der strittigen Fragen zu erzielen.

Die Vertreter der arabischen und

nicht nur der arabischen Länder verurteilten entschieden die amerikanisch-israelisch-ägyptischen Separat-Abmachung, deren unmittelbare Folge die andauernde Eskalation der aggressiven Aktivitäten Israels gegen Libanon und der zunehmende Terror am Westjordanufer sind. In der antiarabischen Politik der USA spielt das Regime Sadats eine besondere Rolle, das Ägypten nicht nur zu einem Bollwerk des Imperialismus in dieser Region gemacht hat, sondern sich auch subversiv gegenüber den Ländern der Nationalen Front der Standhaftigkeit und des Widerstands verhält.

„Die Pläne des Imperialismus zu entlarven und sie zu durchkreuzen, war eine der Hauptaufgaben unserer Konferenz“, sagte mir gegenüber der stellvertretende Generalsekretär der AAPSO, Fasime Bangura (Guinea). „Wir sind sicher, daß sie einen neuen Beitrag zur Mobilisierung der Volksmassen und aller patriotischen Kräfte der Region und mit ihnen weiter Kreise der Weltöffentlichkeit leistet, um die gefährlichen Anschläge der USA und ihrer Helfershelfer zurückzuweisen...“

K. KAPITONOW

Nikosia, im Oktober

MÄRSCHES DES FRIEDENS...

„WIR WOLLEN NICHT, DASS DIE ERDE UNBEWOHNBAR WIRD“

In der bunten, vielsprachigen Menge tauchten zwei „Gespenster“ in weißen Kapuzen mit Augenschlitzen auf. Man fühlte sich an das Spuk-schloß im Spessart erinnert. Ein „Gespenst“ kam plötzlich näher. Es trug ein Plakat mit der Aufschrift: „Ich bin das Gespenst von der Bedrohung aus dem Osten.“

In einem Park in Kaiserslautern (BRD) traf sich eine Marschsäule der internationalen Manifestation, die unter der Losung „Stoppt das atomare Wettrüsten“ stand. Bereits auf dem Weg zur Stadt waren uns Busse und PKWs aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden, ferner aus der Schweiz und aus Österreich, entgegenkommen. Die Antikriegsbewegung dieser Länder hatte aktiv die Initiative des bundesdeutschen Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit für diese Manifestation unterstützt.

Die Demonstranten entfalteten ein riesiges Transparent gegen die Atomraketen, für die Abrüstung. Auf dem nächsten Plakat eine Aufschrift in Deutsch und Französisch: „Europa für Abrüstung“. Eine Gruppe junger Leute trug Plakate mit dem neuesten NATO-Flugzeug, dem Tornado. Ein solcher Jagdbomber

kostet eben soviel wie 2000 Berufsschulplätze (und die Berufsschulen kommen in der BRD auch so finanziell zu kurz). Deshalb hieß es: „Hier fliegen uns 2000 Lehrstellen vor der Nase weg.“

Die Demonstranten hielten weiße Friedenstauben aus Pappe hoch. „Keine Moneten für Bomben und Raketen!“, erklang ein Sprechchor. „Nein zu den US-Raketen!“ war von anderen zu hören. „Frieden, Freiheit, Solidarität!“ Diese Losung in Deutsch und Türkisch wurde von einer Gruppe türkischer „Gastarbeiter“ wiederholt. Und dann die aktuellste Forderung: „Aufhebung des NATO-Raketenbeschlusses, jetzt verhandeln“.

Die Gefahr, die der NATO-Beschluß für die Stationierung neuer US-Raketen auf unserem Kontinent für alle Europäer, für die Einwohner von Kaiserslautern heraufbeschwört, war von Anfang an gegenwärtig. Selbst während der Demonstration führte sich die US-Militärpräsenz in Westeuropa brutal in Erinnerung. Der Lärm von Motoren ließ auf einmal alle nach oben schauen — ein schweres Transportflugzeug der US-Airforce war aufgetaucht.

„Die Region Kaiserslautern ist das größte atomare Machtzentrum der USA und der NATO in Europa. In unseren Wäldern sind Waffen und Munition zur Vernichtung der ganzen Erde versteckt. Flugplätze, Kasernen und Truppenübungsplätze schnüren uns ein“ — das las ich in einer Broschüre des hiesigen Friedenskomitees.

Straßenschilder in Englisch, amerikanischen „Sperrzonen“ und Armee-LKWs begegneten uns auf Schritt und Tritt (obwohl der Chef der US-Garnison kurz vor der Demonstration eine Ausgangssperre angeordnet hatte, um die Demonstranten nicht zu reizen).

Im Raum Kaiserslautern gibt es unzählige militärische Objekte. So befindet sich in Ramstein ein Militärflughafen — nicht nur der größte Luftwaffenstützpunkt der USA und der NATO in Europa, sondern auch der größte US-Flughafen im Ausland. Als Bodenpersonal sind dort mehr als 6000 Amerikaner und ca. 600 Militärangehörige aus anderen NATO-Ländern im Einsatz.

In Ramstein landen pro Tag 20—35 Militärtransporter u.a. Riesenmaschinen vom Typ Galaxy. Bei den kürzlichen Manövern setzten diese „Starlifters“ hier nach siebenstündigem Atlantikflug mit jeweils 154 voll ausgerüsteten Soldaten zur Landung an. Von hier starteten die traurig berühmten sechs Hercules-Maschinen mit den Diversanten, die im Iran einen Staatsstreich ausführen sollten.

„Man will uns weismachen“, heißt es in besagter Broschüre der Friedensanhänger von Kaiserslautern, „daß damit unsere Sicherheit wächst.“



...UND DES KRIEGES

Noch vor einer Minute hatte die Wüste geschwiegen, da heulten die Motoren schwerer Militärtransportflugzeuge auf, Panzerketten werfen Sandwolken hoch. So begann ein Manöver der amerikanischen Eingreiftruppe unter der Code-Bezeichnung „Galant Eagle“ („Kühner Adler“). Als Schauplatz hatte man nicht von ungefähr die kalifornische Mojawewüste gewählt. Dieser „Kriegsschauplatz“ weist ähnliche Naturbedingungen auf wie die Wüsten in der Region des Persischen Golfs.

Das Pentagon meint offenbar, ein Marineverband allein werde die „lebenswichtigen Interessen“ der USA in der Golfzone nicht verteidigen können. Also müssen sich auch Heeresseinheiten ertüchtigen.

Es wächst aber nur die tödliche Sicherheit, daß wir im Ernstfall die ersten Opfer sind."

Nicht alle in der BRD verstehen, daß sie auf einem Pulverfaß sitzen. Und ebendeshalb wurden bei der Kundgebung in Kaiserslautern Warnungen und Aufrufe zum Kampf laut.

Pastor Martin Niemöller, Träger des Internationalen Lenin-Friedenspreises, rief die Versammelten auf, „Bekannte, Freunde und sonstige Zeitgenossen, die ihnen begegnen“, für die Antikriegsbewegung zu gewinnen. Martin Niemöller erinnerte sich an die Jahre des kalten Krieges, als die Reaktion die Friedensanhänger verleumdete und deren Bewegung zu spalten suchte. Selbst damals sei dieses Unterfangen ja gescheitert. „Die ‚Tauben‘ genannten Friedensfreunde mehrten sich, aus Hunderten wurden Tausende und dann Zehntausende und Hunderttausende“, erklärte er.

Helena Langevin, Tochter des berühmten französischen Physikers Frédéric Joliot-Curie, sprach von der Verantwortung der Wissenschaftler. Sie erinnerte daran, daß sich in Madrid die Vertreter der Staaten treffen werden, die die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet haben: „Das Treffen ist eine Chance, die voll genutzt werden muß, um den Weg der Entspannung wieder zu gehen und Verhandlungen den Weg zu bahnen. Unsere Aktionen können helfen, dieses Ziel zu erreichen.“

Der Stiftsplatz war zu klein für die 6000 Teilnehmer der Kundgebung. Einige Stunden standen die Menschen im Bann der bewegenden Reden.

Die Versammelten nahmen herzlich die Rede des ehemaligen Bundestagsabgeordneten Prof. Dr. Karl Bechert auf, der einige Jahre lang den Atomarschuß des Bundestags geleitet hatte.

„Jimmy Carter, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika,

AKTIONSWOCHE FÜR ABRÜSTUNG

BELGIEN. Zehntausend Belgier und Holländer protestierten in Mol gegen das nukleare Wettrüsten. An der Manifestation beteiligten sich viele Parteien und Massenorganisationen der beiden Länder, Vertreter der Öffentlichkeit aus Großbritannien, Frankreich und der BRD.

SCHWEDEN. Hier fanden Demonstrationen statt, auf denen gefordert wurde, Europa zu einer kernwaffenfreien Zone zu erklären.

PORTUGAL. Auf Initiative des Portugiesischen Rates für Frieden und Zusammenarbeit, des Verbandes der portugiesischen Antifaschisten und des Gewerkschaftsverbandes INTERSINDICAL fanden Massenkundgebungen zur Aktionswoche für Abrüstung statt.

DÄNEMARK. In Aalborg, Aarhus und anderen Großstädten wurden Protestmärsche gegen das atomare Wettrüsten durchgeführt.

FINNLAND. In den elf größten Städten beteiligten sich viele tausend Arbeiter und Angestellte an Veranstaltungen der Friedensanhänger.

KANADA. „Das geht alle an“ — unter dieser Devise stand die Aktionswoche. In Toronto, Montreal und anderen Städten des Landes fanden Versammlungen und Demonstrationen des gesamt nationalen Friedenskomitees und der Provinzfriedenskomitees statt.

JAPAN. Das Volkskomitee für Massenaktionen, das Gewerkschaften, Frauen- und Jugendorganisationen sowie andere demokratische Verbände des Landes vereinigt, verlangte von der Regierung einen Abbau der Rüstungsausgaben und die Einsetzung der so frei gewordenen Mittel, um den Wohlstand der Werktätigen zu heben.

AUSTRALIEN. Mehr als hundert Massenorganisationen des Landes versammelten sich zu einer nationalen Konferenz für Abrüstung.

hat öffentlich verkündet: Zur Verteidigung Europas werden Atomwaffen eingesetzt werden, Atomraketen Pershing 2 sollen in der Bundesrepublik stationiert werden. Neutronenwaffen werden gebaut. Wir sagen nein und tausendmal nein zu solchen Plänen.“

Abschließend erklärte Prof. Bechert: „Wir wollen nicht zu Tode verteidigt werden. Wir wollen nicht, daß die Erde unbewohnbar wird, wir

wollen Frieden.“

Viele Solidaritätsbriefe und -telegramme trafen bei den Veranstaltern der Kundgebung ein — aus Großbritannien, Portugal, den USA, Dänemark, Norwegen und vielen anderen Ländern.

Die Friedensbewegung in Westeuropa wird immer stärker.

K. KARAGESIAN
Eigenbericht

Kaiserslautern—Bonn

„BROT, KEINE BOMBEN“

An einem Sonntagmorgen im Hyde Park war schon aus der Ferne ein riesiger „Atompilz“ aus Kunststoff zu sehen. Hier hatten sich die Teilnehmer einer Demonstration gegen die Pläne eingefunden, US-Cruise Missiles in Großbritannien zu stationieren und die britische U-Boot-Flotte auf Trident-Nuklearraketen umzurüsten.

„Nein zu den Cruise Missiles!“, „Die Nuklearwaffen verbieten!“ und „Die Hungernden brauchen Brot und keine Bomben!“ — solche Plakate wurden von britischen Friedensanhängern getragen, die den militaristischen Kurs ihrer Regierung ablehnen. Einige von ihnen trugen als Symbol der selbstmörderischen Nuklearpolitik der Tories stilisierte Skelette mit der Aufschrift „Ich bin der Regierungsinstruktion gefolgt.“

Diese Manifestation für Frieden und Abrüstung, an der mehr als 70 000 Men-

schen teilnahmen, war seit dem Krieg die größte aller derartigen Demonstrationen in London. Sie wurde auf Initiative der Massenorganisation „Kampagne für nukleare Abrüstung“ durchgeführt. Arbeiter, Angestellte, Studenten, Schüler, Rentner und Hausfrauen aus allen Landesteilen zogen vier Stunden lang vom Hyde Park zum Trafalgar Square, wo solche Kundgebungen traditionell stattfinden.

Die Antikriegsmanifestation wurde von den verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Kräften. Großbritannien tatkräftig unterstützt. Kommunisten und Labouranhänger, die Partei der walisischen Nationalisten, die größte Gewerkschaft des Landes, (Transportarbeiter und unqualifizierte Arbeiter), der nationale Studentenverband, der Quäker Peace Service, die religiöse Organisation „Pax Christie“ u.v.a. An der Demonstration beteilig-



ten sich ferner Vertreter der Friedensanhänger Irlands, Hollands und anderer europäischer Länder.

Die Dimensionen der Massenbewegung gegen das nukleare Waffentrüsten, für Frieden und Entspannung beeindruckten selbst die bürgerliche Presse. So konstatierte die „Times“, daß die Demonstration auf dem Trafalgar Square ein „Ereignis von großer politischer Bedeutung“ wurde.

Zugleich behaupteten die „Times“ und einige andere Zeitungen, die Teilnehmer der Antikriegsbewegung, darunter viele Jugendliche, seien naive Idealisten: Sie verstünden nicht, daß Großbritannien eigene Abschreckungswaffen haben müsse. Dabei verwiesen sie erneut auf die „sowjetische Bedrohung“.

Der Generalsekretär der KP Großbritanniens, Gordon McLennan, erteilte den Erfindungen, die Sowjetunion bereite sich auf einen Atomkrieg vor, eine entschiedene Abfuhr. „Das ist verlogene Propaganda“, erklärte er auf der Kundgebung. Anthony Benn, Mitglied des Nationalen Exekutivkomitees der Labour Party, betonte, daß die Tory-Regierung einen äußeren Feind erfindet, um die Engländer von ihrer eigenen bankrotten Politik abzulenken. Der Redner erinnerte daran, daß sich die Labour Party auf ihrer kürzlichen Konferenz gegen jegliche Verteidigungspolitik Großbritanniens ausgesprochen hatte, die auf dem Einsatz nuklearer Waffen oder der Drohung mit ihnen beruht. „Wir lehnen das nukleare Waffentrüsten ab, da es den Weltfrieden bedroht“, betonte Anthony Benn.

Beachtung verdient in diesem Zusammenhang die Erklärung von Michael Foot, einem der Hauptkandidaten auf den Labourvorsitz. Er unterstrich am Tag der Demonstration im Fernsehen, daß er für die nukleare Abrüstung Großbritanniens eintritt, und als Premier den Beschluß für die Stationierung der Cruise Missiles in Großbritannien rückgängig machen würde.

Mit Beifall und Zustimmung wurde die Rede der bekannten britischen Schauspielerin Susannah York aufgenommen: „Braucht Großbritannien heute blinde Treue zur NATO, einem vor 30 Jahren in einer ganz anderen Situation geschaffenen Militärblock? Sind die Cruise Missiles, diese neue Generation fliegender Atombomben, die von den US-Militaristen kontrolliert werden... wirklich geeignet, unser Volk und unser Land zu verteidigen?“

Die Massendemonstration in London hat deutlich gezeigt, daß die weitaus meisten Briten trotz aller Erfindungen der bürgerlichen Propaganda die Gefahren verstehen, die sich aus dem nuklearen Waffentrüsten, aus der Strategie der Tory-Regierung ergeben, und immer aktiver für Frieden und Entspannung eintreten.

W. PAWLOW
Eigenbericht

ITALIEN

TURIN KÄMPFTE FÜR ALLE

Nikolai JERMAKOW

Über die Vias von Turin, an nicht enden wollenden Fabrikschloten vorbei, treibt der Wind alte Flugblätter und Plakatfetzen. An manchen Fabrikschloten sind noch die Losungen zu sehen, die die Werktätigen des Fiat-Konzerns zum Kampf gegen die Entlassungen aufriefen. Jetzt ist in Turin, dem industriellen Herzen Norditaliens, der Alltag wieder eingeleitet.

Noch vor kurzem war die Lage hier bis zum äußersten gespannt. Einen derart „heißen Herbst“ mit den vielen Streiks und Demonstrationen, Diskussionen und Kundgebungen hatte es elf Jahre in Italien nicht gegeben. Im Mittelpunkt dieses Kampfes stand die italienische Automobilmetropole Turin, wo sich der Hauptsitz von Fiat, der größten privaten Industrievereinigung des Landes, befindet.

...In den ersten Septembertagen nach den Sommerferien wurde in den Fiat-Betrieben die Arbeit wiederaufgenommen. Doch für viele tausend Werktätige ging der „Ur-laub“ weiter. Auf Beschluß der Betriebsleitung wurden sie zeitweilig entlassen und auf Arbeitslosengeld „umgesetzt“. So begannen die dramatischen Schlachten, die bis heute von Parteien, Presse und der Öffentlichkeit aufmerksam verfolgt werden. Schlachten, die viele andere Ereignisse zurückgedrängt haben, selbst die auf dem Höhepunkt der Streiks ausgebrochene Regierungskrise.

Anfang September begannen in Turin zwischen den Unternehmern und der Metallarbeitergewerkschaft Verhandlungen über die Beschäftigungsfrage, die ergebnislos blieben. Die Fiat-Leitung dachte nicht daran, von ihren Plänen für einen Personalabbau abzurücken. Nachdem sie die Verhandlungen unterbrochen hatte, gab sie am 11. September die Entlassung von ca. 15.000 Beschäftigten bekannt. Einen Tag später wurden die Turiner Fiat-Werke bestreikt. Schon bald waren die Fiat-Filialen in Mailand, Bolzano, Sulmona, Cassino, in Termoli und vielen anderen Städten im Ausstand.

In den darauffolgenden Tagen wurden in Rom unter Vermittlung von Arbeitsminister Foschi die Gespräche zwischen den Konzernbossen und den Gewerkschaftsdelega-

tionen wiederaufgenommen. Ca. 10 Tage wurde verhandelt. Doch die Gegensätze konnten dabei nicht überwunden werden. Die Unternehmer legten es offenbar darauf an, den Konflikt zu verschärfen. Das zeigten auch die Attacken der bürgerlichen Presse auf die Gewerkschaftsverbände sowie die offen provokatorische Form der Entlassungen in den Fiat-Werken. Gefeuert wurden meistens Gewerkschaftsaktivisten, Arbeiterführer und IKP-Mitglieder.

Die Aufstellung schwarzer Listen führte zu wachsender Empörung unter den Streikenden. Die Gewerkschaftsführer sprachen von einer Säuberung in den Betrieben, von Versuchen, unbequeme Leute aus den Abteilungen zu entfernen und die Arbeiterbewegung bei Fiat führungslos zu machen.

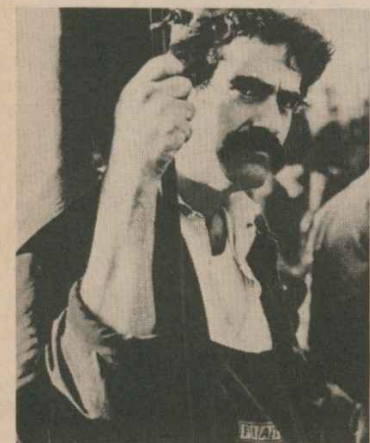
Eine solche Praxis ist im Konzern nicht unbekannt. Die Fiat-Personalpolitik, die die Beschäftigten systematisch bespitzeln ließ, sollte stets die Arbeiter niederhalten. Der geringste Ungehorsam konnte zur Entlassung führen. Beschäftigte wurden nur deshalb auf die Straße gesetzt, weil sie das IKP-Organ „Unità“ lasen! Die Vorarbeiter, die die Arbeiter im Würgegriff zu halten hatten, wurden speziell aus dem rückständigen Süden rekrutiert. Den eingeschüchterten, oft ungebildeten Vorarbeitern wäre es nie in den Sinn gekommen, daß man gegen die Ausbeuter streiken kann.

Ein solches System sicherte über lange Jahre die „Ruhe“ der Konzernherren. Doch diese Isolation konnte nicht für alle Zeiten in einem Land bewahrt werden, wo die Arbeiterbewegung von Jahr zu Jahr stärker wird und der Einfluß der Kommunisten ständig zunimmt. Die künstlichen Dämme brachen: Fiat hat ein für allemal aufgehört, eine Insel des „sozialen Friedens“ zu sein...

In der zweiten Septemberhälfte begann die schwierigste Kampfphase. Es lag etwas in der Luft in Turin. Der Gewerkschaftsdachverband, der die CGIL, die CISL und die UIL vereint, beschloß angesichts der fehlenden Kompromißbereitschaft der Unternehmer, den Generalstreik auszurufen. Die Vermittlungsbemühungen von Ex-Ministerpräsident Cossiga blieben erfolglos. Aus Solidarität mit den Fiat-Arbeitern leg-

ten die Maschinenbauer im ganzen Land die Arbeit nieder, und die Werktätigen der anderen Wirtschaftszweige wollten den Generalstreik ausrufen.

Doch da brach am 27. September die Regierungskrise aus. Einige Stunden nach dem Kabinettsrück-



Streikender Fiat-Arbeiter

Aus der Zeitschrift „Rassegna sindacale“ (Italien)

tritt gab die Fiat-Leitung bekannt, daß sie vorläufig ihre Entlassungen zurücknimmt. Die Gewerkschaften bewerteten das positiv und ließen ihrerseits von der Vorbereitung des Generalstreiks ab. Man dachte, der Konflikt sei so gut wie überwunden. Doch am 30. September gab die Betriebsleitung bekannt, fast 23 000 Beschäftigte würden bis Ende des Jahres entlassen. Und alles begann von neuem.

Als Antwort auf diesen provokatrischen Beschluß riefen die Gewerkschaften die Fiat-Beschäftigten auf, Streikposten vor den Werkseingängen aufzustellen.

Die Unternehmer waren ebenfalls nicht untätig. In ultimativer Form verlangten sie vom sogenannten mittleren Management, am Arbeitsplatz zu erscheinen, sonst würden sie entlassen. Am 7. Oktober versuchten Gruppen von Streikbrechern zusammen mit angeheuerten Schlägern gewaltsam die Streikposten zu durchbrechen und in das Werksgelände zu gelangen.

An einigen Stellen gelang das. Zugleich leiteten die Behörden Repressalien gegen die Streikposten ein. 23 000 Personen, die entlassen worden waren, doch die auf den Aufruf der Gewerkschaften hin weiterhin an Versammlungen und Kundgebun-

gen der Fiat-Arbeiter teilnahmen, sollten belangt werden. In Turin und allen anderen Filialen des Konzerns gingen die Bosse zu Aussperrungen über. Die Werktätigen sollten solange ausgesperrt werden, bis wieder „Ordnung“ eingekehrt sei. Die Einschüchterung und Spaltertaktik ging nicht spurlos an den Arbeitern vorbei.

Am 10. Oktober demonstrierte der auf Beschluß des Gewerkschaftsdachverbandes von CGIL, CISL und UIL ausgerufene Generalstreik die Macht der Arbeitersolidarität. Das werktätige Italien unterstützte seine Turiner Klassenbrüder. Auf Streikposten standen die Vertreter vieler anderer Betriebe. Bauern und landwirtschaftliche Genossenschaften halfen den Streikenden mit Lebensmitteln. Der Streik wurde von der IKP unterstützt, deren Generalsekretär Enrico Berlinguer in jenen dramatischen Tagen Turin besuchte. Die Turiner, die das ganze werktätige Italien hinter sich wußten, erreichten letztlich das Ihre. Die Unternehmer machten Zugeständnisse und unterzeichneten ein entsprechendes Abkommen mit den Gewerkschaften.

Der Erfolg der Arbeiter ist von großer Bedeutung. Hängt ja von dem Ausgang des Konflikts ab, ob es in Italien zu Massenentlassungen kommen wird. Bei einem Sieg der Fiat-Bosse hätte das für die übrigen Industriellen grünes Licht bei Entlassungen bedeutet. In dem mehr als einmonatigen Kampf setzten die Fiat-Arbeiter vor allem die endgültige Rücknahme der Entlassungen und Garantien dafür durch, daß alle vorübergehend Entlassenen wieder eingestellt werden.

Gewerkschaften, IKP und Fiat-Arbeiter haben das Abkommen gebilligt, obgleich einige seiner Punkte im Interesse der Konzernleitung liegen. Mitglied der IKP-Führung G. Chiaroni, wertete das Dokument offiziell als positiv. Das Abkommen zeige, wie berechtigt die prinzipielle Haltung der Gewerkschaften ist. Eine Barriere gegen Massenentlassungen wurde errichtet.

NZ

KOMMENTAR

GEWALT UND WILLKÜR

Fahd Qawasmeh und Mohammad Milhem, die Bürgermeister von El Khalil und Halhoul im israelisch besetzten Westjordanland, waren im Frühjahr völlig grundlos von den Okkupanten deportiert worden. Die Weltöffentlichkeit verurteilte damals entschieden diesen Willkürakt Tel Avivs. Die mutigen Patrioten, die vor den ihnen drohenden Terroranschlägen zionistischer Extremisten keine Angst hatten, erhielten von den israelischen Behörden Mitte Oktober die Erlaubnis zur Rückkehr. Sie wollten Berufung gegen den Deportationsbeschluß einlegen. Doch die Okkupanten dachten gar nicht daran, den juristischen Weg zu gehen. Die arabischen Bürgermeister wurden vor ein Militärtribunal gezerrt, das unter Ausschuß der Öffentlichkeit verhandelte. F. Qawasmeh und M. Milhem wurden ins Gefängnis von Ramleh geworfen.

Aus Protest gegen den Willkürakt traten die beiden palästinensischen Patrioten in den Hungerstreik. Jetzt hat die Westbank eine Welle von Solidaritätsstreiks und -demonstrationen erfaßt.

Doch wo Gewalt regiert, kann es keine Gerechtigkeit geben. Das zeigen nicht nur die Repressalien gegen die palästinensischen Araber in den besetzten Gebieten. Die außenpolitischen Aktionen Tel Avivs demonstrieren die gleiche Willkür. Der 15. November, den der UNO-Sicherheitsrat als Frist gesetzt hat, damit Israel seinen Beschluß, ganz Jerusalem zu annektieren, zurücknimmt, nähert sich. Doch in der Knesset will sich niemand daran erinnern. Überdies beabsichtigt man dort die Gesetzesvorlage über eine weitere Annexion, diesmal der syrischen Golanhöhen, durchzudrücken. Dort gibt es bereits 26 israelische Wehrdörfer.

Nein, nicht auf eigene Verantwortung verübt Tel Aviv all diese Willkürakte! Ende Oktober wurde der israelische Präsident Navon vom ägyptischen Präsidenten Sadat herzlich empfangen. Ihre Gespräche sollten die aggressive Allianz dieser beiden Länder unter US-Schirmherrschaft festigen. Unterdes bekundeten die beiden führenden amerikanischen Präsidentschaftskandidaten auf jegliche Weise ihre Unterstützung für den Expansionskurs Israels. Ist es da erstaunlich, daß Tel Aviv immer unverschämter agiert.

D. SGRSKI

DIE SIEBEN MAGEREN JAHRE

Die Krise der britischen Wirtschaft scheint kein Ende zu nehmen. Die Industrieproduktion ist gegenüber dem Vorjahr um 8% zurückgegangen, die Einzelhandelspreise sind um 16% gestiegen. In Großbritannien gibt es jetzt mehr als 2 Millionen Arbeitslose. Und wieder hagelt es Bankrotte und Entlassungen.

Der Austeritätskurs der Regierung Thatcher, dem das Vereinigte Königreich die schwersten Zeiten seit dem Krieg zu verdanken hat, schreckt selbst eingefleischte Torys. Expremier Macmillan erklärte kürzlich im Fernsehen, daß die Regierungspolitik auf das Privatunternehmertum, „die Grundlage der gesamten Pyramide der britischen Wirtschaft“, drückt. Das zeigt auch diese Karikatur aus der „Financial Times“. Solche Karikaturen finden sich in ihrer neuen Rubrik „Im Kampf gegen die Kri-



se“. Das Organ der City berichtet dort traurige Geschichten von Firmen, die in den heutigen schwierigen Zeiten überleben wollen.

Doch auch Optimisten gibt es noch. Besagte „Financial Times“ berichtete kürzlich von einem „be-

kannten Industriellen“, der seine Hoffnung aus der Bibel schöpft: Auf die sieben mageren Jahre sollen ja sieben fette Jahre folgen.

Offenbar nach biblischen Rezepten führen die Torys Großbritannien in eine tiefe Rezession, versprechen aber für die Zukunft ein wirtschaftliches Paradies.

Doch reichen solche Verheißungen, damit die Engländer den Gürtel gern enger schnallen?

P. ANDREJEW

MORAL FÜR FEINSCHMECKER

Der Held eines Films von Charlie Chaplin pflegte in Restaurants zu speisen, ohne dabei etwas zu bezahlen. In letzter Zeit wurde in China das während der „Kulturrevolution“ verhängte Verbot der Chaplinfilme aufgehoben. Möglicherweise deshalb haben sich in Peking Nachahmer dieses Zechprellers gefunden. Doch nicht alle Vielfraße genießen die gleichen Privilegien: Mindestens muß man hoher Beamter, besser noch Minister sein.

So besuchte Wang Lei, Handelsminister der VR China, oft das Restaurant Fengzeyuan. Allein zwei seiner Besuche beliefen sich auf 125 Yuan, der Gast aber zahlte nur 20 Yuan [durchschnittlicher Monatslohn eines Arbeiters — 50 Yuan]. Mitarbeiter des Restaurants, schrieb der Koch Chen Aiwu in der Zeitung „Zhongguo qingnianbao“, kommentierten das in ihrem Kreis so: „Minister Wang Lei ist wieder da — er stopft sich für einige Dutzend Yuan voll, zahlt aber nur wie für einen Napf Suppe.“

Auf diesen Leserbrief hin begannen viele hohe Beamte dem Blatt zufolge bei „ihren“ Restaurants anzurufen, um zu klären, wieviel sie ihnen eigentlich schuldig seien.

Hat die Gerechtigkeit also doch triumphiert! Natürlich nicht. Mit den Enthüllungen über Wang Lei und seine Kollegen wird doch wohl ein anderes Ziel verfolgt. Wang Lei gehört zu einer Gruppe führender Personen, die jenem nicht genehm sind, der als der „stärkste Mann“ Chinas gilt. Und der läßt nach erprobten Rezepten Informationen „durchsickern“, die unbequeme Personen diskreditieren.

Und die Moral! Wenn du parasitär speisen willst, lege es nicht mit den einflußreichsten Leuten an.

Die kleinen NATO-Länder reißen sich nicht gerade darum, ihre Rüstungsausgaben anzuheben und neue US-Raketen bei sich zu stationieren.



„In unseren Reihen sind Verräter!“

Zeichnung: W. Tschakiridis

OBERSTER FALLSCH

US-Verteidigungsminister Harold Brown hielt kürzlich eine Rede vor der Sergeantenakademie im Bundesstaat Texas. Ge-



Foto aus dem Nachrichtenmagazin „Time“ (USA)

fragt, ob wirksam wortete.

Die S

frieden.

sters wa

haben. V

der Entw

ten beie

der eine

rung der

le. Er ve

zu über

Missiles

Bomber.

Bomole

scheiden

schirmjä

verstand

ja gerac

tionen d

sischen

So hat

keit der

fen“, de

— wohl

drom“ e

Doch

ken, Die

nen das

Bei den

werden

nerunge

ihnen ni

für neue

F. JURJEW

„GROSSE BRUDER“

sem Jahr hat ein
Gericht dem
„Gruener und Jahr“
die Telefonge-
von Mitarbeitern
nehmen. Die Ver-
ng erklärte ihre
rde“ mit der Not-
eif der „Terrori-
impfung“. Doch
erwerbschaftszeitung
und Papier“ zufol-
rde mit Hilfe der
lage kein einziger
dingfest gemacht.
ssen wurden Ver-
beiter überwacht.
Wanzenskandal ist
zelfall in der BRD.

Die Bosse tun alles, um
„Erkenntnisse“ zu sam-
meln, mit denen sie unbe-
queme Mitarbeiter ein-
schüchtern, ja entlassen
können.

Früher einmal wurden
solche „Erkenntnisse“ von
Spitzeln zusammengetra-
gen und dicke Akten an-
gelegt. Heute übernehmen
das alles die Computer. In
der BRD wurden „Personal-
informationssysteme“ ent-
wickelt.

„Die Systeme werden
zunehmend zu einem In-
strument der kapitalisti-
schen Rationalisierung“,
schrieb „Unsere Zeit“. „So
kann durch Produktions-

FOTOGRAFISCH

observieren
kontrollieren
registrieren



Lassen Sie sich fachlich berate-
n und ausführlich informieren.
Wenden Sie sich an:

ROBOT FOTO UND ELECTRONIC
Postfach 13 07 26 Tel. 71 40 76
4000 Düsseldorf 13

ROBOT

Foto: „Unsere Zeit“
(BRD)

kontrolle per Computer die
Leistungsfeitsche ge-
schwungen und Kollegen
gegenseitig ausgespielt
werden.“ Wenn z. B. ein
Arbeiter verdächtigt wird,
er sei ein „Kommunisten-
freund“, springt der Com-
puter wieder ein. Er erteilt
Ratschläge, wie man den
„Verdächtigen“ am besten
loswerden kann.

Das nimmer müde elek-
tronische Auge vermag nur
nicht zu erklären, wie sich
diese Bespitzelung mit
dem BRD-Grundgesetz in
Einklang bringen läßt.

J. JERSCHOW

MENSCHEN ZU VERLEIHEN

Im Juli ereignete sich bei Hannover ein Bahnunglück: Ein Hilfsar-
beiter geriet unter einen Zug. Bei den Ermittlungen stellte die Polizei
fest, daß der Verunglückte in den Lohnlisten einer Reparaturfirma ge-
führt wurde — wie sieben seiner Kollegen. Sie waren bei einem Unter-
nehmer beschäftigt, der Arbeiter an Baufirmen verleiht.

Das Treiben solcher „Verleihfirmen“ in der BRD ist seit langem
bekannt. Offiziellen Angaben zufolge sind in der Bundesrepublik 1200
Vermittler am Werk, die ca. 36 000 „illegale“ Arbeiter anheuern. Nach
Schätzungen der Gewerkschaften beträgt die Zahl der „Illegalen“ eine
halbe Million und die der „Vermittlerfirmen“ nicht weniger als 10 000.

Ein Bankrott droht ihnen nicht: Für die Kunden kommen die ille-
galen Arbeitskräfte sehr billig. Den „verliehenen“ Arbeitern zahlen
die Bosse unabhängig von deren Ausbildung nur 40% des normalen
Lohns. Wenn der „Illegale“ aber ein Ausländer ist, dann erhält er nur
20%. Die „Verleihung“ von nur vier Arbeitern bringt 10 000 D-Mark
monatlich ein.

Den Menschenverleihern ist nur schwer beizukommen. Bei „Gefahr“
wechseln sie sofort den Namen ihrer Firma und bisweilen auch die
Anschrift. Einige „Sklavenhändler“ mußten sich trotzdem vor Gericht
verantworten, doch dürften sie kaum bestraft werden. Offiziell wird
eingestanden, daß es in der BRD keine konkreten gesetzlichen Maßnah-
men zur Begrenzung des illegalen Weiterverkaufs von Arbeitskräften
gibt.

L. SMIRNOWA

JÄGER

in einem Krieg
vermögen, an-
tief mit „yes“.
waren es zu-
brität des Mini-
roland Brown bei
der Polarisrake-
war es gewesen,
zte“ Bombardie-
gesprochen hat-
den Senat davon
daß die Cruise
ind als der B-1-

trat in der be-
rm eines Fall-
Die Sergeanten
um. Koordiniert
Brown die Ak-
iffruppe am Per-

nister die Fähig-
wirksam zu kämp-
fung demonstriert
us „Vietnamsyn-
zu verdrängen.
e hat einen Ha-
Sergeanten ken-
om“ nicht mehr.
Amerikanern aber
ese Uniform Erin-
erufen, die bei
de Begeisterung
ntaten“ auslösen.
G. VIKTOROW



UNGEHORSAME CIA

Attentatspläne, Lauschkaktionen,
Postüberwachung, schmutzige Tricks,
Einbrüche und Schnüffeln — derar-
tige „Gifte“ setzen die Alchimisten
von der CIA ein, wie diese Karika-
tur aus dem Nachrichtenmagazin
„Der Spiegel“ (BRD) zeigt. Doch
das gefährlichste dieser Gifte ist die
„Mißachtung von Präsidentenbefeh-
len“.

Wie ungehorsam ist doch die
CIA — nicht einmal auf den Präsi-
denten hört sie, sondern handelt
ganz auf eigene Faust... — gegen
Chile, Iran, El Salvador, Kuba, Ango-
la, Afghanistan... Wer soll eigentlich
dieses Märchen glauben?

NICHT NUR DAS „MARE NOSTRUM“

Auf einer Tagung des Zentrums für
strategische Forschungen wartete der
italienische Generalstabschef Torrisi mit
„frischen“ Ideen auf. Von nun an, er-
klärte er, reiche die italienische Inter-
essenzone von Europa und dem Mittel-
meer bis zum Nahen Osten und zum
Schwarzen Meer.

Man braucht nicht General zu sein,
um zu verstehen, welche Folgen eine
derartige „Originalität“ des Denkens
haben kann. Torrisis Erklärung stellt
einen offenen Versuch dar, den militä-
rischen Präsenzbereich Italiens über die
NATO-Aktionszone hinaus auszuweiten.
Italienische Kommentatoren halten es
nicht für unmöglich, daß Rom Nahost-
aktionen Washingtons unterstützen
könnte.

Bereits im Mai hatte US-Verteidig-
ungsminister Harold Brown deutlich
genug zu verstehen gegeben, italieni-
sche Kriegsschiffe sollten in den Persi-
schen Golf und den Indischen Ozean
entsandt werden. Der ehemalige US-
Außenminister Kissinger erklärte in
einem Interview für die italienische
Zeitschrift „Panorama“, unumwunden,
nicht nur die USA sollten als Weltgen-
darm an den Spannungsherden agie-
ren...

Torrisi Rede nach zu urteilen gibt es
auch in Italien Politiker, die nur zu
gern nicht nur im „Mare Nostrum“ auf-
treten möchten...

L. MAKAREWITSCH

VOR DEM TREFFEN IN MADRID

Michail LWOW

In einigen Tagen beginnt in Madrid das nächste Treffen von Vertretern der an der KSZE beteiligten Staaten. Gemäß der Schlußakte von Helsinki haben solche Treffen Gremien zu sein, die „einen vertieften Meinungsaustausch vornehmen, sowohl über die Durchführung der Bestimmungen der Schlußakte und die Ausführung der von der Konferenz definierten Aufgaben als auch, im Zusammenhang mit den von ihr behandelten Fragen, über die Vertiefung ihrer gegenseitigen Beziehungen, die Verbesserung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa und die Entwicklung des Entspannungsprozesses in der Zukunft“.

Vom Madrider Treffen erhoffen die Völker Europas ernsthafte Vereinbarungen, die zu einer weiteren Festigung der Grundlagen des Friedens, der Entspannung, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa führen sollen. Doch haben sie nicht vergessen, daß die erste Nachfolgekonzferenz (Belgrad 1977/78) solche Resultate nicht zeitigte, weil gewisse Kreise sie in eine unfruchtbare Polemik im Sinne des Nervenkriegs gegen die sozialistischen Länder verwickelten.

In der negativ geladenen Atmosphäre in Belgrad konnte man unmöglich mehr erreichen als die verbale Bestätigung der KSZE-Teilnehmer, daß sie die Absicht haben, „alle die Bestimmungen der Schlußakte unilateral, bilateral und multilateral umfassend durchzuführen“. Mit anderen Worten konnte in Belgrad die Schlußakte aufrechterhalten, aber kein weiterer Fortschritt erreicht werden. In der Politik ist aber Stillstand manchmal gleichbedeutend mit Rückschritt.

Auch ist nicht zu übersehen, daß das Madrider Treffen in einer merklich verschärften internationalen Lage anberaumt ist, bei Versuchen, die Entspannung zu torpedieren und ihr Wahrzeichen, ihre Verkörperung — die KSZE-Schlußakte — ungültig zu machen. Somit wird es in einer noch komplizierteren Situation als das vorige stattfinden.

Sind da vom Madrider Treffen positive Ergebnisse zu erwarten?

Der Erfolg jeder internationalen Konferenz, jedes multilateralen Treffens hängt von allen Teilnehmern ab. Also müssen alle etwas Positives beisteuern oder dürfen zumindest die konstruktive Arbeit nicht stören. Sonst ist ein Erfolg fraglich.

Die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten halten ihn jedoch für unerlässlich und sind bereit, das Ihre dazu beizusteuern. In einem vom Komitee der Außenminister der Warschauer Vertragsstaaten ausgegebenen Kommuniqué vom 20. Oktober wird betont, daß das Madrider Treffen in der jetzigen komplizierten internationalen Lage noch größere Bedeutung hat. Und weiter: „Sie treten dafür ein, daß die sich mit dem Madrider Treffen eröffnenden Möglichkeiten, den Entspannungskurs als Haupttrichtung zur Gestaltung der Lage in Europa zu bekräftigen, genutzt und auf dem Treffen Vereinbarungen über weitere praktische Schritte zu allen Schwerpunkten der Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent ausgearbeitet werden.“ Sie haben ein präzises, gut ausgewogenes Programm praktischer Schritte zu allen Teilen der Schlußakte vorgebracht, um in Madrid sachliche Vereinbarungen über jeden dieser Schritte zu erwirken.

Hinsichtlich der Sicherheit in Europa schlagen die sozialistischen Länder als Schwerpunkt des Treffens die militärischen Aspekte dieses Problems und als besonders wichtig und erwünscht einen Beschluß vor, eine Konferenz für militärische Entspannung und Abrüstung in Europa als wesentlichen Bestandteil des in Helsinki eingeleiteten gesamteuropäischen Prozesses einzuberufen, in dem auch die Geschäftsordnung, die Termine und der Tagungsort der Konferenz festgelegt werden sollen.

Die Frage einer Konferenz für militärische Entspannung und Abrüstung in Europa wird nicht zum ersten Male aufgeworfen. Das taten die sozialistischen Staaten vor ungefähr anderthalb Jahren, im Budapest-Kommuniqué des Außenministerkomitees vom 15. Mai 1979. Später spannen die sozialistischen Länder in einigen gemeinsamen Dokumenten die Konzeption der Konferenz weiter aus und konkretisierten ihre Stellungnahme zu den Hauptmomenten ihrer Einberufung und Abhaltung. Hier die Quintessenz dieser Stellungnahme:

— Es ist zweckmäßig, die Konferenz für militärische Entspannung und Abrüstung in Europa in genau derselben Zusammensetzung wie die KSZE einzuberufen;

— es empfiehlt sich, sie stufenweise abzuhalten, und zwar so, daß eine Stufe kontinuierlich in die andere einmündet, daß allmählich von der Vereinbarung einfacherer Maßnahmen zu größeren und fundamentaleren übergegangen wird;

— auf der ersten Stufe soll sich die Konferenz auf die Ausdehnung der vertrauensbildenden Maßnahmen konzentrieren, was Maßnahmen von der Art förderlich wäre, wie sie von der KSZE beschlossen und in den letzten fünf Jahren getroffen worden sind (in diesem Zusammenhang schlagen die sozialistischen Länder eine Vereinbarung darüber vor, daß über große Militärbungen in dem in der Schlußakte bestimmten Raum nicht von 25 000, sondern schon von 20 000 Mann an und nicht drei Wochen, sondern einen Monat vorher informiert werden soll; ebenso über Landtruppenverschiebungen im gleichen Raum ab 20 000 Mann; über große dortige Luftwaffenübungen; über große Marineübungen einiger KSZE-Staaten in der Nähe der Hoheitsgewässer anderer; Militärbungen bei 40 000—50 000 Mann zu begrenzen);

— im weiteren könnte die Konferenz darangehen, Maßnahmen zur Senkung des Niveaus und Verringerung der Dichte der militärischen Konfrontation in Europa zu vereinbaren einschließlich einer Begrenzung der militärischen Aktivitäten und eines Abbaus der Streitkräfte und Rüstungen.

Gleichzeitig mit diesen Initiativen erklären sich die sozialistischen Staaten bereit, Vorschläge anderer Teilnehmer zu erörtern. Bekanntlich gehen solche z. B. von Frankreich, Finnland, Schweden und einigen anderen Ländern aus. Mehr noch, im Warschauer Kommuniqué vom 20. Oktober haben die sozialistischen Länder besonders hervorgehoben, es sei wünschenswert, im Beschluß des Madrider Treffens über die Konferenz die Zuerkennung gleicher Rechte an alle ihre Teilnehmer und die Möglichkeit vorzusehen, auf der Konferenz Anträge zu den debattierten Fragen zu stellen.

Niemand wird wohl abstreiten, daß die Vorschläge der sozialistischen Länder zur Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa umfassend, flexibel und in ihrer Ausrichtung demokra-

tisch sind. Das hat Versuche der Regierungskreise gewisser westlicher Staaten, die Vorschläge der sozialistischen Länder totzuschweigen und zu ignorieren, gleich von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Aber alles was recht ist, die Regierungen vieler Staaten Europas, sowohl neutraler und nichtpaktgebundener, als auch anderer, haben sich für diese Vorschläge lebhaft interessiert und sind ernsthaft auf sie eingegangen. Aus allen diesen Gründen wird über die Einberufung der besagten Konferenz während der ganzen Vorbereitungen zum Madrider Treffen sowohl auf der Ebene von Regierungen als auch auf der Öffentlichkeit sehr rege diskutiert, und die Diskussion hat eher eine positive Klangfarbe.

Die weltpolitische Entwicklung ist jedoch dergestalt, daß bei jeder positiven Idee, die die Entspannung sowie die Festigung des Friedens und der Sicherheit betrifft, namentlich wenn sie Großformat hat, unweigerlich Gegner von sich hören lassen, solche, die an einem entgegengesetzten Kurs — auf Konfrontation, Werrüsten und ein Balancieren am Rande des Krieges — politisch interessiert sind. Und jeder weiß, daß diese negativen Kräfte auf den höchsten Ebenen des NATO-Militärblocks zusammengeballt sind. In der Tat, als Ende Juni d. J. in Ankara, auf der NATO-Rats-Tagung, die Konferenz zur Sprache gebracht wurde, stellte man da sofort eine wissenschaftlich unannehmbare Vorbedingung. Der NATO-Rat schien nichts gegen die Konferenz und sogar dagegen zu haben, daß sie über vertrauensbildende Maßnahmen debattieren soll. Im Kommuniqué ist aber betont, das müßten obligatorische und kontrollierte Maßnahmen „vom Atlantik bis zum Ural“ sein.

Diese Fragestellung ist ausgesprochen doppelbödig. Einerseits soll sie den Eindruck erwecken, daß die NATO „auch“ für die Konferenz sei, andererseits soll sie diese von einer Einwilligung der sozialistischen Länder abhängig machen, daß man die Schlußakte in allen Hauptaspekten der vertrauensbildenden Maßnahmen einer grundlegenden Revision unterziehe. Der Schlußakte zufolge werden diese Maßnahmen in dem Teil Europas getroffen, der sich 250 km östlich der europäischen Grenze der UdSSR erstreckt, und beruhen auf Freiwilligkeit, während von einer Kontrolle überhaupt keine Rede ist. Bei der NATO kann man nicht in Unkenntnis darüber sein, daß die Verständigung gerade über diese wichtigsten Aspekte der vertrauensbildenden Maßnahmen fast zwei Jahre schwieriger und nuancierter Verhandlungen

in der zweiten Phase der KSZE in Anspruch nahm und die sorgfältig ausgewogenen Interessen aller Beteiligten widerspiegelt. Wenn man diese Balance jetzt anzutasten sucht, wenn man fordert, daß sie zugunsten einer Seite und zum Schaden der Verteidigungsinteressen der anderen Seite grundsätzlich verändert werden soll, noch dazu als Vorbedingung für eine Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa, so bedeutet das, ihre Einberufung erheblich zu erschweren.

Das alles ist klar, und die NATO-Staaten haben mit ihrem Beschluß von Ankara hinsichtlich der Einberufung der Konferenz bestimmt der Welt nur blauen Dunst vormachen wollen. Und noch eins ist klar: Ein solches Vorgehen läuft den nationalen Interessen vieler von den Ländern diametral zuwider, die in Ankara vertreten waren und ziemlich offen geäußert haben, daß sie an einem Nachlassen der militärischen Spannung in Europa interessiert sind. Wie sie über diesen Widerspruch hinwegkommen sollen, das wird sich in Madrid zeigen.

Was die sozialistischen Länder betrifft, so verlangen sie — wir wiederholen es — gar nicht, daß auf der Konferenz nur über ihre Vorschläge für vertrauensbildende Maßnahmen debattiert wird, und stellen keinerlei Vorbedingungen. Sie meinen es ehrlich. Ohne jeden Zweifel werden sie ihren ehrlichen Standpunkt in Madrid konsequent vertreten.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit haben sich die sozialistischen Länder bereit erklärt, alle Schwerpunkte dieses Fragenkreises zu erörtern. Unter den jetzigen Umständen nimmt unter ihnen natürlich die Frage der energiewirtschaftlichen Zusammenarbeit einen besonderen Platz ein. Für die meisten Länder Europas ist sie tatsächlich lebenswichtig, namentlich für diejenigen, die gar keine oder keine ausreichenden Energieressourcen besitzen. Es stimmt allerdings auch, daß das Energieproblem in vollem Umfang nur im europäischen Rahmen nicht gelöst werden kann. Aber ein Ausbau der einschlägigen Zusammenarbeit in Europa kann viel zur globalen Lösung dieses Problems beitragen.

Deshalb beschäftigt sich die UNO-Wirtschaftskommission für Europa schon seit einigen Jahren mit der Frage einer gesamteuropäischen Konferenz für energiewirtschaftliche Zusammenarbeit, die von den sozialistischen Staaten angeregt wurde und für die viele kapitalistische Länder, z. B. die BRD, Interesse gezeigt haben. Sehr aktiv in dieser

Hinsicht ist Österreich, das sozusagen an einem Knotenpunkt der Energieströme Europas liegt. Die Vorbereitungen zur Konferenz kommen in der UNO-Kommission allerdings nicht sehr schnell voran, ein Grund mehr, ihnen einen neuen Anstoß zu geben, und das gerade in Madrid.

Im Bereich der Wirtschaftsbeziehungen gibt es auch andere Aspekte, deren Behandlung in Madrid aussichtsreich wäre. Hierher gehören eine intensive, ungehinderte Entwicklung des Warenverkehrs, der industriellen Kooperation sowie der Zusammenarbeit in Landwirtschaft, Verkehr und Forschungen. Die sozialistischen Länder sind bereit, sich beim Treffen zu jedem dieser Aspekte auf Schritte vorwärts zu einigen.

Hinsichtlich der humanitären Zusammenarbeit. Auch hier beabsichtigen die sozialistischen Länder, wie sie bereits erklärt haben, in Madrid einen konstruktiven Standpunkt einzunehmen. Im Warschauer Kommuniqué des Außenministerkomitees heißt es: „Die Teilnehmer der Tagung halten es für wünschenswert und möglich, auf dem Madrider Treffen bei der Realisierung der in Helsinki getroffenen Vereinbarungen auf den Gebieten der Kultur, Bildung, Information und Kontakte auf jener prinzipiellen Grundlage voranzukommen, die durch die Schlußakte, die ein einheitliches Ganzes ist, festgelegt wurde.“

Nur politische Taschenspieler können es so hinstellen, als gingen die sozialistischen Länder nur ungern auf eine humanitäre Zusammenarbeit mit anderen Staaten ein oder wollten sie vorsätzlich begrenzen. Welchen Aspekt man auch nimmt — ob Film, Bühne, Volksbildung, Verlagswesen, den Austausch von Druckschriften oder von Fernseh- und Rundfunkprogrammen, die Erleichterung der Reisen von Bürgern eines Landes in ein anderes oder den Modus der Erteilung von Einreisevisa —, in allen arbeiten die sozialistischen Länder bereitwillig und ersprießlich mit anderen Ländern zusammen. Sie sind auch im weiteren dazu bereit, doch unbedingt auf der grundsätzlichen Basis, die von den 35 KSZE-Teilnehmern gemeinsam ausgearbeitet und in der Schlußakte angenommen worden ist.

Diese Basis sind die 10 Prinzipien für die zwischenstaatlichen Beziehungen, die den politischen Kern der Schlußakte bilden, darunter das Prinzip der souveränen Gleichheit und der Respektierung der den Staaten eigenen Rechte und das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Zu dieser Basis gehört auch der Kurs auf Ent-

spannung und darauf, sie zu einem ununterbrochenen, immer vitaleren und allumfassenden Prozeß zu machen.

Mit dieser Einstellung gehen die sozialistischen Länder nach Madrid. Sie ist positiv und vorwärtstrebend. Die UdSSR und ihre Bündnispartner wollen einen Erfolg des Treffens und gedenken, dazu beizusteuern. Leonid Breschnew hat jetzt folgendes besonders hervorgehoben: „Für unsere Politik sind Vernunft und guter Wille bestimmend. Wir neigen nicht zu unnützer Gereiztheit und sind zu ernsthaften Bemühungen um die Entspannung und den Frieden stets bereit.“

Im großen und ganzen positive Bestrebungen im Hinblick auf das Madrider Treffen zeigen auch viele andere Staaten Europas.

Gewiß, selbst diejenigen, die am Erfolg des Treffens wirklich interessiert sind, sind sich in allen zu debattierenden Fragen nicht restlos einig. Es gibt da auch Unterschiede und Nuancen. Aber dazu wird ja verhandelt, und das Madrider Treffen ist ja als Verhandlungsforum gedacht, auf dem man einander näherkommen und in jeder Frage einen gemeinsamen Nenner finden, anders gesagt, so vorgehen kann, wie die KSZE-Teilnehmer mit vereinten Kräften die Schlußakte, dieses hervorragende weltpolitische Dokument unserer Zeit, in Helsinki zustande gebracht haben.

Um so gefährlicher erscheint der sich in letzter Zeit andeutende Kurs gewisser Kräfte darauf, in Madrid eine ernst zu nehmende, sachliche Arbeit zu verhindern, konstruktive Verhandlungen zu erschweren und von Anfang an für eine Konfrontationsstimmung zu sorgen.

Diese Absichten gehen in erster Linie von Washington und einigen seiner NATO-Partner aus. Man irrt sich nicht, wenn man in diesem Zusammenhang — sagen wir einmal — London nennt. Der Nährboden solcher Absichten gegen das Madrider Treffen ist bekannt. Es ist derselbe wie bei dem Kurs der USA und der NATO auf eine neue, äußerst gefährliche Runde des Wettrüstens in Europa und in der Welt, darauf, in verschiedenen Weltgegenden neue Kriegsherde anzuzünden.

Schon beim Madrider vorbereiteten Treffen war ganz klar, wo Washington hinaus will. Seine Bemühungen konnten nicht unbemerkt bleiben, verschiedene Staaten (sowohl Bündnispartner der USA als auch neutrale) wieder wie vor zwei Jahren in Belgrad zu einer Konfrontation mit den sozialistischen Staaten zu drängen und das Madrider Treffen in Kontroversen ausarten zu lassen.

Manchmal wird die Vermutung laut, daß diese Handlungsweise Washingtons mit dem Wahlkampf zusammenhänge — Carter habe den Wählern zeigen wollen, daß er und sein Anhang in der unruhigen Welt von heute zu einer „starken Führung“ fähig seien und daß man die jetzige Administration noch vier Jahre regieren lassen solle. Wer weiß, vielleicht ist wirklich etwas daran. Die Geschichte der USA weist viele Beispiele dafür auf, daß man von den dortigen politischen Pokerspielern, will sagen den Streitern im Wahlkampf, alles erwarten kann: Auf der Jagd nach „Punkten“ scheuen sie nicht davor zurück, die Interessen der europäischen und beliebiger anderer Völker, auch des amerikanischen Volks, aufs Spiel zu setzen.

Das Wahlergebnis ist, während diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht bekannt. Aber eins kann man schon jetzt mit Gewißheit sagen: Wer auch siegen sollte, die Europäer werden von ihm eine vernünftige Stellungnahme in Madrid erwarten. Ob mit Recht, das wird sich zeigen.

Als die sozialistischen Länder in Warschau im Außenministerkomitee die Perspektiven des Madrider und der weiteren solchen Treffen erörterten, haben sie sich klipp und klar für ein Fortdauern des in Helsinki eingeleiteten gesamteuropäischen Prozesses ausgesprochen, damit man sukzessive damit vorankommt, die Entspannung zu erhärten, die Sicherheit zu erhöhen und die rechtsgleiche Zusammenarbeit aller KSZE-Partner auszubauen. Sie ha-

INTERVIEW

ROBERT MUGABE: WIR HABEN FREIHEIT UND FRIEDEN ERRUNGEN

Vor einem halben Jahr, am 18. April 1980, errang das Volk Simbabwe die Freiheit, um die es jahrelang gekämpft hatte. Unser Sonderberichterstatter Boris Assojan hat Ministerpräsident Robert MUGABE interviewt.



Welches sind die wichtigsten Veränderungen, die im Leben des Volks von Simbabwe seit einem halben Jahr eingetreten sind!

Nach dem langen, blutigen Krieg, der viele Opfer forderte und die Wirtschaft schädigte, ist es unsere erste Sorge, alle demokratischen Kräfte des Landes zu vereinigen, um den Frieden festigen zu können.

Die Unabhängigkeit hat die Grundlage für eine radikale Umstrukturierung der Gesellschaft vor allem in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht geboten. Sie hat Voraussetzungen für eine nationale Einheit geschaffen. Der Krieg hat aufgehört, das Volk kann in Frieden die tiefen Wunden heilen. Wir haben ein Programm für die Ansiedlung der kriegsgeschädigten Flüchtlinge und für die Wiederherstellung der ruinierten Wirtschaft aufgestellt und begonnen, Grund und Boden unter die Bauern zu verteilen. Die Regierung versorgt sie mit Arbeitsgeräten, Saatgut und Dünge-

mitteln. Wir fördern den Zusammenschluß der Bauern in Genossenschaften. Unserer Meinung nach ist das dazu angehen, den Leuten ihr Leben zu erleichtern und darüber hinaus die Produktivität der Landwirtschaft zu heben.

Bekanntlich ist der Privatsektor in der Wirtschaft Simbawes führend. Wir haben uns vorgenommen, die in der Landwirtschaft Beschäftigten besserzustellen. Als ersten Schritt haben wir ein Gesetz über Mindestlöhne und -gehälter — für die Arbeiter in Industrie und Handel in Höhe von 70 und in der Landwirtschaft von 30 Simbabwe-Dollar — verabschiedet. In allen Betrieben werden Arbeiterausschüsse gebildet, die darüber wachen, daß die Rechte der Belegschaftsmitglieder gewahrt bleiben. Wir sind unbedingt dafür, daß sie später an allen Entscheidungen der Betriebsleitungen beteiligt werden. Um die Rechte der Arbeiter besser zu garantieren, wirkt das Arbeitsministerium auf eine Zusammenfassung aller Gewerkschaftsorganisationen des Landes hin.

Auch beim Umbau des Verwaltungs-

ben darauf hingewiesen, daß die Zusammenkünfte von Vertretern dieser Staaten und die anderen in der Schlußakte vorgesehenen Kontakte eine positive Rolle zu spielen haben. Sie haben betont, daß es für das Fortdauern des auf der KSZE eingeleiteten Prozesses besonders wichtig ist, in Madrid wirklich damit weiterzukommen, in Europa die Entspannung zu erhärten, die Sicherheit zu erhöhen und die Zusammenarbeit auszubauen.

Die Stellungnahme der sozialistischen Länder ist somit in positiver Form dargelegt. Auch sie selbst ist positiv. Sie weist aber auch eine unmißverständliche Warnung auf: Die sozialistischen Länder sind für ein Fortdauern des gesamteuropäischen Prozesses und für weitere gesamteuropäische Treffen, aber nur

dann, wenn sie den Zielen dienlich sind, für die sie gedacht sind. Auf dem vor fünf Jahren in Helsinki gelegten Gleise darf nur der dort zusammengestellte und kein anderer Zug fahren. Sollte jemand statt des friedlichen Zuges einen Panzerzug auf dieses Gleise rangieren, der die Entspannung, die europäische Sicherheit und Zusammenarbeit beschließen soll, so kann ihm die Strecke mit Rotlicht gesperrt werden.

Um das anders zu sagen, kann es für den in Helsinki eingeleiteten Prozeß sehr folgenswer sein, wenn jemand wirklich versuchen sollte, die gesamteuropäischen Treffen zum Instrument einer antisozialistischen Politik zu machen. Deshalb müssen alle, die an diesem Prozeß interessiert sind, im Hinblick auf das Madrider Treffen größte Wachsam-

keit und Verantwortlichkeit an den Tag legen.

Faßt man jetzt zusammen und versucht, die eingangs gestellte Frage zu beantworten, ob in Madrid unter den jetzigen Umständen positive Resultate zu erwarten sind, so lautet die Antwort offenbar folgendermaßen: Ja, das ist möglich, ein Erfolg in Madrid ist nicht unerreichbar, viele Staaten bemühen sich darum und werden es auch weiter tun. Aber eine Garantie dafür gibt es nicht, mehrere Staaten stemmen sich dagegen. Um so notwendiger aber ist es, daß alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte, die ein Fortdauern des gesamteuropäischen Prozesses wirklich anstreben, ihre Potenzen zu energischem und entschlossenem Handeln verschmelzen.

■

apparats haben wir etwas erreicht. Als wir zur Macht kamen, hatte kein einziger Afrikaner einen leitenden Staatsposten inne. Wir haben eine Reihe von Umstellungen in den Ämtern vorgenommen und in manchen von ihnen die Schlüsselpositionen mit Afrikanern besetzt. Und wir werden es weiter tun. Ich betone: Diese Politik entspricht der Verfassung, die bei den Verhandlungen in Lancaster über die Unabhängigkeit für Simbabwe beschlossen wurde.

In letzter Zeit bringt die südafrikanische und die westliche Presse viele tendenziöse Nachrichten über die Lage in Simbabwe. Da wird z. B. behauptet, daß im Land „Gewalt- und Gesetzlosigkeit“ herrschen, daß noch immer ein Bürgerkrieg drohe und die Lage der Weißen „unerträglich“ geworden sei. Was können Sie dazu sagen! Wie beurteilen Sie die innerpolitische Lage!

Tatsächlich erscheinen solche Mitteilungen in manchen Zeitungen und Zeitschriften der RSA und westlicher Länder. Ich möchte sagen, daß das ausgesprochene Provokationen sind, mit deren Hilfe man unsere Unabhängigkeit untergraben und die nationale Freiheitsbewegung anschwärzen will. Oft entsprechen sie der Ansicht von Kreisen, die in Simbabwe Wirtschaftsinteressen haben und mit den Wandlungen im Land nicht einverstanden sind. Es ist ja kein Geheimnis, daß gewisse Kreise noch immer gegen die Republik Simbabwe eingestellt sind.

Außerdem tragen manche Reporter aus dem Westen um einer billigen Sen-

sationsmache willen die Farben viel zu dick auf. Ich finde, Journalisten dürfen nicht nur über negative Erscheinungen schreiben und erst recht nicht weitgehende Schlüsse aus solchen Erscheinungen ziehen. Es ist nur natürlich, daß nach einem blutigen Krieg, in dem täglich Hunderte den Tod fanden, noch Spannungen und Gegensätze zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen bestehen. Das bedeutet aber keineswegs, daß, wie manche westliche Zeitungen behaupten, in Simbabwe eine kritische, explosive Situation entstanden sei.

Der errungene Frieden ist noch nicht ganz vollständig, wir haben ihn aber erreicht, und er hat es unserem Land ermöglicht, sich in einer mehr oder minder ruhigen Atmosphäre zu entwickeln.

Was die Tatsache betrifft, daß in den sechs Monaten einige Weiße umgekommen sind, so kann ich sagen, daß das nicht wegen ihrer Hautfarbe geschah, sondern daß sie Banden zum Opfer gefallen sind, die in manchen Gegenden

leider noch ihr Unwesen treiben. Unter ihnen leiden weiße und schwarze Bürger Simbawes, und die Regierung unternimmt alles, um die Situation zu normalisieren. Ich sehe keine Ursache zu einer besonderen Besorgnis.

Wie denken Sie über die Aussichten der Beziehungen Simbawes zu den sozialistischen Ländern!

Nach der Ausrufung der Unabhängigkeit ist Simbabwe der OAU und der UNO beigetreten, hat sich der Bewegung der Nichtpaktgebundenen angeschlossen und diplomatische Beziehungen zu vielen Staaten aufgenommen. Wir sagen es aber gleich, daß wir keine politischen und diplomatischen Beziehungen zur rassistischen RSA wünschen.

Das Volk Simbawes ist den sozialistischen Ländern für die Hilfe dankbar, die sie ihm im Kampf für die Unabhängigkeit geleistet haben. Gleich nach dem Sieg haben wir erklärt, daß wir mit den sozialistischen Ländern sein und enge Freundschaftsbeziehungen zu ihnen anbahnen wollen. Wir sind eindeutig darauf orientiert, Freundschaft mit denen zu halten, die uns unterstützen und in Freundschaftsbeziehungen zu uns stehen wollen.

Was die UdSSR betrifft, so wollen wir mit ihr Freundschaft halten und haben uns wiederholt zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen bereit erklärt. Meiner Ansicht nach sollten wir miteinander bilaterale Beziehungen erörtern. Das würde dazu beitragen, daß wir uns besser verstehen und einer die Einstellung des anderen zu den verschiedenen Fragen richtiger beurteilen kann.

Salisbury, im Oktober

In Salisbury, der Landeshauptstadt



TIEF IN ANGOLA

Wladimir KOKOREW

Am 11. November begeht die VR Angola ihr 5. Jubiläum. An diesem Tag finden die ersten Wahlen zum höchsten Legislativorgan, zur Volksversammlung, statt. Das zeigt die politische Reife und die innere Festigkeit des volksdemokratischen Regimes, das nach der Erringung der nationalen Unabhängigkeit gebildet wurde. Unter Führung seiner Avantgarde, der MPLA-Partei der Arbeit, schafft das angolansische Volk die Voraussetzungen für den späteren Aufbau einer Gesellschaft, die auf den Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus basiert. Die VR Angola gehört zu den Frontstaaten, die auf Seiten der Kämpfer gegen den Rassismus im südlichen Afrika stehen. Die junge Republik hat viele Freunde, darunter die Sowjetunion, die die VR Angola am Tag ihrer Proklamierung anerkannt hat. Die Beziehungen zwischen unseren Ländern werden vom Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit geregelt.

... An dem rotweißen Schlagbaum tritt ein Posten in der ausgebleichten Uniform eines Kämpfers der Volksverteidigungsorganisation an uns heran und bittet, ihm zu folgen. Wir betreten einen Hof, auf dem sich viele Kämpfer versammelt haben. Aus einer Kolonialstilvilla werden schwere, eisenbeschlagene grüne Kisten herausgetragen. Man prüft das Kabel des Feldtelefons. Steht ein Gefecht unmittelbar bevor? Wir sind in der neuen Residenz der Provinzverwaltung der Volksverteidigungsorganisation.

Bereits vier Jahre sind seit dem Ende des Krieges vergangen. Doch sein Atem ist immer noch zu spüren: Immer wieder kommt es zu Provokationen von Banden der Spalterorganisation UNITA, die von den RSA-Rassisten unterstützt wird.

Wir betreten das Haus, ein großes verqualmtes Zimmer. Offiziere sitzen um einen Mahagonitisch auf hohen Lederstühlen, auf Hockern und Kisten. Hier befindet sich der Provinzstab der Volksverteidigung. Der Politkommissar hat an militärischen Operationen gegen die Interventionen und Banditen im Süden des Landes teilgenommen. Er sagt uns, daß die Volksverteidigungsorganisation keine Armee, sondern eine Art Landsturm ist. Und jetzt haben seine Angehörigen gerade eine Übung...

Aus dem hohen Fenster hat man einen wunderschönen Blick auf den Kurort, den die Portugiesen Novo Redondo nannten. Über einer Steilwand klebt eine Festung, unten schäumt die Brandung gegen den Sandstrand.

Allein von Königspalmen durchschneiden die Stadt. Die Gassen mit

ihrem Holperpflaster sind von unzähligen Blumen gesäumt. Um die Stadt herum drängen sich auf sonnenverbrannten Hügeln brüchige Lehmhütten der Afrikaner. Ihre Bewohner durften in Häuser im ehemaligen Kurort umziehen, der jetzt in Ngunza umbenannt wurde. Und um ihre Heimatstadt gegen alle Verteidigen zu können, die den Afrikanern ihre Menschenwürde nehmen wollen, haben sich die jungen Männer hier im Hof des alten Kolonialstilhauses eingefunden.

Wir aber waren zufällig in dieses Haus gekommen. Man hatte uns nach Ngunza zum ersten Dreherwettbewerb Angolas eingeladen, veranstaltet vom Berufsbildungszentrum „Comandante Cassanje“, das mit technischer Unterstützung der Sowjetunion entstanden ist.

Den Hauptpreis des Wettbewerbs — einen Meißelsatz, eine Schieblehre und einen dunkelblauen Anzug — erhielt der Sieger, der 17jährige Domingos Evaristo. Auf die traditionelle Frage, ob ihm sein Beruf gefalle, antwortet er: „Schade, daß es in meinem Dorf keinen Strom gibt. Wie kann dort eine Drehmaschine arbeiten? Ich möchte doch eigentlich gar nicht in der Stadt leben.“

Das Zentrum in Ngunza wurde am 5. November 1978 eröffnet. Heute wird dort bereits der vierte Berufsschülerdurchgang ausgebildet — u. a. LKW-Fahrer, Traktoristen, Kombifahrer, Mechaniker und Dreher. Gegenüber dem ersten Durchgang hat sich die Schülerzahl mehr als verdoppelt und beträgt jetzt 220. Welche Bedeutung jeder neue Spezialist für die angolansische Volkswirtschaft hat, zeigt eine Untersuchung der

Zeitschrift „Novembro“. Im November 1979 waren von den 106 LKWs des Nationalen Kaffee-Instituts in der Provinz Uíge nur 60 und von den 230 Traktoren nur 140 in Betrieb. Wegen dieser Mängel wird jetzt in der wichtigsten Agrarregion nur halb soviel Kaffee erzeugt wie 1973. Kaffee liegt nach Erdöl an zweiter Stelle im angolansischen Export. Einer der Gründe für den Produktionsrückgang ist der Mangel an Traktoren.

„Die portugiesischen Farmer haben den Afrikanern nicht den Umgang mit der Technik beigebracht“, sagte Isais Kapendisa, Direktor des Zentrums. „Wenn es einem Afrikaner gelang, selbständig das Fahren eines Traktors zu lernen, den der weiße Besitzer zurückgelassen hatte, konnte er ihn noch lange nicht bedienen. Ohne die erforderliche Wartung aber verrotten Maschinen bekanntlich schnell.“

Wir unterhielten uns in einer Autowerkstatt des Zentrums, wo gerade eine Gruppe von Mechanikern aus Uíge vom sowjetischen Ausbilder Alexander Kolesnikow unterrichtet wurde. Die jungen Leute, die die Schraubenschlüssel geschickt zu gebrauchen wußten, arbeiteten an einem Autogetriebe, säuberten den Vergaser und regelten die Motorventile.

Die sowjetischen Lehrkräfte in Ngunza wurden unmittelbar mit dem akuten Mangel nationaler Kader konfrontiert. Sie selbst hatten eine von den Rassisten bei ihrem Rückzug niedergebrannte Baumwollentkörnungsfabrik in ein Berufsausbildungszentrum zu verwandeln. Sie selbst säuberten zwei riesige Lagerhallen von Baumwolle, beseitigten die Überreste der Fabrikanlagen und zogen in den frei gewordenen Gebäuden Zwischenwände aus Ziegelstein, richteten Werkstätten und Klassenräume für den theoretischen Unterricht ein. Dann schafften sie Drehbänke, Bohranlagen und Fräsmaschinen herbei, Anlagen für eine Schulwerkstatt, Modelle von Motoren und anderen Autoteilen, insgesamt einige Hundert Tonnen. All das wurde mit LKWs sowjetischer Produktion über 500 km, aus Luanda, angekarrt — von diesen sowjetischen Experten selbst.

„Natürlich hätte man das Zentrum besser gestalten können“, sagte Viktor Tjashkorob, Lehrer im Traktorenwesen, der mehr als 10 Jahre an

einer Berufsschule von Kursk tätig war. „Doch für uns ist der pädagogische Auftrag das Wichtigste. Und jetzt sind diese jungen Leute hier mein ganzer Stolz.“

Seine Schüler sind 40 schwarze kraushaarige Köpfe und ebenso viele neugierige Augenpaare, noch nicht sonderlich geschickte Hände. Diesen Bauernjungen fiel es nicht leicht, sich an die verschiedenen Instrumente und Geräte zu gewöhnen, mit denen sie jetzt arbeiten müssen.

Die traditionellen Arbeitsinstrumente des angolischen Bauern sind ein langes Messer, das Katanu, und eine doppelgriffige Hacke. Das Katanu ersetzt ihm nahezu alle Tischler- und Zimmermannsinstrumente und kann sowohl als Spaten wie als Waffe Verwendung finden. Schlosserlehrmeister Michail Mo-

politisch gestählt und entwickeln sich zu bewußten Staatsbürgern“, sagte Isais Kapendisa. „Bei uns leben junge Leute aus fast allen Provinzen des Landes einträchtig zusammen.“

Kapendisa selbst hatte andere Lehrer. Er nahm seinerzeit an geheimen Studentenzusammenkünften teil, kämpfte bei den Partisanen der MPLA und saß in einem portugiesischen Gefängnis. Im Kampf der Patrioten wurde ihm die Bedeutung der nationalen Einheit erschlossen. Sein Vater war der jüngste Sohn von Chicoto, einem „großen Stammesführer“ der Ovimbundu. Die Überlieferungen der Gentilgemeinschaft und die „Macht“ über die Stammesgefährten — von der portugiesischen Verwaltung auf die Pflichten eines kleinen Kolonialbeamten degradiert —, ging auf den Ältesten des Stammes-

führers über. Die jüngeren Brüder aber wurden in die großen Städte zur Ausbildung geschickt. In den 30er Jahren begab sich auch Kapendisas Vater nach Luanda. Er wurde Lehrer. Sein Sohn erlebte mit 16 Jahren den Volksaufstand von 1961 in der angolischen Hauptstadt. Unter den Aufständischen kämpften auch Kapendisas ältere Mitschüler. Er sah ihren letzten Kampf auf dem Friedhof Alto das Cruzes. Wenig Zeit später verbreitet auch Kapendisa illegale Schriften und wirbt Jugendliche für Partisanentrupps. 1966 wurde nach einer Denunziation sein Trupp von Portugiesen eingekreist und er selbst gefangengenommen.

Zunächst wurde er ins Gefängnis gesperrt, dann in ein KZ. Nach der Befreiung nahm er erneut an den Kämpfen gegen die Spalter und die RSA-Interventen teil. Heute schlägt er eine weitere Schlacht für die nationalen Kader.

Wie früher stehen er und seine Kollegen nicht allein da im Kampf für eine bessere Zukunft. Zur Tätigkeit der sowjetischen Lehrkräfte des Zentrums sagte Kapendisa:

„Die Kameraden aus der Sowjetunion vermitteln uns nicht nur ihre Erfahrungen und technischen Kenntnisse, sondern reißen uns auch durch ihre Begeisterung mit, durch den Kollektivgeist und die Arbeitersolidarität.“

Von Afrika heißt es meist, das Alte mache dem Neuen Platz. Das ist natürlich richtig, doch in der afrikanischen Wirklichkeit verläuft dieser

Prozeß nicht so geradlinig. Das Alte besteht nicht selten neben dem Neuen weiter.

Die Hände des Bauern, die an das Katanu und die Hacke gewöhnt sind, halten heute eine elektrische Säge! Den Kaffee, der auf den mit der Hacke bearbeiteten Plantagen mit der Hand geerntet wird, transportieren Diesel-LKWs mit hydraulischen Ladevorrichtungen ab. Die Einwohner von Ngunza, die ihren Tag damit beginnen, nach Zeitungen Schlange zu stehen, besuchen um 6 Uhr abends die Messe. Und nachts tanzen sie bisweilen und singen zu den Lauten einer alten Trommel.

Die Kolonialherren hatten vergeblich versucht, die Volkstraditionen der Afrikaner zu vernichten. Kinder und Jugendliche erfahren von ihren Eltern die Familienüberlieferungen und -legenden, die bisweilen auch heute noch eine Art Verhaltenskodex darstellen.

Am heutigen Ngunza kreuzten sich vor Jahrhunderten Handelsstraßen aus der Tiefe Afrikas. Elfenbein, Edel- und Halbedelsteine, Gold- und Silbererzeugnisse wurden gegen Trockenfisch und Salz getauscht. Die Portugiesen errichteten hier 1769 die Festung Novo Redondo und verwandelten den einst fröhlichen Jahrmarkt in einen Sklavenmarkt. Fast gleichzeitig entstand das Kloster. Um die Festung kümmert sich seit langem niemand, sie verfällt allmählich. Und das Kloster? Wenn die mittägliche Schwüle der Kühle des Nachmittags weicht, ist das fröhliche Lachen junger italienischer Nonnen zu hören, die vor dem Kloster Volleyball spielen...

Von einer Bank aus schaue ich den Kirchgängern nach, die sich allmählich auf den Heimweg begeben.

„Guten Abend!“ ertönt neben mir eine bekannte Stimme.

„Alberto!“ Ich erkannte einen jungen Mann aus dem Ausbildungszentrum. „Wie geht's, wie steht's?“

„Danke, gut. Eben war ich gerade in der Messe. Dort war es heute sehr lustig, die Nonnen spielten auf elektrischen Gitarren.“

„Und deine Frau?“ Ich erinnerte mich, daß Alberto kürzlich geheiratet hatte.

„Sie ist jetzt bei meiner Mutter, hilft ihr beim Wirtschaften. Wir haben ja ein großes Feld zu bestellen — Mais, Süßkartoffeln und Bananen. Da gibt es viel Arbeit. Ich habe im Zentrum zu tun. Der Direktor will mich möglicherweise zur Ausbildung in die Stadt schicken.“

Er verabschiedete sich und ging, ging in eine Zukunft, die die Volksmacht der angolischen Jugend eröffnen will, in eine Zukunft, die standhaft verteidigt werden muß.



„Angola und die UdSSR — Brüder im gemeinsamen Kampf!“ — so heißt eine Losung von Demonstranten in Luanda

Foto: W. Wolkow

chow erinnert sich, wie er ganz zu Beginn der Ausbildung die einfachsten Fertigkeiten mit Hammer, Meißel, Rohrmutterschlüsseln und Schraubenziehern üben mußte.

Doch wohl am schwersten dürften sich die Neulinge, die in der Gentilordnung des angolischen Dorfes groß geworden sind, an den Gedanken gewöhnen, daß sie jetzt Seite an Seite mit Kameraden arbeiten, die nicht zu ihrer Familie gehören, sondern irgendwo Hunderte Kilometer von ihrem eigenen Geburtsort entfernt zur Welt kamen. Schwer war es, sich bewußt zu werden, daß ihre Heimat Angola ein großes Land mit vielen Dörfern und Städten ist und seine Menschen verschiedene Sprachen und Dialekte sprechen.

„Neben der Berufsausbildung werden die Schüler hier moralisch und



OHNE PRINZEN UND BETTLER

Assja STSCHEDROWA

Die Sonne ging langsam hinter den Bergen auf und leuchtete die abgerundeten Gipfel von unten an, was die ganze Landschaft in ein Szenenbild verwandelte. Am Boden eines tiefen Einschnitts im Gebirge lag Luang Prabang. Dichter weißer Nebel hüllte die Stadt ein. Aber da berührte der erste Strahl die vergoldete Nadel auf dem heiligen Hügel Phousi, auf dem der Sage nach Buddha seine Spur hinterlassen habe, und man erblickte die schnurgeraden, nicht sehr breiten Straßen, in Grün gebettete weiße Villen, die blauen Schleifen des Mekong und des Namkhan, die zahlreichen Pagoden und Klöster der Stadt.

Es stellte sich heraus, daß Luang Prabang schon längst erwacht war: Fußgänger und Radfahrer strebten ihrem Ziel zu, seltene Autos sausten dahin, auf den sauberen Rechtecken der Felder arbeiteten die Bauern, Kinder liefen in Scharen zur Schule. Ein neuer Tag begann.

Wo die Könige lebten

„Verehrte Gäste und Besucher! Ich darf Sie auf dem alten Boden Luang Prabangs begrüßen, das jahrhundertlang die Residenz der laotischen Könige war. Das Nationale Volkskunstmuseum, das ich Ihnen zeigen möchte, war erst vor kurzem ein Königspalast.“ Ein großer, freundlicher Mann, ein Mitarbeiter der Abteilung Kultur beim Verwaltungsausschuß, forderte uns auf, ihm in den Park, zu einem schönen, im nationalen Stil gebauten Haus zu folgen.

Kurz vor dem Sieg der Volksmacht erhielt König Savang Vatthana, der es nicht glauben wollte, daß die Tage der Monarchie gezählt

waren, von den dortigen Chinesen eine hohe Geldsumme und gab die Order, den Palast zu dem Fest seiner bevorstehenden Krönung vorzubereiten. Geplant war die Wiederherstellung vieler Bauten, vor allem des Thronsaales. Sisavang Vong, der Vater des letzten laotischen Königs, war 1959 gestorben. Sein Letzter Wille lautete, Savang Vatthana sei zu krönen. Aber die Vorbereitungen zur Zeremonie zogen sich in die Länge: Die Situation im Lande rückte andere Probleme in den Vordergrund. Kurz, es kam nicht zur Krönung. Am 2. Dezember 1975 wurde in Vientiane die Volksdemokratische Republik Laos ausgerufen. Sie stürzte das Königreich der Millionen Elefanten und des Weißen Schirmes.

„Wir befinden uns im Thronsaal“, setzte unser Begleiter fort. „Wie Sie sehen, sind die Wiederherstellungsarbeiten fast abgeschlossen.“

Der Thronsaal König Savang Vatthanas wirkt auch heute prunkhaft. Die purpurroten Wände und die Säulen sind mit buntem Spiegelglas verziert. In der Mitte des Saals steht der massige vergoldete Thron. Der König hatte ihn bei den berühmten Holzschnitzern in Thailand in Auftrag gegeben. Einheimische Meister, die den thailändischen in nichts nachstanden, hatten geschnitzte Sofas für auserwählte Gäste angefertigt. Die Waffen, silberne Rüstungen, Machtinsignien aus dem Thronsaal werden heute in den Vitrinen des Museums aufbewahrt, desgleichen die Geschenke, die dem Königshaus zu bemerkenswerten Daten und zu Feiertagen dargebracht wurden: kostbares Porzellan von den Führern aus Peking, ein ausgezeichnetes Lackgemälde vom ehemaligen

Saigoner Herrscher, ein Silberservice von einem thailändischen König... Doch die meisten wertvollen Gegenstände und Schmucksachen hat die königliche Familie, die gegenwärtig in Viengsai (im Osten des Landes) lebt, mitgenommen.

Der Museumsführer berichtete: „Nach seiner Abdankung bat der ehemalige König, dem der Posten eines Rates beim Präsidenten der Republik angeboten worden war, die Regierung, ihn und seine Angehörigen vor den Versuchen der Reaktionen in Schutz zu nehmen, die sie im Kampf gegen die neue Macht ausnutzen wollten. Das war wirklich der Fall: Anfang 1977 unternahmen die Konterrevolutionäre einen (allerdings mißglückten) Versuch, Luang Prabang an sich zu reißen und die Monarchie wiederherzustellen.“

Wir haben es nicht vergessen

Was haben die fünf Jahre republikanische Macht Luang Prabang gebracht, das jahrhundertlang eine Hochburg der Monarchie, eine Stadt der Prinzen und Bettler war?

Außerlich hat sich Luang Prabang kaum verändert. Um so frappanter sind die Veränderungen im Leben der Stadt und der Provinz.

Das weiße Gebäude des Verwaltungsausschusses ist von überall in der Stadt zu sehen. Die Nationalflagge auf einer hohen Fahnenstange. Viele Menschen vor dem Eingang. Zahlreiche Fahrräder und zwei alte, strapazierte PKWs auf dem Parkplatz. Der Arbeitstag im Hauptquartier der Volksmacht von Luang Prabang ist in vollem Gange.

Der Vorsitzende des Ausschusses Suvandi, ein untersetzter Mann mit kurzem grauem Haar, begrüßt uns auf russisch.

Später unterhalten wir uns bei einer Tasse starken Tees ausführlich über die Angelegenheiten dieser an Holz, Obst, Gemüse und Reis reichen Gegend. Luang Prabang ist politisch und wirtschaftlich die zweitwichtigste Provinz von Laos (nach Vientiane). Doch gibt es hier vorläufig keine moderne Industrie. Dafür sind die hiesigen Silberschmiede, Holzschnitzer, Weberinnen, Goldstickerinnen und Ausnäherinnen im ganzen Lande bekannt.

Auch unser Gesprächspartner ist in Luang Prabang bekannt. Er wurde hier geboren, schloß sich als junger Bursche im turbulenten Jahr 45 den Partisanen der Pathet Lao an, um gegen die französischen Kolonialisten zu kämpfen. 30 Jahre seines Lebens waren mit Kampf ausgefüllt: in den Partisanengebieten sowie in der Stadt selbst, wo Su-

vandi und seine Kameraden unter fremden Namen Agitationsarbeit in den feindlichen Truppen leisteten. Daß zwei Drittel der dortigen Garnison zur Revolution übergegangen war, ist zum Teil auch ein Verdienst Suvandis und seiner Kampfgenossen.

Er erzählt: „Wir sagten zu diesen Betroffenen: ‚Falls in der Stadt gekämpft wird, könnten auch eure Verwandten in Mitleidenschaft gezogen werden. Greift nicht zu den Waffen. Die Volksmacht wird euch noch brauchen...‘ So kam es auch. Viele von den ‚Ehemaligen‘ – in ihrer Mehrheit Handwerker und Bauern – sind heute Aktivisten.“

Suvandi ist einer der ältesten Kommunisten; 1951 ging er auf verborgenen Pfaden ins Gebirge zu den Partisanen Vietnams, wo er am historischen II. Parteitag der Kommunistischen Partei Indochinas (KPICH) teilnahm. Die Laotische Revolutionäre Volkspartei, zu deren Begründern 1955 auch Suvandi gehörte, betrachtet sich mit Recht als Nachfolgerin der KPICH. Der Revolutionär traf sich auch mit Ho Chi Minh. In all den 30 Jahren der Illegalität und des bewaffneten Kampfes blieb er dem Vermächtnis des KPICH-Begründers treu: Unsere Stärke liegt in der revolutionären Solidarität. Gemeinsam, mit Unterstützung der UdSSR, der anderen sozialistischen Länder, der Proletarier der ganzen Welt, werden wir siegen. Der Leninismus ist der zuverlässige, unerschütterliche Leuchtturm für alle unterdrückten Völker.

„Wir haben dieses Gebot auch heute nicht vergessen“, sagt Suvandi, „heute, da wir nicht nur den Sozialismus aufbauen, sondern auch genötigt sind, die Errungenschaften der Revolution vor den Provokationen des Imperialismus und der Peking Hegemonisten zu schützen.“

In der Provinz Luang Prabang seien, setzt Suvandi fort, die feudalen Traditionen besonders zählebig. Immerhin handle es sich um den ehemaligen Königssitz. Die Volksmacht ziehe das in Betracht, wenn sie ihre Umgestaltungen vornehme und die Pläne eines neuen Lebens, bei dessen Gestaltung alle mitsprechen können, verwirkliche.

Nur gemeinsam

In der Provinz wirkt aktiv die Laotische Front des Nationalen Wiederaufbaus (LFNW). Der Vorsitzende des ZK dieser größten und repräsentativsten Organisation des Landes ist der Präsident der VDR Laos Sufanuwong, übrigens aus Luang Prabang gebürtig. Aus dieser Stadt stammen viele namhafte Revolutionäre und Staatsmänner des heutigen Laos, unter ihnen der gegenwärtige Stellvertretende Ministerpräsident Phou-



Laotische Studentinnen

Foto: TASS

mi Vongvichit, die ZK-Vorsitzende der Assoziation der laotischen Patriotinnen Khamphong Bupha, Beraterin in der Regierung Souvanna Phoumas.

Pha Kham Chan, leitender Funktionär des LFNW-Ausschusses der Provinz und Prior des altentümlichen buddhistischen Tempels Wat Mai, sagt: „Für die Bewohner unserer Stadt, in der den Menschen seit alters ihr Platz auf der sozialen Leiter gewiesen wurde, ist es besonders wichtig zu wissen: Heute darf jeder am Leben des Landes teilnehmen. Darin liegt die höchste Gerechtigkeit, die dank dem Sieg der Volksmacht triumphiert.“

Unser Gesprächspartner erzählte auch von Angelegenheiten, die unmittelbar in seinen Bereich fallen. Vor kurzem wurde z. B. ein Seminar der Buddhisten der Provinz abgeschlossen. Es handelte sich dabei um die Erhaltung der Pagoden, die der Staat als Denkmäler der geschichtlichen Vergangenheit unter Schutz gestellt hat (allerdings sammelt die Kirchengemeinde einen Großteil der Mittel für die Renovierung und Wiederherstellung). Er berichtete uns über die Teilnahme der Mönche an der Überwindung des Analphabetentums der Bevölkerung. Die Volksmacht tut viel, um dieses Problem zu lösen, doch es mangelt an Lehrern.

„In unseren Predigten“, meint Pha Kham Chan, „überzeugen wir die

Menschen von der großen Bedeutung der Genossenschaften. Nur gemeinsam können wir das Volk versorgen.“

So entspann sich, ziemlich überraschend für uns, in einer buddhistischen Pagode ein Gespräch, das die für Laos jetzt wohl wichtigsten Dinge betraf.

Unter den zahlreichen Anliegen der Behörden von Luang Prabang, dieser vornehmlich agrarischen Provinz, steht die Landwirtschaft an erster Stelle. Die Abteilung Landwirtschaft des Verwaltungsausschusses wird von der Bäuerin Chensi Rothsami, einer ehemaligen Partisanin, geleitet – und dies in der ehemaligen Hochburg der feudalen Monarchie, wo die Frau noch vor kurzem auf der untersten Stufe der sozialen Leiter stand!

An der Revolution beteiligt sie sich schon drei Jahrzehnte, seit ihrem 14. Lebensjahr. Sie ist Begründerin und bisher die ständige Leiterin der Sektion Luang Prabang der Assoziation der laotischen Patriotinnen. Chensi ist sachlich, resolut, schlagfertig und ein ausgezeichnete Organisator, wovon auch merkbare Erfolge in der Genossenschaftsbewegung zeugen. Hier sind auf freiwilliger Grundlage bereits fast 70 LPGs gegründet worden.

Bevor Chensi Leiterin des führenden Wirtschaftszweiges wurde, leistete sie politische Erziehungsarbeit unter den nationalen Minderheiten und den Huaqiao in den an China grenzenden Gebieten, wo die Peking Agentur eine besonders großangelegte Wühlstätigkeit betrieb. Die Feinde versuchten, die Aktivistin zu bestechen, drohten ihr und verübten Anschläge auf ihr Leben. Auch heute muß sie nicht selten an der Unschädlichmachung konterrevolutionärer Banden, die aus China und Thailand nach Laos eingeschleust werden, teilnehmen.

Mit Chensi Rothsami fahren wir in die Provinz hinaus, zu den Bauern, die beschlossen haben, gemeinsam zu arbeiten.

Onsi, der Vorsitzende der Genossenschaft „Nasan“, sagte: „Was die sozialistischen Umgestaltungen betrifft, so muß man daran denken,

Am Mekong, unweit von Luang Prabang

Foto: J. Fadejew



welche Rolle die Dorfgemeinde in unserem Leben spielte. Ich würde sagen, daß sie die Bauern darauf vorbereitete, die Wirtschaft kollektiv zu führen, und sie zur gegenseitigen Hilfe erzog. Wir hatten viel Boden, man brauchte nur ins Gebirge zu gehen, sich ein Stück zu wählen, es abzuholzen, zu roden, den Boden zu düngen, zu bewässern — und schon kannst du die Ernte einbringen. Einfach, nicht wahr? Nun, so einfach wohl doch nicht. Man kann den steinharten, von Wurzeln durchwachsenen Boden mit einem Stock nicht bearbeiten, und allein schon gar nicht. Deshalb erweckte der Beschluß 'Über die Genossenschaftsbewegung', den das Politbüro des ZK der Revolutionären Volkspartei im Sommer 1978 veröffentlichte, reges Interesse bei vielen, besonders bei den armen, Bauern."

Nasan, das „Dorf unter den Bäumen“, liegt unweit von Luang Prabang. Nach den hiesigen Begriffen ist das Dorf recht groß: mehrere Dutzende Häuser. Unter einem Schutzdach, auf eingegrabenen Bänken saßen Bauern, die auf Gäste aus der UdSSR neugierig waren. Einleitend sagte der Genossenschaftsvorsitzende:

„Die Sowjetunion begann mit dem Aufbau des neuen Lebens vor mehr als einem halben Jahrhundert unter ebenso schwierigen Bedingungen wie bei uns. Bei diesem Volk, liebe Nachbarn, kann man durchaus lernen. Wir wollen den Gästen zuhören.“

Zuerst kam das Gespräch nicht so recht in Gang. Aber dann siegte doch der Wunsch, zu hören, womit die Leute im fernen Land begannen, wie sie ihre Schwierigkeiten überwunden hatten, und es regnete Fragen.

Auch wir erfuhren viel Interessantes, z. B. über die Entstehung der Genossenschaft. Am 1. November 1978 hatten sich die Dorfeinwohner versammelt, um von einem Genossen aus Luang Prabang zu hören, was eine Genossenschaft sei und wie sie den Bauern nutzen könne. Er sagte, daß die Sache sich lohne und daß in der Provinz schon zwei LPG gegründet worden seien. Die dritte wurde „Nasan“, zu der sich 23 Familien — etwa 130 Personen — vereinigten. Der gemeinsame Boden maß 37 ha, und man beschloß, zuerst das anzubauen, woran man gewohnt war: Reis auf 25 ha und Gemüse und Hülsenfrüchte auf den restlichen Hektars. Das große Inventar und das Vieh wurde vergenossenschaftlicht.

In der Abteilung Landwirtschaft des Verwaltungsausschusses der Provinz sagte man mir, daß „Nasan“ eine gutgehende Wirtschaft ist. In zwei Jahren haben die Bauern eine

rekordmäßig hohe Ernte — 18 dz Reis vom Hektar — erzielt (bei einem Landesdurchschnitt von 8 dz). Dort vermied man viele der Fehler, die so mancher Genossenschaft im Anfangsstadium unterlaufen.

„Der größte Fehler der jungen Genossenschaften ist die nivellierende Arbeitsentlohnung“, sagte der Vorsitzende Onsi. „Wir dagegen haben alle Arbeitsfähigen, 67 Personen, nach Kategorien eingestuft und bezahlen die Arbeitseinheiten je nach Kategorien.“

Die gut bestellten Reis- und Gemüsefelder von „Nasan“ sind eine Augenweide. Im Dorf herrscht ebenfalls eine mustergültige Ordnung: Die Volksmacht mißt den hygienischen Zuständen große Bedeutung bei. Die LPG hat einen Kinderspielfeld. Ein Raum für die Kinder, deren Eltern auf dem Feld arbeiten, besteht freilich noch nicht. Die Mütter und Großmütter passen umgehend auf die Kinder auf.

Abends lernt das ganze Dorf. „Ohne Lesen und Schreiben kommt man heutzutage nicht mehr aus“, brummte ein „Schüler“, ein Opa, der mit einem Mädchlein auf den Knien vorne auf der Bank saß. „Nun wollen meine Enkelkinder es auch mir auf meine alten Tage beibringen.“

Ringsum lächelte alles, und der Vorsitzende entgegnete:

„Natürlich muß jeder lernen. Uns mangelt es ja an Fachleuten. Unsere Genossenschaft hat da Pumpen gekauft, um zwei Ernten im Jahr zu erzielen. Dabei haben wir keinen, der uns die Betriebsanweisung richtig erklären könnte.“

Der Vorsitzende nimmt jede Gelegenheit wahr, seinen Landsleuten die Wichtigkeit der Bildung zu veranschaulichen. Aber er weiß, viele haben das schon eingesehen. Gelernt wird im Dorfzirkel zur Überwindung des Analphabetentums, in der Schule eines Nachbardorfes, in den Mittelschulen von Luang Prabang, an den Hochschulen von Vientiane. Zwei sind nach Moskau gegangen; der eine wird als Zootechniker, der andere als Fachmann für den genossenschaftlichen Handel zurückkommen.

Am Abend verlassen wir „Nasan“. Die Bauern sind schon vom Feld zurück, Rauchfahnen steigen über den Häusern empor. Es riecht nach gekochtem Reis, das Abendessen wird zubereitet. Inzwischen werden 11 Jungen und Mädchen am Dorfrand in Waffenkunde unterwiesen: Sie bilden einen Selbstverteidigungstrupp. Das muß sein, weil noch immer mit chinesischen und amerikanischen Waffen ausgerüstete Banden über die Grenze eingeschleust werden.

Luang Prabang—Moskau

Stille im Hörsaal. Die Studenten schreiben einen Aufsatz zum Thema „Warum lerne ich Russisch?“ Ich betrachte die vor mir sitzenden Jungen und Mädchen und denke darüber nach, wie sie die Frage beantworten mögen. Jenes junge Mädchen arbeitete vor dem Studium als Verkäuferin in einer Buchhandlung für fremdsprachige Literatur. Unweit von ihr sitzen zwei ehemalige Grundschullehrerinnen, die vietnamesisch unterrichteten. Drei hochgeschosene junge Burschen in ausgebleichten Feldblusen ohne Achselstücke sind demobilisierte Soldaten. In der Armee meisterten sie sowjetische Militärtechnik und beschlossen schon damals, Russisch zu lernen, um Fachschriften lesen zu können. Dieser junge Mann, der am Tisch vor dem Fenster leise mit einem Mädchen spricht, kam gleich ihr aus einem Dorf unmittelbar nach der Mittelschule nach Hanoi. Alle beide interessieren sich für sowjetische Literatur und studieren deshalb an unserer Fakultät.

Ich könnte ausführlich über jeden meiner Studenten berichten, aber sie sind so zahlreich. Ich gehe aber bestimmt nicht fehl, wenn ich sage, daß sie in der russischen Sprache den Schlüssel zur Erkenntnis der gewaltigen geistigen und wissenschaftlichen Reichtümer der Sowjetunion sehen. Unsere Jugend folgt dem Gebot Präsident Ho chi Minhs: „Ein Revolutionär muß die Sprache Lenins beherrschen.“

Die glorreichen revolutionären Traditionen des russischen Proletariats und die Werke des großen Lenin wurden in Vietnam dank einer ganzen Reihe internationalistischer Kämpfer bekannt. In erster Linie dank dem unvergeßlichen Onkel Ho, der ausgezeichnet Russisch konnte. Bis zum Sieg der Augustrevolution 1945 und zur Ausrufung der Demokratischen Republik Vietnam konnten das nur ganz wenige, in der Hauptsache jene Kommunisten, die gleich Ho chi Minh mehrere Jahre in der UdSSR als Emigranten lebten. Die französischen Kolonialbehörden unterbanden alle Kontakte der Vietnamesen mit Sowjetbürgern und verboten das Lesen russischer Bücher.

Ich hatte Glück, denn ich gehörte zu den ersten Bürgern des freien Vietnam, die das Studium und die Verbreitung der russischen Sprache zu ihrem Beruf machten. In den 50er Jahren konnten wir von Lehrbüchern eigens für Vietnamesen nicht einmal träumen und gebrauchten solche für Französischsprechende. Gute Dienste leistete uns damals Nina Potapowas Buch. Eine große Hilfe waren natürlich die sowjetischen Dozenten. In nur 24 Monaten, bis 1958, wurde die erste Gruppe von Russisten ausgebildet. Sie waren wie eine Handvoll Reiskörner, die später eine reiche Ernte bringen. Heute können fast 10 Mil-

„...WEIL LENIN RUSSISCH GESPROCHEN“

Dr. VU VAN THANH

Am 3. November 1978 wurde in Moskau der Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der SRV unterzeichnet. Er ist von großer Bedeutung für den Ausbau ihrer mehrseitigen Verbindungen, auch der zwischenmenschlichen Kontakte. Daraus erklärt sich u. a. das zunehmende Interesse der Sowjetbürger für das Vietnamesische und der Vietnamesen für das Russische. Unser Autor ist Dozent an der Pädagogischen Hochschule Hanoi.

lionen Vietnamesen so oder anders Russisch; eifrig überwinden sie die großen Schwierigkeiten bei der Beherrschung dieser so reichen und zugleich so schwierigen Sprache.

Fast alle Kinder in Vietnam lernen Russisch ab 5. Klasse. Das ist ihre erste Fremdsprache, sie wird 3—4 Stunden in der Woche unterrichtet. Heute haben sie ausgezeichnete Lehrbücher, vor allem „Horizont“, das vom Moskauer Puschkine-Institut für russische Sprache unter Redaktion Dr. Wjatjutnens und des vietnamesischen Philologen Bui Hiem besorgt wurde.

Der Russischunterricht wird an der Hochschule fortgesetzt. Sonst haben die Studenten 4—6 Stunden Russisch in der Woche, für die Russisten aber, die an den Universitäten, Hochschulen und pädagogischen Fachschulen in 12 Städten der SRV studieren, sind es 20 Stunden in der Woche. Einige Fächer, besonders die Phonetik, das Lesen und die Konversation, werden von sowjetischen Pädagogen unterrichtet. Wir Vietnamesen legen Nachdruck auf die Landeskunde,

wir erzählen von der UdSSR, ihren fleißigen und großartigen Menschen, ihren Städten und Dörfern, die den unseren so wenig gleichen.

In vielen Betrieben, Dörfern und Truppteilen bestehen Abendzirkel für Menschen, die die Sprache unserer Freunde lernen wollen. Selbst nach einem anstrengenden Arbeitstag lernen die Menschen verschiedener Altersstufen und Berufe lesen. Den einen geht es um die Werke der russischen und sowjetischen Schriftsteller, den anderen um Fach- und Sachbücher.

Im Fernsehen werden seit mehreren Jahren Russischstunden gesendet. Die Zuschauer hören Linguisten zu, sehen sowjetische Filme und lernen Lieder in russischer Sprache. Viele davon sind in meinem Lande schon weit bekannt.

Ich möchte ausführlicher über das Russischstudium in den Südpunkten der SRV erzählen. Meine Kollegen, Russisten, mußten dort beim Nullpunkt anfangen. Aber es wäre wohl nicht ganz richtig, ihre Schwierigkeiten an denen in Nordvietnam gleich nach Ausrufung der DRV zu messen. Gewiß konnte praktisch keiner aus Nam Bos (so nennen wir den Süden unseres Landes) russisch. Dafür gab es schon zahlreiche aus Nam Bo stammende Russischlehrer, ferner Ingenieure, Techniker und Fachkräfte, die in der UdSSR studiert hatten bzw. ausgebildet wurden und nun nach Vietnam heimkehrten. Es gab schon Lehrbücher und ausgearbeitete Unterrichtsmethodiken. Außerdem können viele Einwohner der Südpunkten Französisch und Englisch, was ihnen das Russischstudium erleichterte. Deshalb können heute, nur etwas mehr als fünf Jahre nach der Wiedervereinigung Vietnams, nicht wenig Leute in Nam Bo die sowjetische Literatur fließend lesen und verstehen gesprochenes Russisch.

Im vorigen Sommer reiste ich nach Ho-chi-Minh-Stadt und in die anderen Südgebiete. Ich freute mich, Absolventen der Pädagogischen Hochschule Hanoi anzutreffen, die in dieser Stadt Russisch unterrichten. Eine Freude war für mich auch ein Besuch in der Ausstellung, die der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder bei der Weltraumerschließung galt. Nicht wenig Besucher sprachen die sowjetischen Mitarbeiter Russisch an und baten um Erklärungen in Russisch. Ich wurde in den Jugendklub in der Dui-Tan-Straße zu einer traditionellen Versammlung der Liebhaber der russischen Sprache eingeladen. Diesmal sprach man über neue Bücher und Zeitschriften aus der UdSSR. Zu einem weiteren Klub dieser Art entwickelte sich die Buchhandlung für fremdsprachige Literatur in der Dong-Khoi-Straße. Direkt an den Verkaufstischen lesen die Besucher die neuen Ausgaben von „Prawda“ und „Iswestija“. Sehr populär sind die Zeitschriften „Sowjetunion“, „Nauka i Shisn“ (Wissenschaft und Leben) und die Moskauer „Nowoje Wremja“. Die südvietnamesischen Schulkinder lieben sehr die in Moskau herausgegebenen Fibeln und Lehrbücher der russischen Sprache mit zahlreichen bunten Bildern. Die Tochter meiner Bekannten aus Ho-chi-Minh-Stadt nennt die sowjetische Fibel ihr Lieblingsbuch.

Die Zahl der Vietnamesen, die Russisch lernen, nimmt mit jedem Jahr zu. Es ist klar, warum. Diese Sprache gehört zu den weitestverbreiteten der Welt. Darüber hinaus ist sie die Sprache des Volkes, das die Große Sozialistische Oktoberrevolution vollbrachte, und diese wies allen Unterdrückten und Versklavten den Weg des revolutionären Kampfes und der Befreiung. Das ist die Sprache eines Volkes, das begeisternde Erfolge beim wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau erzielt hat und vielen anderen Völkern, darunter dem vietnamesischen, internationalistische Hilfe erweist. Man muß an die Worte Leonid Breschnews denken, der sagte, daß die russische Sprache eine immer weitere Verbreitung unter den Völkern der Welt findet und eine wichtige Voraussetzung für den Kulturaustausch und die zwischenmenschlichen Kontakte, für die gegenseitige Verständigung und Zusammenarbeit bildet. Gerade deshalb machen sich Millionen Menschen der Erde ans Russischstudium.

Inzwischen beginnen meine Studenten, ihre Aufsätze abzuliefern. Ich blättere im ersten. In einer kindlich runden, sauberen Handschrift steht da geschrieben: „Ich will Russisch mein Leben lang studieren, weil das die Sprache der Freundschaft und des Friedens ist.“

Hanoi, im Oktober

Pham Tuan, der erste vietnamesische Kosmonaut, gehört zu den zahlreichen SRV-Bürgern, die Russisch können.

Foto: TASS



PICASSOS TESTAMENT

Anatoli MEDWEDENKO

Etwa 40 Jahre stand Pablo Picasso auf der schwarzen Liste der Gegner des Franco-Regimes, und in Spanien war es streng verboten, auch nur seinen Namen zu erwähnen. Manchmal steigerte sich die Hetze der Faschisten gegen den großen Künstler ins Absurde. So ließ der Generaldirektor des Landesamts für Philatelie allen Geschäften, die Briefmarken führten, im Dezember 1966 schriftlich das Verbot zugehen, die kurz vorher in der CSSR herausgegebenen Postwertzeichen mit Reproduktionen von Werken Picassos in ihrem Sortiment zu haben, und mit diesen Marken frankierte Postsendungen durften gar nicht ins Land gelassen werden.

Picasso-Ausstellungen wurden in Spanien nicht veranstaltet, sogar Bücher über sein Werk wurden eingezogen. Die Franquisten konnten es ihm nicht verzeihen, daß er seinen Anschauungen treu geblieben war.

„Solange Franco am Leben ist, gibt es für mich keinen Platz in der Heimat“, sagte der Meister. „Erst nach seinem Tod kehre ich nach Spanien zurück.“ Er hat seine Heimat nie wiedergesehen: Er starb 1973 im Exil.

Drei Jahre nach dem Tode Francos, im Oktober 1978, gab das spanische Ministerium für Verkehr und Fernmeldewesen eine Picasso-Briefmarkenserie heraus. In Madrid fand eine Ausstellung seiner Werke statt, und in Malaga, seiner Vaterstadt, wurde ein Picasso-Haus eröffnet. Auf Beschluß des Madrider Stadtrats ist eine Hauptstraße Madrids im April d. J. nach ihm benannt worden.

Weiter hat das Kulturministerium bekanntgegeben, daß es den 100. Geburtstag des Künstlers würdig begehen wird. Eine Sonderkommission zur Veranstaltung der Feiern ist gebildet und ein Programm aufgestellt worden. Weiter sind Schritte unternommen worden, dem spanischen Volk Picassos weltberühmtes „Guernica“ zurückzugeben. Es ist auch schon etwas erreicht: Mit der Direktion des New-Yorker Museums für Moderne Künste, wo es sich befindet, ist eine baldige Absendung nach Spanien vereinbart.

Guernicas Leid

Hitlers Luftwaffe zerstörte am 26. April 1937 Guernica, eine baskische Stadt in Nordspanien. Einen

Monat später schuf Picasso, von der republikanischen Regierung beauftragt, das Gemälde über diese Tragödie für die Halle Spaniens auf der Pariser Weltausstellung.

Unlängst berichtete die Zeitung „Pais“, ursprünglich habe die Regierung das Gemälde bei Paul Klee in Auftrag geben wollen, dieser habe jedoch abgelehnt. Da sei die Wahl auf den damals in Paris lebenden Picasso gefallen, obwohl man nicht sicher war, daß er zusagen werde. Picasso machte nämlich gerade eine künstlerische Krise durch und griff fast nie zu Palette und Pinseln. Josep Renau, der Generaldirektor im Dezernat Schöne Künste beim Kulturministerium, der Picasso persönlich kannte, wurde mit dem Auftrag zu ihm geschickt. Ohne Zaudern nahm der Maler den Auftrag der Republik an.

Der im öffentlichen Leben stehende spanische Dichter Rafael Alberti, Träger eines Internationalen Leninpreises „Für Festigung des Völkerfriedens“, schreibt in seinen Erinnerungen über jene Zeit, er habe sich über den raschen Entschluß des Künstlers zu diesem Werk nicht gewundert, das in der Geschichte der demokratischen Kultur Spaniens und der Welt ein Ereignis werden sollte. „Picasso war nie in Guernica, aber die Nachricht, daß es zerstört worden war, traf ihn wie der Stoß eines Stierhorns.“

Ich sprach mit noch einem Zeugen der Schaffung des Gemäldes, José Maria Ucelay, dem Generaldirektor des betreffenden Dezernats der Basenregierung. Vom Bombenangriff auf Guernica habe er — so erzählte er mir — in Paris am 26. April abends erfahren, als er mit Juan Larrea, dem besten Freund Picassos, eine Straße hinunterging. Larrea winkte sofort ein Taxi heran und eilte zu Picasso. Der Dichter habe den Maler damals auf den Gedanken zu dem Gemälde gebracht. Beide waren nie in Guernica gewesen und konnten sich den Umfang der Tragödie gar nicht vorstellen. Deshalb wurde eine symbolische Darstellung beschlossen.

In allen Einzelheiten kann heute nicht mehr rekonstruiert werden, wie die Idee wirklich aufkam. Be-

stimmt aber war der Künstler innerlich schon darauf eingestellt, ein Werk zu schaffen, das den Faschismus als Feind des Friedens, des Fortschritts und der Zivilisation brandmarken sollte. Seine Einstellung zum Krieg hatte Picasso schon lange vor „Guernica“ auf Bildern ausgedrückt: in „Tanz“ (1925), „Die Sitzende“ (1927) und „Frau am Strand“ (1930). Hierher gehört auch die Folge von Zeichnungen „General Francos Träume und Lügen“, die in der satirisch überspitzten Darstellung der Gestalten wohl kaum den „Caprichos“ des genialen Goya nachstehen. Auf einigen Dutzend Blättern wird General Franco in grotesker Darstellung verlacht. (Den Erlös aus ihrem Verkauf stiftete Picasso für die Republik.)

Renau erzählt über das Entstehen von „Guernica“: „Picasso arbeitete wie besessen, an den ersten beiden Tagen wich er 12–14 Stunden nicht von der Staffelei und warf eine Skizze nach der anderen hin, so schnell, daß man glauben konnte, er habe sie alle schon lange im Sinn gehabt.“ So entstanden die ersten 50 Skizzen. Am 11. Mai gingen der Meister und sein Gehilfe, der junge Maler Jacques Vidal, an die Arbeit auf der Leinwand, und Ende Mai war das Monumentalgemälde — 3,50x7,80 Meter — fertig.

„Das Augenmerk auf die Kriegsschrecken lenken“

Es wäre irrig, dieses Werk nur als Protest dagegen aufzufassen, daß die Faschisten eine friedliche Stadt zerstörten. Die Eindringlichkeit seiner politischen und künstlerischen Aussage rührt daher, daß es die Barbarei selbst brandmarkt, die im gegebenen Fall die Gestalt des Faschismus angenommen hatte. Der Künstler geißelt die faschistische Diktatur, die mit ihren Nagelstiefeln Freiheit, Gerechtigkeit und Leben zerstampft. „Guernica“ kann man durchaus als Anklage gegen Hitlers braune Pest, gegen das Pol-Pot-Regime in Kampuchea, Pinochets Junta in Chile und die Bestialitäten Somozas in Nikaragua auffassen.

Schon auf und gleich nach der Pariser Weltausstellung von Ende Juni 1937 war „Guernica“ sehr umstritten. Picasso selbst weigerte sich trotz zahlreicher Bitten lange, sich über das ganze Gemälde zu äußern oder zu erläutern, wofür die einzelnen allegorischen Gestalten stehen. Er fand, „das Bestreben, hier der Wahrheit auf den Grund zu gehen“, könne nur auf Abwege führen. Erst 1945 sagte er wie nebenbei: „Guernica“ ist symbolisch, es ist ein Versuch, mit den Mitteln der bildenden Kunst ein

allgemeinmenschliches Problem zu lösen... Ich wollte das Grauen nicht nur eines bestimmten Geschehnisses, sondern die globale Tragödie darstellen."

Ohne jeden Zweifel hätte das Bild keine so eindringliche politische Aussage und hätte es das Augenmerk von Millionen und aber Millionen aus ganz verschiedenen Ländern nicht auf sich gelenkt, wenn es kein so hervorragendes Kunstwerk wäre. Seine große ethische Wirkung wurde von dem italienischen Maler und Kommunisten Renato Guttuso, einem Träger des Internationalen Leninpreises „Für Festigung des Völkerfriedens“, sofort erkannt. Im Jahre 1938, als in Italien noch die Faschisten an der Macht waren, konnte er sich eine Ansichtskarte mit einer

land, Paris, München, Brüssel, Amsterdam und Stockholm. Das bekam ihm nicht sehr, in der Farbschicht bildeten sich Risse, denn es mußte eingerollt befördert werden. Picasso restaurierte es mehrmals selbst und mußte schließlich 1956 ablehnen, es ausstellen zu lassen. Er erklärte, es werde das New-Yorker Museum erst verlassen, wenn es einen ständigen Platz bekommen werde.

Was das angeht, so meinte Picasso von Anfang an, es gehöre Spanien, dem spanischen Volk. Noch jetzt ist



Reproduktion dieses Bildes verschaffen. Er trug sie als Parteibuch an seinem Herzen, bis die Partei der italienischen Kommunisten wieder legal wurde.

Nach der Weltausstellung war „Guernica“ in Oslo, London, New York und vielen Ländern Lateinamerikas ausgestellt. Picasso spendete den ganzen Kassenerlös für die Patrioten, die aus Francospanien emigrieren mußten.

Damals stand Europa schon vor dem zweiten Weltkrieg. Als das Bild in London eintraf, hoben die Londoner gerade Splittergräben aus und bereiteten die Krankenhäuser zur Evakuierung vor. Jemand fragte Picasso, ob er es für angebracht halte, das Bild in einem so spannungsgeladenen Augenblick auszustellen. Er antwortete: „Guernica“ muß in London bleiben, schon um das Augenmerk auf die Kriegsschrecken zu lenken.“

Eigentum des spanischen Volkes

Als der zweite Weltkrieg ausbrach, ersuchte Picasso Alfredo Barra, den damaligen Direktor des New-Yorker Museums für Moderne Künste, das Bild zur Aufbewahrung zu übernehmen. Dann ging es wieder 1953 auf Reisen, zu Ausstellungen in Mai-

land, Paris, München, Brüssel, Amsterdam und Stockholm. Das bekam ihm nicht sehr, in der Farbschicht bildeten sich Risse, denn es mußte eingerollt befördert werden. Picasso restaurierte es mehrmals selbst und mußte schließlich 1956 ablehnen, es ausstellen zu lassen. Er erklärte, es werde das New-Yorker Museum erst verlassen, wenn es einen ständigen Platz bekommen werde.

Was das angeht, so meinte Picasso von Anfang an, es gehöre Spanien, dem spanischen Volk. Noch jetzt ist übrigens am Rahmen eine kleine Tafel mit der Aufschrift befestigt: „Eigentum des spanischen Volkes“. So nennt es der Künstler auch in seinem Testament. Da heißt es aber, das Bild könne erst nach Spanien gehen, wenn dort demokratische Freiheiten wiederhergestellt wären. Es ist aber so, daß der Wortlaut des Testaments (es befindet sich beim Anwalt der Familie Picassos, Roland Dumas, und ein Durchschlag im New-Yorker Museum) nie veröffentlicht wurde, so daß jede an „Guernica“ interessierte Partei es auf ihre eigene Art interpretierte.

Nach dem Tode Francos brachten die spanische Regierung und spanische Parteien die Übergabe des Gemäldes an Spanien zur Sprache, weil die Parteien im Land wieder legal bestünden, die Gewerkschaften sich betätigen dürften, die ersten Parlamentswahlen stattgefunden hätten, eine neue Regierung gebildet und eine Verfassung angenommen worden sei, d. h. alle Anzeichen für eine Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten vorlägen. Über die Frage wurde in Sondersitzungen der Regierung und im Parlament debattiert, und es wurde einstimmig beschlossen, die Rückerstattung „Guernicas“ zu erwirken.

Picassos Erben, sein Anwalt Dumas und die Direktion des New-Yorker

Museums wandten ein, der Meister habe die Rückgabe an Spanien verfügt, erst wenn dieses eine Republik wäre. Claude und Paloma Picasso, der Sohn und die Tochter des Malers, erklärten z. B. in einem Interview für die spanische Zeitschrift „Cambio 16“: „Wir wissen, daß es in Spanien jetzt besser ist und daß dort von einer Wiederherstellung der Demokratie die Rede sein kann. Wir müssen aber Vaters letzten Willen respektieren und im Augenblick die Rückgabe des Bildes an Spanien verweigern, weil dieses eine Monarchie ist.“ Die Direktion des Museums hat ihrerseits erklärt, „Guernica“ dürfe Spanien nicht zurückerstattet werden, solange es keine Republik sei. Die Verfechter einer Rückerstattung wiederum, vor allem die Kulturschaffenden, die Künstler und Repräsentanten der demokratischen Parteien Spaniens, meinen, Picasso habe mit seiner Klausel den Abtritt des Franquismus vom politischen Schauplatz, die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten und die Anerkennung der Menschenrechte, nicht aber unbedingt eine republikanische Staatsordnung gemeint. Nach ihrer Ansicht wäre die Rückgabe des Gemäldes eine überzeugende Manifestation dessen, daß der Bürgerkrieg ein Ende hat.

Diese Argumente haben etwas auf die Angehörigen des Künstlers gewirkt. Unlängst brachte die spanische Presse folgende Erklärung Rechtsanwalt Dumas: „Pablo Picasso beauftragte mich 1969, ein Doku-

ment mit seinen Wünschen für den weiteren Verbleib 'Guernicas' aufzusetzen. Er bestätigte schriftlich, daß das Werk und die Skizzen dazu Eigentum der 'Spanischen Republik' seien, daß sie aber erst nach der vollständigen Wiederherstellung der Bürgerfreiheiten in Spanien diesem übergeben werden sollen." Der Künstler habe betont, daß nach der Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten in Spanien einige Zeit vergehen müsse, damit man sich überzeugen könne, daß das demokratische Regime durch nichts gefährdet sei und daß die Reaktion nicht wieder zur Macht kommen werde.

Wie hieraus erhellt, sah Picasso in einer republikanischen Regierungsform nicht die Hauptbedingung für die Übergabe des Gemäldes, wenn er auch erklärte, es sei Eigentum der Spanischen Republik. Das kann einfach ein falscher Zungenschlag sein, 'Guernica' entstand ja zur Zeit der Republik.

Es wäre nicht ganz richtig, die Polemik als Rechtsstreit und nichts weiter abzutun. Nicht minder wichtig sind auch die finanziellen Beweggründe dafür, warum die Verwandten Picassos und die Direktion des New-Yorker Museums die Übergabe hinauszuzögern versucht haben. In diesem Museum sahen über 150 Millionen Besucher „Guernica“. Das Bild bringt dem Museum also enorme Einkünfte, von denen ein Teil an Picassos Erben geht.

Als der spanische Finanzminister Fernández Ordóñez im April 1978 in

den USA war, erklärte er: „Aus Kreisen, die dem Museum für Moderne Künste nahestehen, habe ich erfahren, daß 'Guernica' mindestens 2 Mio Dollar jährlich einbringt.“ Er behauptete, wenn das Gemälde nicht im Museum war, sei die Zahl der Besucher um 50% zurückgegangen.

Nach einem vierjährigen Streit haben die Verwandten endlich mit sich reden lassen. Im April d. J. wurde die Übergabe an Spanien bis Ende 1980 vereinbart. Im Juli hat der Museumsdirektor eine offizielle Urkunde darüber unterzeichnet.

Nun entsteht aber ein anderes Problem: Wo soll das Bild in Spanien hängen? Darauf erheben mehrere Städte Anspruch. Im Madrider Prado meint man z. B., daß es dort seinen Platz hat. Der Direktor des Prado, Prof. Pita Andrade, sagte mir, dieses Museum sei die Schatzkammer der spanischen Malerei, hier befänden sich die besten Werke von Velásquez, Goya, El Greco, Murillo und vielen anderen Meistern. Nach seiner festen Überzeugung wäre diese Sammlung ohne „Guernica“ unvollständig. Nur der Prado könne die bestmögliche Aufbewahrung gewährleisten. Sein Hauptargument aber ist, daß Picasso selbst es so gewollt habe: Vor kurzem habe die Presse von einem Brief Jacqueline Picassos, der Witwe, an den Regierungschef Suárez berichtet, in dem sie schreibe, Picasso habe gewollt, daß sein Werk in den Prado komme.

Joaquín de la Puente ficht das Recht des Prado an und meint, „Guernica“ gehöre ins Madrider Mu-

seum für Moderne Künste, das er leitet. Dort sei dem Bild schon ein Saal eingeräumt worden.

Die Politiker des Baskenlandes wiederum bestehen darauf, daß das Werk in Bilbao oder sogar in Guernica selbst untergebracht wird. Sie wollen dort eine spezielle Galerie dafür eröffnen. Schon im April 1977 überbrachte ein Mitglied des städtischen Organisationskomitees für die Veranstaltungen zum Jahrestag des Bombenangriffs auf Guernica Rechtsanwalt Dumas ein schriftliches Ersuchen, das Bild dieser Stadt zu übergeben. Im Juni d. J., als bekannt wurde, daß es bald Spanien übergeben wird, faßte das Parlament des Baskenlandes den Beschluß, bei der Landesregierung die Übergabe des Gemäldes an Guernica zu erwirken.

Es gibt aber noch andere Anwärter. Frau Rosa María Subirana y Torrent, Custos im Picasso-Museum in Barcelona, meint, das Kunstwerk gehöre unbedingt dorthin. Sie hat sogar ein Nachbarhaus gekauft, um darin, falls sich ihr Wunsch erfüllen sollte, „Guernica“ unterzubringen. Einen weiteren Anspruch hat der Oberbürgermeister von Malaga, der Heimat des begnadeten Künstlers, angemeldet.

Die Entscheidung wird entweder die Regierung oder das Parlament treffen. Aber schließlich ist es nicht so wichtig, wo das Bild seine Heimat statt findet. Die Hauptsache ist, daß es in Spanien sein wird, was der große Künstler erträumt hatte.

Madrid, im November

WISSENSCHAFTLER HABEN DAS WORT

Fast 60 Wissenschaftler aus 24 Ländern, darunter bedeutende Experten für allgemeine Fragen der Energetik, der Kohleförderung, der Rekultivierung des Bodens, für medizinisch-biologische Probleme, beteiligten sich Ende Oktober an einem internationalen Seminar in Moskau. Es wurde unter der UNEP-Ägide durchgeführt und auf Initiative des Internationalen Instituts für Energetik und Ökologie des Menschen (Beijer-Institut bei der Schwedischen AdW) organisiert. Es ging darum, die Perspektiven der Kohleförderung zu analysieren.

Das Thema ist aktuell: Die Erdölvorräte sind auf weite Sicht begrenzt, die Entwicklung der Kernenergetik hat

ebenfalls ihre Grenzen. Nach Expertenberechnungen wird die Kohleförderung Mitte des 21. Jahrhunderts an der Energiebilanz der Erde 30% ausmachen (weitere 30% entfallen auf die Kernenergie, noch 30% auf Erdöl und -gas, die restlichen 10% auf die Sonnen-, Hydro-, Thermo- und Windenergie).

Beim heutigen Wachstumstempo des Energieverbrauchs z. B. in den USA und der UdSSR muß sich die Kohleförderung bis Mitte des 21. Jahrhunderts vervielfachen. Das löst jedoch neue Probleme des Umweltschutzes aus. Der wachsende Kohleverbrauch wird das Ausscheiden schädlicher Abfälle in die Atmosphäre erheblich steigern. Die Förderung bedeutet die Notwendigkeit,

Ländereien wieder urbar zu machen und den Arbeitsschutz in den immer tieferen Gruben zu gewährleisten. Besorgniserregend ist auch die allmähliche Ansammlung von Kohlendioxid in der Atmosphäre, weil dies den „Treibhauseffekt“ — das langsame Wärmerwerden des Weltklimas — zur Folge hat.

Der globale Charakter der entstehenden Probleme zeigt, daß die Staaten sie gemeinsam anpacken müssen.

Das Energetikerseminar in Moskau ist der Anfang einer gewaltigen Arbeit. Sie wird nur dann erfolgreich sein, wenn sich die internationale Entspannung vertieft und alle Staaten, die an der globalen Lösung des Energieproblems interessiert sind, eng miteinander zusammenarbeiten.

A. STEPANOW

Bei Ihnen gehören der Grund und Boden und die Betriebe dem Staat. Er übt auch die gesamte Macht aus. Ihre Gewerkschaften haben nichts weiter als Beschlüsse der Partei und der Regierung zu befolgen. Wie können sich die Arbeiter da als Herren im Land fühlen, was Sie doch so oft schreiben!

G. DELMOTTE

Paris



Es diskutiert
das Mitglied
des NZ-Redaktions-
kollegiums
Albert PIN

Eigentlich haben Sie sich die Frage schon selbst beantwortet, werter Herr Delmotte. Eben weil seit der Oktoberrevolution in unserem Land der Grund und Boden, die Banken und Betriebe, das Verkehrswesen, die Schulen und Krankenhäuser Gemeingut sind, können wir heute sagen, daß sich die sowjetischen Menschen als Herren ihres Landes fühlen. Und sie sind es.

Wahrscheinlich wissen Sie, daß unser Volk sein völlig ruiniertes Land nach dem ersten Weltkrieg und dem Bürgerkrieg ins normale Leben zurückgeführt hat. In den ersten Planjahrhundert baute es mit unsäglich Mühe Tausende von Großbetrieben und Kraftwerken, die für das wirtschaftliche Vorwärtkommen des Staates unbedingt notwendig waren. Nicht weniger Mühe und Selbstverleugnung kostete der Wiederaufbau der Volkswirtschaft nach der Hitlerinvasion. Bedenkt man, daß unser Land in allen drei Fällen von den westlichen Industrieländern faktisch boykottiert wurde, dann darf man doch wohl fragen, ob die sowjetischen Menschen das alles hätten bewältigen können, wenn sie nicht persönlich am Gedeihen ihres Heimatlandes interessiert gewesen wären und darin nicht das Unterpfand für ihr eigenes Wohlergehen und das Glück ihrer Kinder gesehen hätten.

Ich behaupte allerdings nicht, daß bei uns ausnahmslos alle diese Einstellung haben und die unmittelbare Verbundenheit der staatlichen und der persönlichen Interessen verstehen. Leider noch nicht. Es gibt auch gleichgültige Leute, die halt irgendwie arbeiten. Dann gibt es welche, die als gewissenhaft gelten, aber keinen Handschlag über ihre direkten Obliegenheiten hinaus tun. Manche, auch junge Leute, leben nach dem

Grundsatz: Jeder ist sich selbst der Nächste. Auch sind leider die Liebhaber leichten Gewinns noch nicht ausgestorben, die, wenn es um den eigenen Nutzen geht, nicht nur sitten-, sondern auch gesetzwidrig handeln.

Eine Mentalität, die Jahrhundert alt ist, kann man nicht so leicht ausmerzen. Eins aber steht fest: Für die meisten sowjetischen Arbeiter ist das Verantwortungsbewußtsein auch für die Vorgänge ringsum charakteristisch. Davon zeugen ganz alltägliche Fakten: Millionen wetteifern in der Arbeit, machen Reserven für die Steigerung ihrer Effektivität ausfindig, bringen Rationalisierungsvorschläge ein und beteiligen sich im weitesten Sinne des Wortes hilfreich an der Leitung der Betriebe.

Selbstverständlich lassen sich auch unsere Gewerkschaften, die so gut wie alle Arbeiter und Angestellten erfassen, die gesellschaftliche Produktion und ihre Resultate angelegen sein. Hierin wie auch in anderen Dingen decken sich die Interessen der Gewerkschaften mit denen des Volksstaates. Bemerkenswerterweise sah Lenin gerade die Erziehung der Massen zu dem Gefühl, Herren in den Betrieben zu sein, zu einem umsichtigen, sparsamen Umgang mit dem Volkseigentum sowie zu einer neuen Einstellung zur Arbeit als eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften an. Er erblickte in ihnen eine Schule der Verwaltung, eine Schule der Wirtschaftsführung, eine Schule des Kommunismus.

Unsere Gewerkschaften erfüllen ihre Obliegenheiten in Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei und unter ihrer Leitung. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und Einheit verbindet sie mit dem Staat. Das ist natürlich und notwendig in der sozialistischen Gesellschaft, in der Partei, Staat und Ge-

werkschaften zwar verschiedene Rollen spielen, aber gemeinsame politische Ziele haben.

Hier ein paar charakteristische Beispiele für die Rolle und die Befugnisse der sowjetischen Gewerkschaften. Ohne sie wird praktisch über keine einzige wichtige Frage entschieden, die die Produktionspläne, die Löhne und Gehälter, die Leistungsnormen und die Verteilung der Einkünfte betreffen. Der Staat hat einen Teil seines Etats — den für die Sozialversicherung — den Gewerkschaften verfügbar gemacht. Dabei handelt es sich um große Summen, dieses Jahr z. B. um 34,5 Md. Rubel, gut doppelt so viel, wie für die Verteidigung bereitgestellt worden ist. Von diesen Geldern werden u. a. Krankengeld gezahlt, Ferienschecks und Einweisungen in Sanatorien kostenlos oder zu ermäßigten Preisen abgegeben und allerlei Beihilfen geleistet.

Natürlich üben die Gewerkschaftsorganisationen in der UdSSR auch ihre ureigene Funktion aus, die Rechte und Interessen der Werktätigen zu wahren. Sie können fragen, wem gegenüber oder wogegen. Gegen die Bürokratie mancher Verwaltungsfunktionäre, die gegen die Arbeitsgesetze oder die Tarifverträge verstoßen; gegen die Nachlässigkeit oder Rücksichtslosigkeit einzelner Wirtschaftsleiter, die sich um die Bedürfnisse der Werktätigen, um deren Arbeits- und Lebensverhältnisse nicht kümmern. Es kommt übrigens vor, daß solche Leiter auf Forderung der Gewerkschaften abgesetzt werden. Das ist selten, und nicht zuletzt deshalb, weil der Sowjetstaat selbst über die Befolgung der Gesetze wacht, sie andauernd perfektioniert, die Wirtschaftsleiter kontrolliert und die werktätigen Massen zu reger Teilnahme am politischen Leben anhält.



Welche Staaten bezeichnet man als die schwächstentwickelten?

J. SCHIROKOWA
Nowosibirsk, RSFSR

Die UNO zählt Staaten zu den schwächstentwickelten, in denen jährlich nicht mehr als 200 Dollar vom inneren Bruttoprodukt auf die Person kommen. In Asien, Afrika und Lateinamerika gibt es jetzt 30 solche Länder mit rund 250 Millionen Einwohnern.

Experten der UNCTAD (Konferenz der UNO für Handel und Entwicklung) schätzen, daß das innere Bruttoprodukt pro Kopf der Bevölkerung in diesen Län-

dern 1979 gegenüber 1978 um knapp 1% anwuchs und daß dieses Jahr nicht einmal das zu erwarten ist.

Die besagten Länder leiden mehr als andere unter der Plünderung ihrer Naturschätze und unter der Ausbeutung der Arbeitskräfte durch die multinationalen Konzerne. Enorme Verluste haben sie auch infolge des ungleichen Handels mit den kapitalistischen Industriestaaten.

Die 1001. „ernste Besorgnis“



Ein Sprecher des US-Statsdepartements, John Trattner, erklärte am 23. Oktober auf einer Pressekonferenz zu den barbarischen Bombenüberfällen der Luftwaffe Israels auf den Libanon, daß die USA „über die Eskalation der Gewalt ernsthaft besorgt“ seien. Ein Teilnehmer der Konferenz sagte dazu, diese geheuchelte „Besorgnis“ der US-Regierung wegen der Ausschreitungen ihrer Kreaturen in Nahost, Südkorea, Chile usw. erinnere ihn frappant an die ebenfalls zu Hunderten ergangenen „ernsten Warnungen“ Pekings an das Weiße Haus, als Flugzeuge und Schiffe der USA in die Hoheitsgewässer und den Luftraum Chinas eindringen.

Operationssaal als Goldgrube

Dr. Sanae Kitano, der Inhaber einer hochmodernen Frauenklinik in Tokorozawa (Japan), verordnete vielen Patientinnen teure Operationen, und die Chefärztin — seine Frau — führte sie sofort aus. Jetzt hat es sich herausgestellt, daß Kitano gar kein Mediziner, sondern ein ehemaliger Makler ist und daß die kostspieligen Operationen größtenteils unnötig waren. Die Stadtbehörde aber, der er runde Summen für ihre Wahlkämpfe „gespendet“ hatte, drückte dabei ein Auge zu, ja sie ernannte ihn zum Ehrenbürger der Stadt und

verlieh ihm einen Orden. Erst nachdem eine Frau die Sache an die große Glocke gehängt hatte, flog der Betrüger auf, und auch seine hohen Gönner bekamen etwas ab, ja der Gesundheitsminister mußte sogar abtreten, weil für ihn bei dem Geschäft auch etwas abgefallen war.

Beim Papagei lernen

Der englische Verband der Geschäftsinhaber verleiht schon lange Verkäufern, Küchenchefs und anderen Angestellten des Handels und des Gaststättenwesens eine Medaille für Höflichkeit und Zuvorkommenheit. Vor kurzem hat er sie einem Insassen des Londoner Zoos seit 1925, einem Papagei, zuerkannt. Der wird sich bestimmt auch gewundert haben, daß sich unter den Menschen keiner gefunden hat, der höflicher und zuvorkommender als er ist. Als ihm die Medaille feierlich überreicht wurde, rief er ein übers andere Mal: „Welcome, welcome, welcome...“

Wo sich die Balken biegen



Anfang Oktober sah sich das britische Oberhaus gezwungen, eine Sitzung abubrechen, da sich von der Decke Kalkbrocken lösten und Regenwasser auf die ehrenwerten Lords tropfte. Kurz zuvor war ein Kronleuchter von der Decke gestürzt und hatte nur knapp ein adliges Haupt verfehlt. Das Oberhaus ist schon

lange reparaturbedürftig, darüber können die Lords aber zu keinem Beschluß kommen — wie übrigens auch über viele andere Zivildprobleme. Dafür bestätigt es immer augenblicklich die Bewilligungen der Regierung für militärische Zwecke.

Warum sie verloren



Bei den kürzlichen Asienmeisterschaften im Basketball für Damen in Hongkong verlor das chinesische Team gegen das südkoreanische. Schockiert ging „Renmin ribao“ der Ursache nach und fand sie. In einem Kommentar schrieb sie, die Geschäfte, Parks und Kinos von Hongkong seien schuld daran. Die chinesischen Mädchen hatten sich, statt zu trainieren, dort aufgehalten. Entzückt fügt das Blatt hinzu: „Als unser Team heimreiste, mußte sein Gepäck auf dem Hongkonger Zollamt mit zwei 5-t-Karren befördert werden.“

Selbst Agent 007 ratlos

Die britische Filmfirma Eon Production ließ sich die Aufnahmen für einen neuen James-Bond-Film, „Nur für Sie“, 10 Mio Pfund Sterling kosten. Die letzte Szene sollte auf einem Berg im Innern Griechenlands, im alten Dreifaltigkeitskloster, gekurbelt werden. Dort sollte der Agent 007 seine Feinde niedermachen und dann unbehelligt in einem Hubschrauber davonschweben. Die Mönche meinten aber, Blut, Sex und Gewalt gehören nicht an eine heilige Stätte, so daß die Produzent in der Nähe die Dekoration eines Klosters in natürlicher Größe aufbauen

mußten. Die Mönche behängten den Berghang aber mit zahlreichen griechischen und byzantinischen Fahnen und bunten Stoffstücken, so daß die Filmleute unverrichteterdinge abziehen mußten.

Was man so alles vergessen kann

Die Spanier sind für ihre Vergeßlichkeit weltbekannt. Jeder Madrider soll — so das „Neue Deutschland“ — durchschnittlich zweimal im Jahr beim Fundbüro vorsprechen. Am häufigsten unter den Fundgegenständen sind Wohnungsschlüssel, Personalausweise, Schirme, Schuhe und — Gebisse.

Wat dem enen sin Uhl...



Auf einem Pariser Kongreß der französischen Hellseher habe, wie ein Teilnehmer berichtet hat, eine „optimistische Depremiierung“ geherrscht. Man war sich darüber einig, daß dieses Jahr „außerordentlich schlecht“ gewesen sei, daß das nächste aber „nicht schlechter“ sein werde. Vorläufig macht die Sorge des Durchschnittsfranzosen, was der morgige Tag bringt, den Hellseherberuf sehr lukrativ. In Frankreich gibt es 10 000 amtlich eingetragene Hellseher und obendrein 20 000 „Amateure.“

Zeichnungen:
W. Tschakiridis



MIT AEROFLOT ZUM „RUSSISCHEN WINTER“!

Aeroflot bietet ihren ausländischen Fluggästen eine schöne Reise nach Moskau zum Kunstfestival „Russischer Winter“ an, das in jedem Jahr vom 25. Dezember bis zum 5. Januar veranstaltet wird.



Theater und Konzertsäle halten das Beste für Sie bereit. Sie erleben die Meister von Oper und Ballett, Estrade und Zirkus sowie Gesangs- und Tanzensembles der Völker der UdSSR.

Näheres bei allen Aeroflot- und Intourist-Büros.

АЭРОФЛОТ

Soviet airlines

KAMPF DER WERKTÄTIGEN

Die Werktätigen der kapitalistischen Länder sind fest entschlossen ihre Rechte gegen die Monopole und die ihnen hörigen Regierungen zu verteidigen. Auf die Inflation, aufgeblähten Militärausgaben, das sinkende Lebensniveau und die wachsende Arbeitslosigkeit antworten die Werktätigen mit Streiks, Kundgebungen und Demonstrationen. Verschiedene Kolonnen der Arbeiter und Angestellten werden sich der Klassensolidarität bewußt und sehen die Notwendigkeit einschneidender politischer und wirtschaftlicher Veränderungen ein.



Über 3000 Staatsangestellte demonstrierten in Toronto [Kanada], um ihrer Forderung nach einem Tarifvertrag über geregelte Arbeits- und Entlohnungsbedingungen Nachdruck zu verleihen



Im Sommer riefen 9000 Munizipalangestellte von Detroit [USA] einen Lohnstreik aus. Aus Solidarität mit ihnen legten etwa 300 Bus-Mechaniker die Arbeit nieder

Kundgebung der streikenden Arbeiter von Johannesburg [RSA] gegen Rassistenferror und Apartheid



Fast 10 000 alte Japaner kamen nach Tokio; sie forderten von den Behörden, die Militärausgaben, die auf Kosten der Sozialfürsorge gehen, zu kürzen, ihnen Renten zu gewähren und den Gesundheitsschutz zu verbilligen



Während eines 8stündigen Streiks der Metallarbeiter von Neapel, bei dem über 1 000 000 Menschen aus Protest gegen die Pläne der Fiat, Tausende Arbeiter zu entlassen, in den Ausstand trafen

Das Volk Guatemalas aktiviert seinen Kampf gegen die rücksichtslose Ausbeutung durch die einheimische Oligarchie, die Latifundienbesitzer und Auslandsmonopole, für die Einstellung des Terrors, den die faschistische Diktatur entfesselt hat



Fotochronik der TASS